Einzelverkaufspreis:
1,50 Dm incl. 6% MWSt.

Informations-Dienst zur Unterbreitung verbliebener Nachrichten



D 1870 CX

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 226 22. APRIL 1978
Redaktionsscluß: Donnerstag 16.00 Uhr



frankfurter
informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zulpicherstr. 197
0221/420214

7400 tubingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

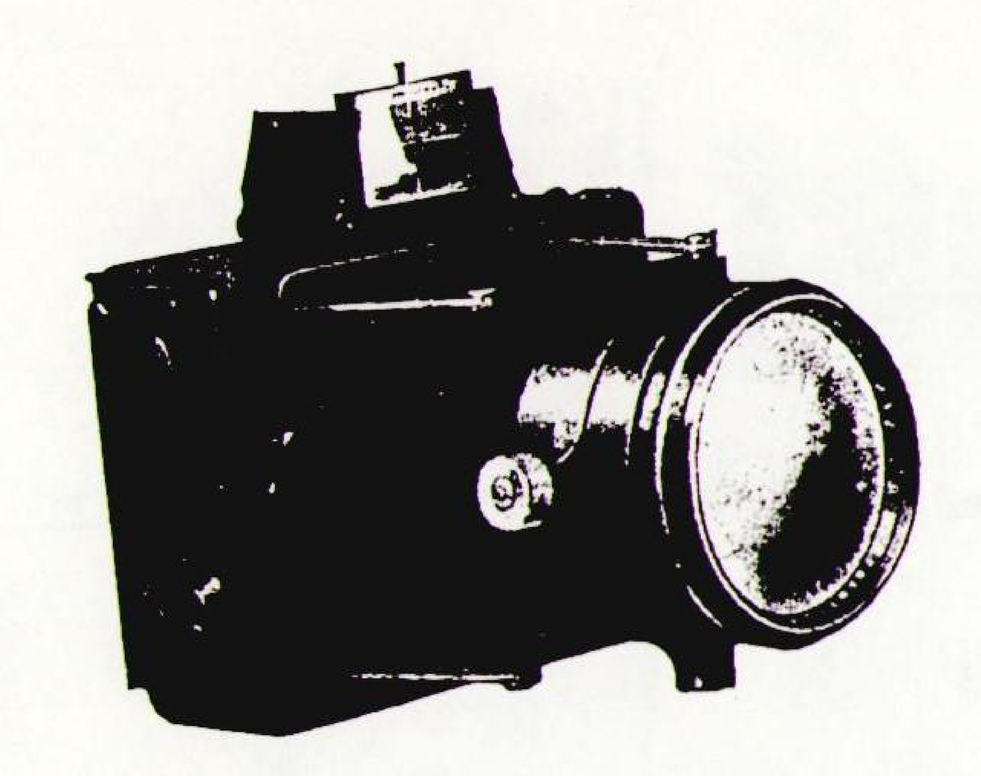
8000 munchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel. 089 / 280 95 22

eco libro
8004 zurich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft Mindestbetrag 18 dm fur 12 Hefte (vierteljahr) auf

postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwärter angeben „neuabo", „verlängerung' „adresswechsel", außerdem die genaue adresse noch besser: die abonummer



EINIGES AUS DER BILDERECKE

Seit vielen ID-Nummern schreiben wir, zu welchen Ereignissen wir Bilder haben. Diesmal wollen wir es mal umgekehrt machen und sagen, wo es bei uns hapert.
Uns fehlen Bilder aus Lateinamerika, besonders aus Brasilien, von den dortigen Indianern und gegebenenfalls von den Unterdrückungsmaßnahmen der brasilianischen Regierung.
Weiterhin benötigen wir dringend Bilder aus oder über den Knast.
Da wir bei der Versendung der Bilder keinen Profit machen, können wir euch, falls ihr uns zu den Themen Bilder schickt, nur die Materialkosten ersetzen.

Neue Bilder
Bestellung schriftlich oder telefonisch:
Bilder von der Kita-Geschichte:
1) Demo
2) politische Räumung/ Zerstörung des Kinderspielzeuges
3) Aktionen der Eltern bzw. der Erzieher. Bilder der Kitas, der Kinder usw.

Bilder aus Gorleben/ Aktionen gegen die Atommüllagerung

ZELTLAGER DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN JUGENDZENTREN IN SELBSTVERWALTUNG

Stuttgart
14.4.78

Vom 3. - 7. Mai findet am Rande von Sindelfingen (Nähe Stuttgart) ein selbstorganisiertes Zeltlager statt, ausgehend vom Landestreffen der Regionalzusammenschlüsse der JZ's. Der Zeltplatz ist mitten im Wald auf einer großen Wiese. Sanitäre Anlagen und eine kleine und eine größere Halle (für Beiprogramm) sind vorhanden - doch inhaltlich hängt es voll von den Anwesenden ab. Inbesondere auch, was Musik angeht.

Kontakt: Rainer Moritz, Mühlenstr. 63, 6980 Wertheim

SPEKTAKEL IN DORTMUND

DORTMUND
17. April 78

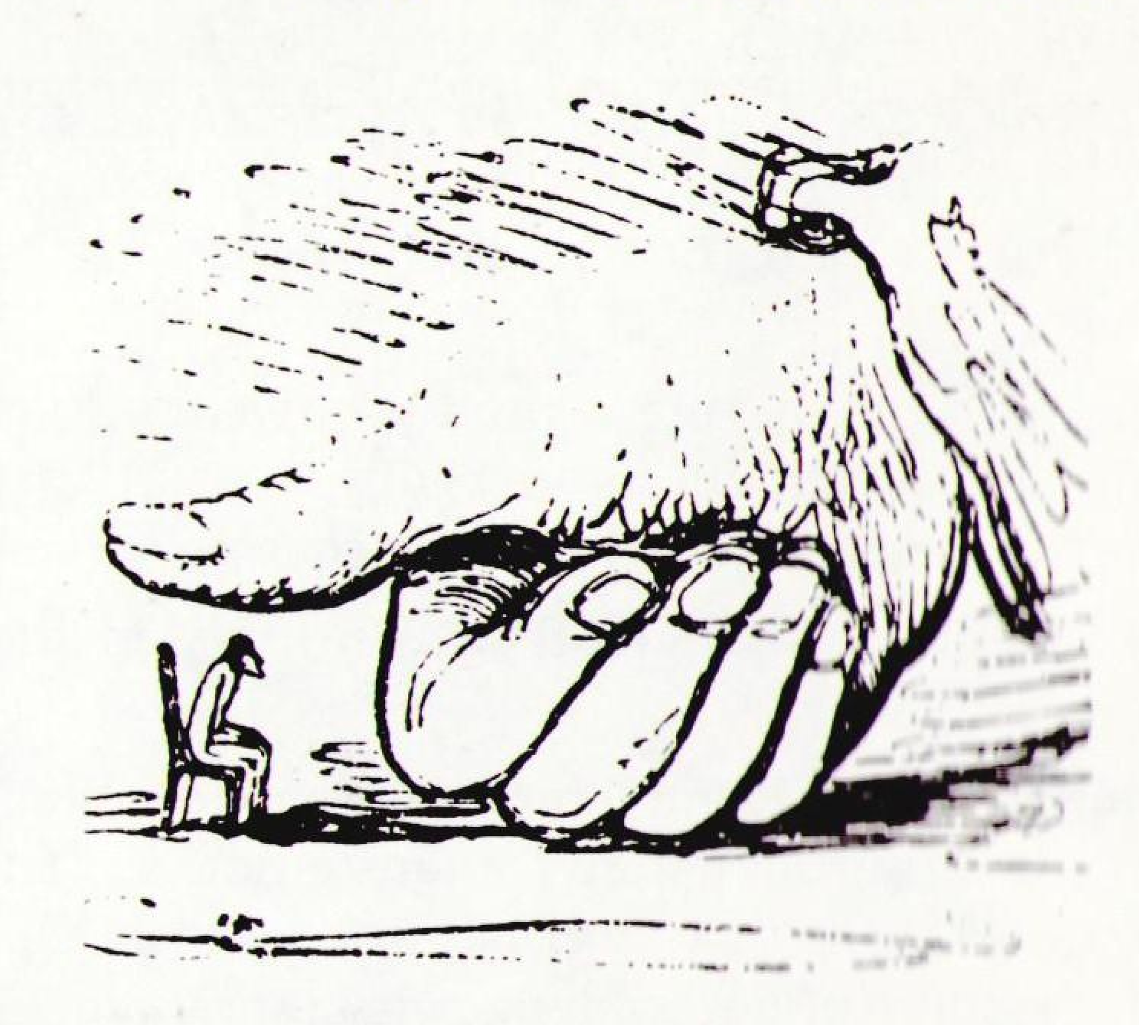
Nachdem im letzten Jahr bei uns in Dortmund ein Straßenmusik-Festival stattfand, soll in diesem Jahr vom 2. bis 4. Juni das 1. Dortmunder Straßen-Spektakel ablaufe. Wir haben den Namen "Straßen-Spektakel" genommen, weil Straßenmusik-Festival nicht mehr richtig zutrifft. Es gibt — außer Musik — noch viel mehr Asphaltaktivitäten (Theater, Pflastermalereien, Zaubern, Dichterlesungen usw.)
Alle Asphalt-Aktivisten sind eingeladen, mit uns mal etwas mehr Leben in die Dortmunder Fußgängerzone zu bringen. Für Übernachtungsmöglichkeiten und eventuelle Verpflegung wird gesorgt. Außerdem wollen wir am ersten Abend ein Treffen aller Aktivisten zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch, Kennenlernen usw. machen. Am zweiten Abend gibt's dann ein großes Fest außerhalb der Fußgängerzone. Meldet euch bitte rechtzeitig bei der unten angegebenen Kontaktadresse, damit wir wissen mit wieviel Leuten zu rechnen ist.

Straßenmusik-AG Dortmund, c/o H. Hermann, Münsterstr. 176, 46 Dortmund

PROJEKTWOCHE "DEMOKRATIE IN GEFAHR" - DOKUMENTATION

Hannover
31.3.78

In der Woche vom 27.2. - 3.3.1978 fand an der Integrierten Gesamtschule Roderbruch in Hannover eine Projektwoche mit dem Thema "Demokratie in Gefahr?" statt. Da Bezirksregierung und Kultusministerium in Hannover diese Projektwoche verschieben und damit zensieren wollten, haben die Sekundarstufen-Schüler der Integrierten Gesamtschule Roder bruch die Woche in eigener Regie durchgeführt. Zu dieser Projektwoche gibt's jetzt eine Dokumentation, die 2 Mark kostet und zu erhalten ist bei:
Hendrik de boer, Siegesstr. 7, 3000 Hannover 1.



BERUFSVERBOT FÜR HELDMANN?

FRANKFURT
20. April

Gegen einen weiteren Anwalt, der in Stammheim verteidigt hat, gibt es jetzt ein Berufsverbotsverfahren: die Frankfurter Rechtsanwaltskammer verhandelt gegen Heinz Heldmann.

Termine: 21., 22. und 24. April, Gerichtsgebäude A (Gerichtsstr. 2) in Frankfurt; jeweils um 9 Uhr.

DOKUMENTATION: VERFASSUNGSSCHUTZ-AKTEN CONTRA MENSCHENWÜRDE

Bad Orb
im März 78

Die Arbeitsgruppe "Innere Sicherheit" in Bad Orb kündigt ihre Dokumentation an:

Wir dokumentieren darin den Prozeß des Lehrers Hans Roth um die Vernichtung der über ihn angelegten Verfassungsschutzakten. Die Broschüre enthält wesentliche Passagen aus den bisher in Zwischeninstanzen ergangenen Urteilen und der Klage Hans Roths vor dem Bundesverfassungsgericht sowie verschiedene Artikel zur politischen, juristischen und persönlichen Bedeutung des Prozesses.

Umfang etwa 75 Seiten, Preis: 3,- DM, Bestellung durch Überweisung auf unser Postscheckkonto: 235381 - 604 Frankfurt/M., (B. Groh)

Kontakt: Bettina Groh, Austraße 1, 6482 Bad Orb

SECHSTES TREFFEN DER ALTERNATIVPRESSE IN VORBEREITUNG

Frankfurt
17. April

Am 25./26./27. Mai 1978 wird München das sechste Treffen der westdeutschen Alternativpresse erleben. Die Leute von der Alternativzeitung 'Klartext' aus Essen haben die Organisation des sechsten Treffens an das Blatt-Kollektiv weitergegeben. Es wird vorgeschlagen, sich auf die Themen 'Linke Tageszeitung' und 'Russell-Tribunal' vorzubereiten.
Kontakt: Blatt, Adelgundenstr. 18, 8000 München 22, 089/223221

ARTE 78. TROTZDEM!

Kleve
17. April

Das Kleve-Festival ARTE - zeitgenössische und experimentelle Kunst - wird auch 1978 stattfinden. Das heißt für die Veranstalter vom Kunstbüro, ein 9-tägiges Festival durchzuführen.

Den ARTE-Veranstaltern - die Arbeitsgemeinschaft Jazz der Musikinitiative und das Kunstbüro - ist der Etat für das Jahr 78 gestrichen worden (angeblich ist der Etat der Stadt Kleve erschöpft).

Trotzdem geht es weiter: ARTE 78 soll vom 1. - 9.Juli in Kleve stattfinden. Gesucht werden dafür Musiker, Aktionisten, Theater- und andere Künstler aus dem Bereich experimenteller Kunst, die bereit sind, ohne Gage, aber herzhaft in Kleve aufzutreten. Wer interessiert ist, kann sich an folgende Adresse wenden:

ACRO
Gemeinsames Kunstbüro!!
Weberstr. 56
D 4190 KLEVE
Tel. 02821/20700

WANDMALEREIEN IN BERLIN

BERLIN
18. April

Im letzten Jahr sind in Berlin zahlreiche Wandmalereien zu verschiedenen Schwerpunkten (AKW, Westtangente-Autobahnbau, Tunix, Agit-Drucker, Feuerwache etc.) entstanden, & es werden immer mehr. Die KOZ – Kreuzberger Stadtteilzeitung – hat mit einer Gruppe von Wandmalern und Symphatisanten – sieh da! – eine Farbpostkartenserie über diese Wandmalereien gemacht, die aus acht verschiedenen Motiven besteht und 5,-- DM kostet. Das Geld, was übrigbleibt, wird für die Prozesse bereitgestellt, die gegen die Leute laufen, die beim Malen oder Sprühen festgenommen wurden. Informationen kriegt ihr über Telefon 030 / 687 26 58 oder 618 18 93. Zu beziehen sind die Postkarten über **Maulwurf-Vertrieb, Waldemarstraße 24, 1000 Berlin 36.**

DOKUMENTATION ÜBER DAS FRAUENHAUS BERLIN

BERLIN
17. April

Im April 78 erscheint die Dokumentation über das Frauenhaus Berlin *"Frauen gegen Männergewalt"*.

Darin schildern Mitarbeiterinnen und Bewohnerinnen ihre Erfahrungen des 1. Jahres Frauenhaus.

Wir denken, daß wir damit einen wichtigen Beitrag zur Diskussion von Frauenprojekten, speziell Frauenhäusern, innerhalb der Frauenbewegung leisten.

Das Buch kann zum Preis von 14,80 DM beim Frauenbuchvertrieb Mehringdamm 34, 1 Berlin 61, Tel.: (030)251 16 66, bestellt oder in Buchläden gekauft werden.

Vom Erlös planen wir ein Ferienhaus für mißhandelte Frauen und ihre Kinder. Dies ist einer der Gründe, weshalb wir keine Freiexemplare vergeben.

Spendenkonto: 5806501, Sozialfonds, Bank für Handel und Industrie
Kontaktadresse: Rosy Heger, Barnetstr. 60, 1000 Berlin 49



TREFFEN SCHREIBENDER FRAUEN

BREMEN
19. April 78

Die Redaktion der Frauenliteraturzeitung "Schreiben" kündigt ein Treffen schreibender Frauen am 3. und 4. Juni 78 in Bremen mit der Aufforderung "bringt mit, was ihr geschrieben habt" an. Treffpunkt: Packhaus im Schnoor (Bremen Zentrum). Anfragen, Anmeldung (mit Rückporto):

Redaktion Schreiben, Weserstr. 83 b, Bremen 70, Tel.: 0421/ 662391

PROTOKOLLE – INFORMATIONEN FÜR FRAUEN

MÜNSTER
17. April

Der Verlag Frauenpolitik hat eine neue Nummer der Protokolle herausgegeben. In dieser Nummer (19/20) wird u.a. über "ungefährliche Medikamente? ", "Frauen und Psychiatrie", "Alkoholismus bei Frauen" und "Arbeitsergebnisse 'feministischer Therapie' " berichtet. Für DM 4,-- sind die 'Protokolle' zu beziehen über:

Verlag Frauenpolitik GmbH, Hafenweg 2-4, 4400 Münster

VERANSTALTUNG "ENERGIE UND ARBEITSPLÄTZE"

MAINZ
17. April 78

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Mainz-Wiesbaden lädt für den 28. April nach Mainz (Elzer Hof, Beginn 19.30 h) zu einer Veranstaltung zum Thema "Energiewachstum und Arbeitsplätze" ein.
Referenten: Carl Amery ("Alternativen zur derzeitigen Beschäftigungspolitik"), Hans Schirmer, Wirtschaftsreferent des DGB Rheinland-Pfalz ("Ursachen der Arbeitslosigkeit"). Dieter Braeg, Aktionskreis Leben, IG Metall ("Arbeitsplätze und Energiebedarf"). Außerdem gibt's Musik und Infostände.

AUFRUF ZUM SPONTAN-FEST BURG WALDECK 1. MAI 78

Am 29.4. bis 1.5.78 steigt auf der Burg Waldeck im Hunsrück das größte Sponti-Spontan-Festival seit jeher!
Kommt zuhauf mit Wein, Mann Weib und Gesang!
Zelte, Schlafsäcke, Proviant und Musikinstrumente nicht vergessen!!
DENN ES SOLL JA KEINE KONSUMVERANSTALTUNG WERDEN!

Und so geht's hin: Erstmal nach Koblenz, von dort die linke Moseluferstraße Richtung Trier bis Burgen, von da dann links ab Richtung Hunsrückhöhenstraße bis nach Dorweiler. Hier wieder links zur Waldeck.

Kontakt über Waldeck Kollektiv, 5000 Köln, Postfach

NEUSSER JUGEND-INITIATIVE PLANT AKTIONSWOCHE

NEUSS
12. April 78

Die Neusser Jugendinitiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum hat im letzten Monat zwei Info-Stände und ein Fest organisiert. Jetzt schreibt sie: "Heute nahmen wir die Planung einer Aktionswoche in Angriff: Infostände, Musikgruppen, Diskussionsgruppen, Filme, Dichterlesung etc. Wir bitten jeden, den unsere Arbeit interessiert, sich mit uns in Verbindung zu setzen:

Christoph Dolf, Veilchenstr. 11, 4040 Neuss, Tel.: 02101/ 464547 (Siehe auch ID Nr. 223)

Und hier nun eine Bitte der Composer/innen-Fraktion:

Wir fänden es toll - und mittlerweile neigen wir dazu, darauf zu bestehen - wenn alle Gruppen und Individuen, die dem ID Mauskripte zuschicken, diese NICHT EINZEILIG, sondern EINEINHALBZEILIG tippen.Es ist einfach eine enorme Erleichterung eines manchmal frustigen Jobs. Schönen Dank auch.

NACH DEM PROZESSERFOLG: JETZT NICHT ENTWAFFNEN LASSEN!

HAMBURG 17. April

Als die Schulbehörde den Lehrern verbot, die Anti-Atom-Plakette zu tragen, hat die GEW ihren Mitgliedern in der „Hamburger Lehrerzeitung" vom 29.10.1977 geraten:

NICHT „ENTWAFFNEN" LASSEN

Den Kollegen, die solche Plaketten anlegen, wird empfohlen, bei entsprechenden Anweisungen durch den Schulleiter sich wie folgt zu verhalten:

1. Der Kollege nimmt die ihm erteilte Anweisung zur Kenntnis, ohne den Anschein zu erwecken, er akzeptiere sie.

2. Der betroffene Kollege bezweifelt nachdrücklich die Rechtlichkeit dieser Anweisung, weil sie ein Verstoß gegen das geschützte Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit darstellt und zudem durch die dem Beamten obliegende Zurückhaltungspflicht bei politischen Äußerungen nicht gedeckt ist.

4. Also: Der Kollege wird sich nicht „entwaffnen" lassen und die Plakette weiter tragen.

5. Die Gewerkschaft wird den so betroffenen Kollegen jede rechtliche Unterstützung gewähren.

Schulsenator Apel hatte im November 1977 der GEW vorgeschlagen, „die Rechtsstreitigkeiten auf einen Musterprozeß zu konzentrieren" und „bis zu einer anderslautenden vorläufigen oder endgültigen gerichtlichen Entscheidung auf das Tragen politischer Plaketten zu verzichten".

Am 10.4.1978 hat das Arbeitsgericht Hamburg unter Vorsitz des Vizepräsidenten „festgestellt, daß die Kläger durch das Tragen der Anti-AKW-Plaketten nicht gegen ihre Dienstpflichten verstoßen." Das Gericht hat das Urteil damit begründet, daß die Behörde vor dem Verbot nicht den Personalrat angehört hat und daß das Verbot das Grundrecht der Meinungsäußerungsfreiheit verletzt und daß durch das Tragen der Plakette eine einseitige Beeinflussung des Schülers ausgeschlossen ist.

Doch schon einen Tag nach dem Urteil hat die Schulbehörde die Schulleitungen angewiesen, an dem Plakettenverbot mit Ausnahme für die zehn Lehrer festzuhalten, die die Arbeitsgerichtsklage gewonnen haben.

In dieser Situation haben wir von der GEW erwartet, daß sie alle Lehrer, die die Plakette tragen wollen – ob Beamte oder Angestellte – ermuntert. sie sofort weiterzutragen. Aber der Vorstand hat erklärt, er schließe sich der Rechtsauffassung der Behörde an. Dürfen jetzt wirklich nur die zehn Kläger die Plakette tragen, ohne dabei ein Risiko einzugehen?

Das Risiko einer disziplinarischen Verfolgung als einzige mögliche rechtliche Konsequenz für das unerlaubte Tragen der Plakette war auch v o r dem Urteil des Arbeitsgerichts gering. Kann mensch sich jetzt gegen den Vorwurf dienstlicher Verfehlung geschützter fühlen als durch eine gerichtliche Bestätigung, daß das Plakettentragen rechtmäßig ist und daß auch andere Kollegen die Plakette tragen? Das Arbeitsgericht hat in dem ersten Hauptverfahren zum Plakettenstreit in einer öffentlichen Verhandlung praktisch eine Rechtsauskunft gegeben, die für jeden gilt.

In der nächsten Woche entscheidet das Arbeitsgericht über die fristlose Kündigung eines Zugführers durch die Hamburger Hochbahn AG wegen des Tragens einer Anti-AKW-Plakette im D[illegible]st. Wenn der Zugführer Olaf H. seinen Prozeß gewinnt, werden dann die Sekretäre der Gewerkschaft jedem anderen HHA-Angestellten vom Tragen der Plakette abraten, weil nur der Zugführer Olaf H. einen Prozeß gewonnen hat? Das wird niemand ernstlich behaupten wollen. Also: Der Prozeß der zehn Kollegen hätte auch dann den Charakter eines Musterprozesses, wenn ihn ein einziger Lehrer geführt hätte.

In diesem Bewußtsein steckten nicht wenige Lehrer, darunter auch etliche Beamte, die Plaketten wieder an. So verschieden die Schulen, Kollegien und Schulleiter, so verschieden die Reaktionen. Einige unserer Aufpasser haben die Nase voll vom Plakettenstreit, sie übersehen die Plakette. Na also, da bleibt sie dran. Andere akzeptieren sogar positiv den Gerichtsentscheid. Und es gibt solche, die mal wieder mit der Peitsche knallen. „Nehmen Sie das Ding jetzt auf der Stelle ab, oder ich rufe den Schulrat an." Und der vielsagende Griff zum Telefonhörer ... Mensch spekuliert auf schwache Nerven.

In den nächsten Tagen werden sich die Fälle häufen und die Telefone unserer Oberaufseher heißlaufen. Kein Problem für die Kollegen mit starken Betriebsgruppen oder unter liberaleren Schulleitungen. Schwieriger schon: was macht der Rest, also die Kollegen, auf die vielleicht sofort ein erhitzter Schulleiter zustürzt? Unser Rat: Plakette dranlassen.

Wir meinen, daß wir uns angesichts der provozierenden Zuspitzung der Situation durch die Behörde, die darauf abzielt, uns demonstrativ und gegen die Feststellung des Gerichts in die Knie zu zwingen, Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen zu müssen. Sonst werden wir uns lange nicht mehr gerade machen.

Eine Kollegin, die sich der Schulleitung gegenüber hartnäckig geweigert hatte, die Plakette abzulegen, wurde zum Oberschulrat zitiert. Dieser wollte aus ihrem bisherigen Verhalten keine Konsequenzen ziehen, sofern sie am nächsten Tag die Plakette abnähme. Sie trägt sie trägt sie weiterhin – mehrere Kollegen haben sich daraufhin an ihrer Schule auch dazu entschlossen.

Diese Fakten mitzuschaffen, ist auch Aufgabe unserer Gewerkschaft. Was die Rechtssachverständigen der GEW für unwahrscheinlich hielten, ist eingetreten: der Arbeitsgerichtsprozeß ist (in dieser Instanz) gewonnen. Wir hatten die GEW gebeten, den Prozeß zu übernehmen. Ohne Erfolg. Obwohl wir ihre Mitglieder sind und den Prozeß als Gewerkschafter geführt haben. Auf einer unserer Klägerversammlungen im Curiohaus hat uns der Vorsitzende der Hamburger GEW, Lemke, versprochen, daß die GEW dennoch zum Angestelltenprozeß die „politische Begleitmusik" machen werde. Auf diese Begleitmusik warten wir noch heute.

Wir erwarten von unserer Gewerkschaft, daß sie unseren Standpunkt übernimmt und sich voll dafür einsetzt:

- Verbreitung des Urteils innerhalb und außerhalb der GEW;
- Aufforderung an alle Lehrer (Angestellte und Beamte), die Plakette wieder zu tragen;
- über unterschiedliche Auffassungen zum Atomprogramm hinweg konsequent für die Meinungsäußerungsfreiheit einzutreten;
- in diesem Sinn den Prozeß der Beamten auch auf politischer Ebene zu führen (hierin lag die Überzeugungskraft der Angestelltenklage);
- volle Unterstützung, d.h. auch vollen Rechtsschutz der Kollegen im Konflikt mit der Behörde (Anhörungsverfahren, Androhung von Disziplinarmaßnahmen usw.)

UNTERSTÜTZUNGSGRUPPE DER ANGESTELLTEN-KLÄGER

1. URTEIL IN DEN GROHNDE–PROZESSEN

HANNOVER 19. April Das am 17.4.78 vom Landgericht Hannover verkündete Urteil lautet auf 22 Monate für Jerry wegen Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Nötigung und versuchte Nötigung. Dazu steht im Prozeßbericht Nr. 60:

BEGRÜNDUNG:

"Das Verfahren war nicht einzustellen, ein Verfahrenshindernis hat nicht vorgelegen. Was von Jerry als Vorverurteilung bezeichnet worden war, das sei durch die Meinungs- und Pressefreiheit gedeckt. Solche Äußerungen gäbe es praktisch in jedem Verfahren von öffentlicher Bedeutung. Das Gericht sei davon aber unbeeinflußt geblieben, es sei ein faires Verfahren gewesen. Die Unvoreingenommenheit des Gerichts beweise sich ja auch daran, daß es nicht auf die — ebenso öffentlich erhobene — Forderung nach Einstellung des Verfahrens eingegangen sei. (Lest den Satz ruhig dreimal - den hat Taeglichsbeck so gesagt!)

Außerdem habe Jerry das Gericht nicht anerkannt, da es Teil des politischen Systems sei. Das stimmt nicht. Jerry habe sich mit dieser Äußerung als grundsätzlicher Gegner des Systems zu erkennen gegeben — damit unterstehe er aber immer noch den Gerichten.

Die Verhandlung in Abwesenheit war gerechtfertigt, da die Beweisaufnahme wietgehend abgeschlossen war (obwohl J. sich Äußerungen zum Tathergang und zum Lebenslauf für einen späteren Zeitpunkt vorbehalten hätte!!) und Jerry sich dem Verfahren durch Flucht entzogen habe.

Zu den einzelnen Vorwürfen:

Nötigung zum Nachteil der Bundesbahn

Die Tatsache der Schienenbesetzung in Kirchohsen sei objektiv Nötigung gewesen — Frage sei, ob Jerry dabei war. Es gibt dafür keinen Zeugen, sondern nur das von Jerry unterschriebene Protokoll seiner Vernehmung vom 19.3., in dem er angibt, an der Besetzung teilgenommen zu haben. Daran hat sich einer der Vernehmungsbeamten erinnert. (Das Protokoll einer polizeilichen Vernehmung reicht aber als Beweis nicht aus, darum): Bei seiner richterlichen Vernehmung habe Jerry gesagt; "Ich erhalte das aufrecht, was ich bei der Polizei gesagt habe!" Also, schließt das Gericht, habe sich Jerry daran erinnert, was er bei der Polizei gesagt hat, und das ausdrücklich bestätigt. Jerry habe diese Aussage auch weder vor dem Richter noch in der Hauptverhandlung bestritten. DAMIT IST SEIN GESTÄNDNIS GLAUBHAFT! Das reiche für eine Verurteilung aus, denn "das Geständnis ist immer noch die Mutter der Beweise." Jerry müsse also bestraft werden, obwohl das Gericht ihm zugute halten wolle, daß er die Strafbarkeit seiner Handlung nicht überblickt hat. Dafür ist eine Freiheitsstrafe erforderlich, " da sich die Rechtsordnung derartige Gewalttaten nicht gefallen lassen darf. Jerry ist ein hartnäckiger Rechtsbrecher, zu seinen Gunsten muß aber angerechnet werden, daß er aus Solidarität gehandelt hat und nur Mitläufer war. " Also 3 MONATE angemessen und erforderlich.

Landfriedensbruch

Der Landfriedensbruch stelle sich dar als die Fortsetzung der Demo nach der Bahnbesetzung. Es habe sehr unterschiedliche Personengruppen gegeben:

— einen harten Kern von entschlossenen Angreifern und

— einen größeren Kreis, der zu friedlichen Zwecken gekommen sei, aber im Lauf der Zeit sich mit den Störern identifiziert habe.

Diese hätten zunächst die Sperre angegriffen, die "sich ausdrücklich nicht gegen Personen richtete" (Groß hatte bei Andreas das Gegenteil ausgesagt!), danach begann sofort der Angriff auf das "Zaunsystem, das man eigentlich für unüberwindbar halten mußte." Das stellte die Polizei im Gelände vor erhebliche Probleme. Ein Problem war auch der Steinhagel, "der gut organisiert war." Nachdem der Zaun durchbrochen war, wurden die "die Angreifer durch Außeneinsatz vertrieben." "Was dort geschah, spielte für den Angeklagten keine Rolle." Es seien 200 Polizisten verletzt worden, auch eine Reihe Demonstranten, auch solche, die nicht zu den Störern zu rechnen waren. Dies sei eine bedauerliche Folge, die in solchen Situationen immer auftrete.

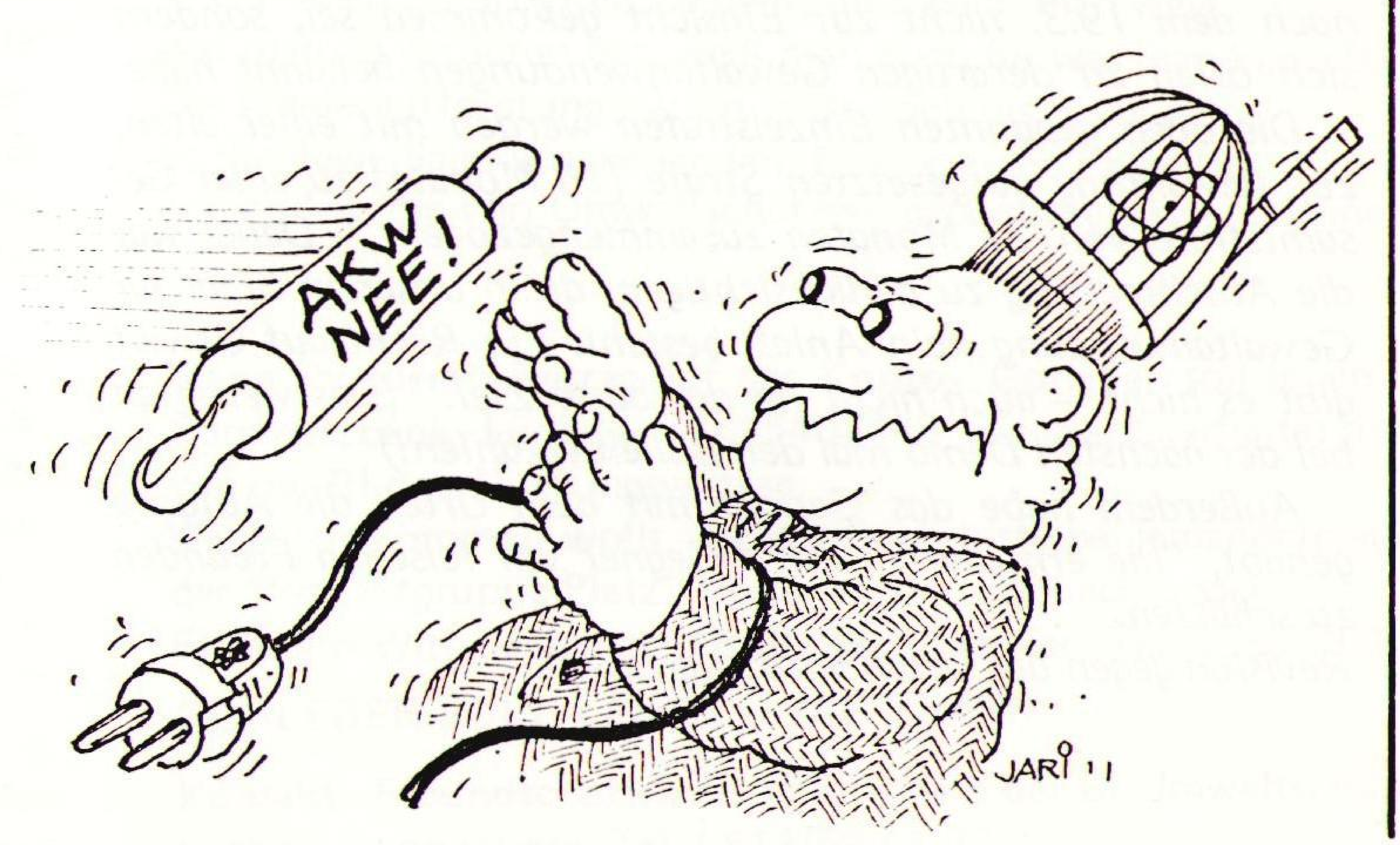
Die Menschenmenge habe den Tatbestand des Landfriedensbuchs in einer in der BRD einmaligen Weise erfüllt, und zwar hinsichtlich der Zahl der Beteiligten, der Planung und der Brutalität der Durchführung. (Auf den Polizeieinsatz geht das Gericht mit KEINEM Wort ein)!

Jerry's Beteiligung ist ebenso "bewiesen" wie beim vorigen Punkt. Seine (angebliche) Aussage vor der Polizei, er habe "aus Solidarität einmal(!) — ohne Erfolg" am Seil gezogen, wird als verwertbares Geständnis gesehen. "Entscheidend ist, daß der Angeklagte da war — das reicht schon für den Tatbestand des Landfriedensbruchs aus." (Das ist der eigentliche Kernsatz des Urteils, der weit über Borchers Forderung hinausgeht. Dies heißt nämlich: Wer in Grohnde dabei ist, wird empfindlich bestraft!) Er habe sich von der Gewalt sich auch nicht distanziert, sondern sie aktiv unterstützt.

Der Einsatz der Polizeibeamten sei in jeder Hinsicht rechtmäßig gewesen, "dafür bedarf es nach Ansicht des Gerichts keiner näheren Ausführungen." Das Notwehrrecht komme hierfür nicht in Frage, da dies nur für einen "gegenwärtigen Angriff" gelte (das könne eventuell die Inbetriebnahme sein) — hier habe es sich aber um "reine Baumaßnahmen" gehandelt, daher sei die VORAUSSETZUNG für Notwehr gar nicht gegeben gewesen. Aber auch sonst sei Gewalt nicht gerechtfertigt gewesen, "da unser Staat alle Möglichkeiten gibt, sein Recht auf legalem Wege durchzusetzen."

Auch das Widerstandsrecht komme nicht in Frage, da das Grundgesetz nur ein Widerstandsrecht zur Verteidigung der freiheitlichen Grundordnung kenne — die Demonstration in Grohnde sei aber genau das Gegenteil gewesen!

Das Gericht nehme die AKW-Frage ernst und wolle die friedlichen AKW-Gegner vor den anderen schützen. Kriminalisiert würden nicht die Friedlichen, sondern nur die Gewalttäter. "Der Staat kann nicht zulassen, daß sein System hier auf diese Weise unterlaufen wird." Trotz geringer eigener Aktivität müsse Jerry hier bestraft werden, denn bei einer derartigen Tat "müssen eindeutige Zeichen gesetzt werden." Für Jerry spreche seine AKW-Gegnerschaft, die aber sein Verhalten nicht rechtfertige. Urteil in diesem Punkt: 5 MONATE.



Versuchte Nötigung von Polizeibeamten

Jerry sei alleine unbewaffnet in das Baugelände gekommen und habe nach einem leitenden Polizeibeamten gefragt. Vom Zeugen Fiedler habe er die Freilassung der Verhafteten gefordert. Er habe gesagt: "Wenn sie nicht in fünf Minuten freigelassen werden, kommen wir mit Panzern und Maschinengewehren wieder." Der Zeuge Fiedler habe darauf gar nicht reagiert, sondern J. zum Zeugen Poburski gebracht, wo er seine "Drohung" wiederholte.

Bei seiner Vernehmung habe J. das Gegenteil gesagt: er habe die Polizei warnen wollen. Da aber beide (Polizei)-Zeugen obige Aussage gemacht haben, sei erwiesen, daß J. seine Forderung "in Verbindung mit einer Drohung" überbracht hätte.

Die Zeugen hätten zwar die Drohung in dieser Form nicht ernst genommen, aber doch z.B. mit einem erneuten Angriff rechnen müssen. J. habe also objektiv gedroht, dabei bewußt übertrieben, um das, womit er drohte, im Unklaren zu lassen. Das sei, obwohl nicht ausgesprochen, ein erneuter Kampf mit erneuten Verletzungen gewesen. (Ganz schön kompliziert, was, wenn man einem AKW-Gegner unbedingt was anhängen muß!)

J. konnte zwar mit dieser Drohung objektiv nichts erreichen – er habe sie aber nicht als Spaß verstanden. J. neige in bestimmten Situationen zu "verbohrter Aktivität". Es liegt hier also ein Versuch der Nötigung mit untauglichen Mitteln vor, der – weil im Zusammenhang mit Landfriedensbruch – mit Freiheitsstrafe bestraft werden muß: 2 MONATE.

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte

J. habe den Zeugen Fiedler (als der ihn verhaftete) zweimal getreten und geschlagen – das habe Fiedler bezeugt. Wenn die umstehenden Beamten das nicht gesehen hätten, dann sei das glaubhaft, "weil es sich um eine begrenzte Aktivität handelte." Der Zeuge sei DESWEGEN glaubhaft, weil er "freimütig" zugegeben habe, daß er den "Widerstand zweimal mit einem Faustschlag ins Gesicht" gebrochen habe.

Da die Verhaftung rechtmäßig war (obwohl in der Verhandlung festgestellt wurde, daß es keinen Verhaftungsgrund gab, daß sogar die Vernehmungsbeamten in Hameln am Abend immer noch keinen Festnahmegrund wußten), war der Widerstand rechtswidrig. "Die Polizei verdient in dieser Situation verstärkten Schutz!" Andererseits sei der Widerstand nicht erheblich gewesen, und J. habe die Folgen ja auch schon zu spüren bekommen, deshalb ein geringes Strafmaß: 3 MONATE.

Zur Strafzumessung:

J. habe sich zwar in der Hauptverhandlung als Überzeugungstäter dargestellt, das sei aber nicht seine Überzeugung am 19.3. gewesen. Das habe die Kammer ZU SEINEN GUNSTEN (!) berücksichtigt. Mit der Aufzählung verschiedener Vorstrafen wird dann von J. das Bild eines zwar "intelligenten", aber "notorischen Rechtsbrechers" gezeichnet, der auch nach dem 19.3. nicht zur Einsicht gekommen sei, sondern sich offen zu derartigen Gewaltanwendungen bekannt habe.

Die oben genannten Einzelstrafen werden mit einer alten, zur Bewährung ausgesetzten Strafe (16 Monate) zu einer Gesamtstrafe von 22 Monaten zusammengezogen." Dabei war die Abschreckung zu berücksichtigen, da in unserem Staat für Gewaltanwendung kein Anlaß besteht. Ein Recht auf Gewalt gibt es nicht – auch nicht für das beste Ziel." (Das werd' ich bei der nächsten Demo mal den Bullen erzählen!)

Außerdem habe das Gericht mit dem Urteil die Aufgabe gehabt, "die ernsthaften AKW-Gegner vor falschen Freunden zu schützen.
Revision gegen das Urteil wird zugelassen."

KALKAR-PROZESS: DRINGEND ZEUGEN GESUCHT!

HANNOVER
18. April

Vor dem Amtsgericht Hameln beginnt am 3. Mai 1978 um 8.30 Uhr das juristische Nachspiel der Kalkar-Demonstration vom 24. September 1977. Im ersten schwereren Kalkar-Verfahren steht dort ein Hamelner AKW-Gegner vor Gericht, dem vorgeworfen wird, er habe am 24. September versucht, mit seinem PKW eine Polizeisperre zu durchbrechen, wobei sich ein Polizist nur durch einen Sprung zur Seite habe retten können.

Abgespielt hat sich das ganze um 8.15 Uhr auf der Raststätte Rhynern (letzte Raststätte aus Richtung Hannover vor dem Kamener Kreuz), wo die Polizei die Fahrzeuge nur im Minutenabstand auf die Autobahn ließ, um zu verhindern, daß die Kalkar-Demonstranten in Kolonnen fahren. Der angeklagte AKW-Gegner war durch die Sperre gefahren, da sie hinter dem vorausfahrenden Fahrzeug nicht wieder geschlossen worden war – worauf ein Polizist von hinten angerannt kam und ihm gegen den Kotflügel trat.

Wir brauchen ganz dringend Zeugen für diesen Vorfall! Denkt mal nach, wer um diese Zeit in Rhynern durchsucht wurde, fragt mal eure Bekannten, und meldet euch dann so schnell wie möglich (der Prozeß ist nächste Woche!) beim **Ermittlungsausschuß Hannover, c/o Goetz Buchholz, Boedekerstraße 75, 3000 Hannover 1.**



VERBEULT, ABER HÖFLICH – BESTIMMT ANTI-AKW

FRANKFURT
19. April

Die Jutta vom ID fand gestern diesen Artikel aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 17.4.78 an ihrer Wohnungstür. Die Beobachtungen des Herrn Martin bzw. meines Nachbarn treffen auf meinen dunkelroten R 4 zu, allerdings zähle ich mich nicht zu den Spätaufstehern und TÜV hat das Auto auch noch bis Juni.

"Keine Frühaufsteher

Für die 'Welt am Sonntag' betrachtet Paul C. Martin die mit rotgelben Aufklebern gekennzeichneten Kraftfahrzeuge der Kernkraftgegner (KKG):
'Insgesamt habe ich in 27 Stunden 320 KKG-Autos gezählt. 218 218 Fahrzeuge fand ich im ruhenden, 102 im fließenden Verkehr. Die klassischen KKG-Autos sind der VW-Käfer und der





Renault R 4, meist in dunkelrot. 57 Prozent aller Kernkraftgegner bevorzugen diese beiden Fabrikate. 243 KKG-Autos hatten deutlich Rostspuren. Bei 167 Autos zählte ich Beulen an der Karosserie. Von den 218 geparkten KKG-Fahrzeugen waren nur drei frisch gewaschen. Bei 143 war die Schmutzschicht schon schon so dick, daß man mit dem Finger einen Strich durchziehen konnte. Bei 42 KKG-Autos war übrigens der TÜV schon überfällig ... Ich habe mich an drei Morgenden ab 6 Uhr früh an drei großen Einfallstraßen nach Hamburg aufgestellt (Bergedorf, Elbchaussee, Bramfeld). Die ersten Autos der Kernkraftgegner passierten jeweils um 9.16 Uhr, 10.37 Uhr und 8.51 Uhr



Der KKG belastet also den Berufsverkehr nicht. Der KKG fährt diszipliniert und zuvorkommend. Manchmal fast aufreizend langsam und vorsichtig ... Ergebnis: Kernkraftgegner fahren die mit Abstand hinfälligsten Autos. Die Karosserien sind regelmässig stark verschmutzt oder verbeult. Das Innere macht einen verwahrlosten Eindruck. Die Fahrer verhalten sich höflich und angepaßt.' "

GORLEBEN: BESETZT DEN PLATZ MIT BÄUMEN

FRANKFURT 23. April *Unter dem Motto "Wiederaufforstung statt Wiederaufbereitung" begann Ende März die Wiederaufforstung von 8 Hektar abgebranntem Wald bei Gorleben durch ca. 200 Umweltschützer aus dem gesamten Bundesgebiet. Hier ein Bericht des Gorleben-Freundeskreises Rhein-Main:*

Gemeinsam bepflanzten wir jeweils eine Parzelle mit Stieleichen, Birken, Ebereschen etc. und auch Heiderosen. Die praktische Arbeit machte großen Spaß, und dabei konnten wir – z.T. Städter, die kaum einen Bezug zur Natur haben – auch einiges lernen. Auf diese Weise demonstrierten wir, daß wir nicht gewillt sind zu warten, bis die Baumaßnahmen für die Plutoniumanlage (im Jargon der Betreiber: "Wiederaufarbeitungsanlage") und Atommülldeponie beginnen. Sondern wir wollen unseren Willen für ein menschenwürdiges Leben für alle sichtbar durch Schaffen von neuem Leben, daß wir den Todesplänen der Betreiber entgegensetzen, ausdrücken.

Die Wiederaufforstung ist Teil des Landschaftsplans für das Gelände, das die BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom Eigentümer gepachtet hat und das zu dem 12 qkm großen Gelände gehört, auf dem die geplante Plutoniumanlage errichtet werden soll. Auf diesem Gelände steht bisher schon ein Abenteuerspielplatz, den die örtlichen Behörden am liebsten schon geräumt hätten, was ihnen bisher aber nicht gelungen ist. Als nächstes soll dort ein Versammlungsplatz und evtl. ein Zeltplatz entstehen, die Voraussetzung für die dauernde Anwesenheit auf dem Gelände und damit ein Zeichen für den permanenten Widerstand gegen die geplante Anlage sind. Ebenso ist eine Demonstration alternativen Ackerbaus und alternativer Energieerzeugung auf diesem Gelände geplant. Hierfür ist jede Hilfe von auswärtigen AKW-Gegnern willkommen, die die Gegend kennenlernen und bei der Leistung permanenten Widerstands mithelfen wollen.

Hier ein Auszug aus einem Bericht einer Frau aus Hamburg, die an der Aufforstung zu Ostern teilgenommen hat: "Am Sonntag haben wir dann unsere Parzelle bepflanzt. Wir haben Torf, Dünger und Bäume gekriegt. Zwei Frauen aus der BI hatten eine ganz tolle Gebrauchsanweisung zum Bepflanzen gemalt, die auch für Städter ausreichte. Die Bäume sehen aus wie ein Zweig mit Wurzeln dran. Weil wir sie sowieso nicht auseinanderhalten konnten, haben wir sie nach Größe und Schönheit gepflanzt. Wir sind mal gespannt, was draus wird. Wenn sie mal Blätter kriegen, werden wir ja sehen, welcher Baum welcher ist. ... Nachmittags gab es ein gemeinsames Mittagessen. Dann sind wir mit unserer Gruppe an der Elbe spazierengegangen. Da geht einem so richtig auf, was sie mit der Unterelbe gemacht haben. Die Elbe bei Gorleben ist lebendig und krumm und schief und hat Nebenarme und man kann auf den Grund sehen. Die Unterelbe ist voll Industrie und dreckig und stinkt und ist begradigt und ist eingedeicht und von den Nebenarmen abgeschnitten und die Feuchtgebiete werden trokkengelegt, damit noch mehr Industrie hinkann. Wir sind jetzt mindestens einmal im Monat in der Gorlebener Gegend, und wir merken immer mehr, was wir da verlieren werden, falls die WAA gebaut wird,und was wir an der Unterelbe schon alles verloren haben. Ich glaube, daß das vielen, die in Gorleben mitarbeiten, so geht, und wenn man weiß, was man zu verlieren hat, weiß man auch für was man kämpft."



Die Wiederaufforstungsaktion läuft noch bis Ende April an den jeweiligen Wochenenden. Es sind noch Parzellen vorhanden, die von Umweltschützern gepachtet werden können.

Wenn Ihr diesen Betrag auf das Konto "Gorleben soll leben", Commerzbank Lüchow, Nr. 5408448 überweist, erhaltet Ihr von der BI den Nutzungsvertrag.
Wenn Ihr kommen wollt, meldet Euch bitte bei jemandem aus der "Projektgruppe Platz", auch wegen Übernachtungen: Ekkehard Witt, Deichstr. 16, 3139 Hitzacker, Tel. 05862/646

GORLEBEN SOLL LEBEN – WIR AUCH!

Kontakt: Freundschaftskreis Rhein-Main der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Tel. 0611/59 41 72

MASSENHUNGERSTREIK SCHWEIZERISCHER AKW–GEGNER

AARAU/Schweiz
30. März 78

Nach dreitägiger Dauer ging Ostermontag der Hungerstreik von 505 AKW-Gegnern in Aarau zu Ende (siehe den Aufruf im ID 220). Bei nasskaltem Wetter hatten die Hungerstreiker in zwei beheizten Zelten - die Heizung war bitter nötig! - ausgeharrt, um "einen weiteren Beitrag zur Sensibiliserung der Bevölkerung gegen die Atomenergie und zur Stärkung der Anti-AKW-Bewegung zu leisten".

Die Aktion bot neben der Wirkung nach außen vor allem ein Forum, um die Probleme der Bewegung zu diskutieren und Stellungnahmen (z.B. zur Atominitiative und zur Teilrevision des Atomgesetzes, die als "Scheinrevision" bezeichnet wurde) zu beraten und zu verabschieden.

Die Hunger-Demonstranten solidarisierten sich auch mit den von der Produktionsstillegung betroffenen 600 Arbeiterinnen und Arbeitern der Firestone-Fabrik in Pratteln im Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.

Eine Frauen-Versammlung über die Stellung der Frau in der Anti-AKW-Bewegung fand statt. Die Arbeitsgruppe "3. Welt" Bern berichtete über den "Elektroimperialismus". Soldatenkomitees und Gruppen aus der Frauenbewegung stellten sich vor. Nach Meinung der Organisatoren war die Aktion also "ein Forum zur politischen Bewußtseinsbildung und um einmal über den Kühlturm hinauszuschauen..."

Kontakt: Komitee "Massenhungerstreik gegen A-Werke," Postfach 66, CH - 4123 Allschwil 1, Schweiz

DEMONSTRATION GEGEN GEPLANTES AKW VIERETH

BAMBERG/NÜRNBERG
19. APRIL

Die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Bamberg (BIGA) ruft zu einer Demonstration auf:

Im Oktober vergangenen Jahres wurde Viereth (Landkreis Bamberg) als möglicher Standort für ein Kernkraftwerk mit 2600 MW im Standortsicherungsplan der Bayrischen Staatsregierung offiziell benannt. Die Informationen, die seitdem an die Öffentlichkeit gelangten, bieten keinerlei Anzeichen dafür, das Viereth und dessen nähere und weitere Umgebung von einem Atomkraftwerk verschont würden. Im Gegenteil: Angefangen von der Überleitung großer Mengen Donau- und Altmühlwassers in das Regnitz-Main-Gebiet über den Bau der Maintalautobahn und einer 380-kV-Stromleitung zwischen Erlangen und Bamberg bis hin zur Planung energieintensiver Folgeindustrie im Bamberg-Forchenheimer Raum (Sulfat-Zellstoffwerk, Ölraffinerie, Aluminiumindustrie, Zementwerk) weist alles darauf hin, daß im Einklang mit dem Atomenergieprogramm der Bundesregierung der Bayrische Standortsicherungsplan verwirklicht und unser Land mit Atomkraftwerken übersät werden soll.

Zwar haben sich bisher etliche Stadt- und Gemeinderäte gegen das Vierether AKW ausgesprochen; hinter diesen Entscheidungen scheint sich jedoch allzu häufig die Absicht zu verbergen, den Atommeiler nur aus dem eigenen Land- und Wahlkreis zu verlagern.

Um den entscheidenden Gremien und Dienststellen vor Augen zu führen, daß es die betroffene Bevölkerung ernst meint mit der Ablehnung der Atomenergie aufgrund der damit verbundenen Gefahren, führt die Bamberger Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke (BIGA) am Samstag, den 6. Mai 1978, zusammen mit zahlreichen weiteren fränkischen Anti-AKW-Gruppen eine Demonstration in der Bamberger Innenstadt durch. Atomkraftgegner aus Nürnberg, Erlangen, Forchheim, Haßfurt, Schweinfurt, Coburg, Lichtenfels, Wunsiedel, Hof und Passau trafen sich am 16. April in Bamberg, um die Demonstration vorzubereiten. In Bamberg selbst wird der Demonstrationsaufruf der BIGA bisher unterstützt von der Amtsgruppe der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) am Fernmeldeamt Bamberg, dem Ortsjugendausschuß der DPG und der Frauengruppe Bamberg; mit weiteren politischen, kirchlichen und Naturschutz-Gruppen sind Bündnisgespräche für die Beteiligung an der Demonstration im Gange. Alle Parteien, Gruppen und Organisationen, überhaupt alle Menschen, die bereit sind, die Losung „Kein AKW in Viereth oder sonstwo" auf ihre Banner zu schreiben, werden gebeten, an der Demonstration teilzunehmen, die am 6. Mai 1978 am Bahnhofsvorplatz (Post) in Bamberg um 13.00 Uhr beginnt.

Kontakt: Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke Bamberg (BIGA) c/o Bernd Herrmann, Oberer Weinberg 6, 8602 Amlingstadt
Hans Hunglinger, Fürther Str. 36, 85 Nürnberg, Tel. 0911/26 21 41.



EIN GRÜNER JAHRMARKT IM MAI

FRANKFURT
28. März

Die Initiativgruppe „Grüne Liste Frankfurt" plant für den Mai '78 einen grünen Jahrmarkt, zu dem alle Bürgerinitiativen, Selbsthilfeprojekte, Jugendhäuser und Landkommunen kommen sollen, um drei Tage lang zu diskutieren und zu feiern. In einem Rundbrief wird nochmal an die Gründe für den Kampf gegen die Umweltzerstörung erinnert:

„Nidda und Main sind so verschmutzt, daß Leben und Vegetation darin vernichtet sind. Nur durch kostspielige technische Aufwendungen kann das Wasser als Trinkwasser wiederaufbereitet werden. Im Einzugsbereich der Großstadt sinkt der Grundwasserspiegel ständig. Die Wälder sind am Vertrocknen, was durch Abholzung (zugunsten neuer Autobahnen) noch beschleunigt wird. Im Schwanheimer Wald sieht es traurig aus. Im Vogelsberg wird so viel Grundwasser entzogen, daß das Erdreich absackt, Häuser vom Einsturz bedroht sind und Naturgebiete ihren Charakter verlieren. Im Ried, wichtigster Obst- und Gemüselieferant der Großstadt, erfordern die Bewässerungsprobleme immer höhere Kosten. Kann die Wasserversorgung des Ballungsgebietes nur auf Kosten der angrenzenden Naturräume, auf Kosten von Forst- und Landwirtschaft gewährleistet werden ?

Aber es gibt noch weit mehr Probleme, die aus der Verstädterung resultieren. Immer mehr Autos transportieren die Pendler in die Stadt, wo die Arbeitsplätze konzentriert sind. Um die Verkehrsdichte auf den Zubringerstraßen abzubauen und die

Durchfahrten durch städtische Wohngebiete zu verringern, plant die Stadt Autobahn-ähnliche Schnellstraßen ringsum, Stadtautobahnen und Zubringerkreuze mit enormen Flächenbedarf. Eine Kleingarten-Siedlung ist bereits dem Miquelknoten zum Opfer gefallen. Weitere und der Ostpark sollen durch den Rüssel-Anschluß Ost an die A 66 vernichtet werden. Die neuen Straßen führen z.T. durch Siedlungen (Rosa-Luxemburg Strasse) und alte Ortskerne, wo sie die Wohnqualität durch ständigen Verkehrslärm beeinträchtigen. Die Bockenheimer Landstraße, Zeppelinallee, die Mainauferstraße sollen ausgebaut werden. Wertvoller Baumbestand und Wiesen werden reduziert. Dabei ist zu bedenken, daß die städtische Vegetation und die Gärten nicht nur Erholungswert haben, sondern die Sauerstoffversorgung durch ihren eigenen Stoffwechsel verbessern können.

Die Proteste, die sich meist gegen Einzelmaßnahmen richteten, konnten diesem Zerstörungsprozeß nicht entscheidend Einhalt gebieten. Sie wurden und werden totgeschwiegen, eingeplant, isoliert. Wir meinen, daß es höchste Zeit ist, daß sich alle interessierten Gruppen, Bürgerinitiativen und Einzelpersonen zusammensetzen sollten, um gemeinsam eine Bestandsaufnahme, eine Diagnose des ökologischen Zustands des Gesamtorganismus Stadt und Umgebung Frankfurt zu erstellen. Zu beraten, welche Möglichkeiten und Perspektiven die Einzelnen sehen, dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen. Wir schlagen als Forum für eine solche Diskussion einen „Grünen Jahrmarkt" vor.

Der Ablauf des Jahrmarktes ist bisher wie folgt geplant:

Gedacht ist an einen Zeitraum von drei Tagen. Um überfüllte Säle und Veranstaltungsstreß so weit wie möglich zu vermeiden, wollen wir das Rebstock- oder Dippemess-Gelände. Dort sollen mehrere Großzelte aufgebaut werden - für Veranstaltungen, Ausstellungen, falls es regnet. Dieses Gelände sollte lediglich das Zentrum des Jahrmarktes abgeben.

PROGRAMMVORSCHLAG

— Alle Projekte, Initiativen usw. machen Stände, um zu informieren, zu verkaufen, zu diskutieren.

— Es sollte nicht allzuviele Großveranstaltungen geben, wichtiger sind viele kleinere Diskussionsforen. Als Großveranstaltungen wären aber möglich:

1) Diskussion aller Bürgerinitiativen und Ökologiegruppen Frankfurts über den ökologischen Zustand des Gesamtorganismus Stadt und Umgebung Frankfurt. Mögliche Perspektiven von Widerstand und Alternativen.

2) Diskussion über eine mögliche Wahlbeteiligung zur hessischen Landtagswahl in Form einer Grünen Liste.

3) Veranstaltungen von ausländischen und inländischen Vertretern der Ökologiebewegung (Leute aus Okzitanien, dem Elsaß, Holland, Spanien, Vertreter von Ökologie-Zeitungen in Europa: Alfalfa/Spanien, Gueule ouverte/Frankreich, Undercurrents/England usw., Leute aus Wyhl, Brokdorf, Gorleben....).

— Diskussionsforen: gedacht sind Themen wie: Sanierung, Verkehr, Luft, Wasser, Beteiligung Frankfurter Betriebe an Atomkraftwerken, Ernährung usw.. Das Ziel dieser Foren sollte sein, längerfristige, also auch über den Jahrmarkt hinausreichende Gruppen zu ermöglichen, die zu den Themen arbeiten wollen.

Alle diese Veranstaltungen müssen gut vorbereitet sein.

— Kultur: Auf diesem Sektor dürfte es eine große Anzahl von Möglichkeiten geben, sie brauchen hier nicht im einzelnen ausgeführt werden, sind aber meistens sehr arbeitsaufwendig (Bühne etc.).

— Aktionen: An Ideen mangelt es hierbei nicht - von Straßensperren über eine Fahrraddemo bis hin zum Niederreißen von Hinterhofmauern oder Ausrufung eines Freistaates. Außerdem beginnt im Mai in Frankfurt der Strompreisboykott (Überweisung von 10% der Stromkosten auf ein Sperrkonto, bis gewährleistet ist, daß von den Stromkosten keine Atomkraftwerke finanziert werden).

— Ausstellungen und Experimente: Vielleicht ist es möglich, ökologische Ideen während des Jahrmarktes zu praktizieren. Z.B. Windräder, Sonnenkollektoren, Biogasanlagen......

Dies sind die Ideen, soweit sie existieren. Aber nicht mehr als das - ein Rohgerüst also, das es zu füllen gilt.

Alle Gruppen, besonders Theater-, Musik- und sonstige kulturelle Gruppen, die am Jahrmarkt teilnehmen wollen, sollen sich möglichst schnell bei untenstehender Adresse melden, damit klare Absprachen getroffen werden können. Reisespesen für die Kulturnixe können voraussichtlich nicht ersetzt werden.

Voraussichtlicher Termin des Grünen Jahrmarkts:
19. bis 21. Mai

Termine der Vorbereitungsgruppe: jeweils Montag und Freitag 20 Uhr im Häuschen, Kurfürstenstr. 16 H, 6000 Frankfurt 90
Die Vorbereitungsgruppe ist zu erreichen über:

Initiativgruppe Grüne Liste Ffm., c/o Distel, Kurfürstenstr. 16 H, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611 / 77 (mittwoc hs u. freitags von 16 bis 18 Uhr).

WIEDER KAMEN FLUGBLÄTTER GEFLOGEN

WIESBADEN 12. April

Wieder einmal sind von zwei Kauf- und Parkhäusern in Wiesbaden dreisprachige (deutsch, italienisch, spanisch) Flugblätter auf die Fußgängerzone geflattert, die auch noch zusätzlich in Briefkästen in verschiedenen Stadtvierteln gesteckt wurden. Der Text des Flugblattes:

Klauen ist billiger !

Die Kaufhauskonzerne und Supermarktketten machen gigantische Umsätze und riesige Gewinne. Durch Verkauf von schlechtem Ramsch (wir alle wissen, wie schnell der Plunder wieder kaputt geht) zu hohen Preisen füllen sie ihre Kassen.

Die Gewinne der Bonzen ist genau die Summe, um die sie uns beim Lohn betrogen haben. Möglichst niedrigen Lohn für alle Beschäftigten, möglichst hoher Gewinn für Kaufhaus- und Fabrikbesitzer.

Doch immer mehr Menschen spielen dieses üble Spiel nicht mehr länger mit. Die Zahl derer, die sich nicht mehr das Geld aus der Tasche ziehen lassen wollen, und trotzdem nicht auf die gefüllte Einkaufstasche verzichten, steigt ständig. Mit Klauen bei Kaufhausgiganten (nicht bei Tante Emma Läden, die selber auf dem letzten Loch pfeifen) schonen wir unser sauer verdientes Geld.

Das ist ein erster Schritt der Selbsthilfe gegen ein System, in dem die Bankkonten der Bonzen immer fetter werden, während wir höhere Akkordsätze, steigende Arbeitslosigkeit, höhere Steuern, höhere Miet-, Fahr- und Strompreise, Atomkraftwerke, dickere Gesetzbücher, Polizeiknüppel und Gefängnisse genießen dürfen."



Kita–Eltern

"WIR HABEN NICHT DAS GEFÜHL, DASS WIR EINE NIEDERLAGE ERLEBT HABEN."

FRANKFURT 20. April *Seit dem 3. April versucht die CDU-Stadtverwaltung gegen den Widerstand von Eltern, Kindern und Bezugspersonen die Kitas in herkömmliche Kindertagesstätten umzuwandeln (siehe ID 224/225). Am 18. April ist das Verwaltungsgericht Frankfurt den Stadtbürokraten zu Hilfe gekommen: es hat die Klage von Eltern auf Beibehaltung des Kita-Modells zurückgewiesen. Unter den Bezugspersonen ist die Resignation größer geworden – Vorschläge, Kitas auf Privatinitiative der Eltern zu eröffnen, werden diskutiert.*

ABRISS DER GESCHICHTE DES KITA – PROJEKTS

1970 "Kindertagestättenentwicklungsplan" der Stadt Frankfurt:
Bau von 66 KT in 10 Jahren.
Im Rahmen des "Arbeitskreises Kritische Sozialarbeit" (AKS) formulieren Erzieher aus städtischen Kindertagesstätten öffentliche Kritik an den dortigen Arbeits- und Erziehungsbedingungen (Warnstreik am 4.5.70):

- zu große Kindergruppen/Personalmangel
- unzureichende Räume und Mittel
- bürokratisch-autoritäre Gängelung und Einengung der Erzieherarbeit
- zu lange Arbeitszeit mit den Kindern, zu wenig Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitung, Elternarbeit
- unzureichende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- diskriminierende Entlohnung.

1971 Stadtverordnetenbeschluß über den Bau von 28 KTs in 1972.

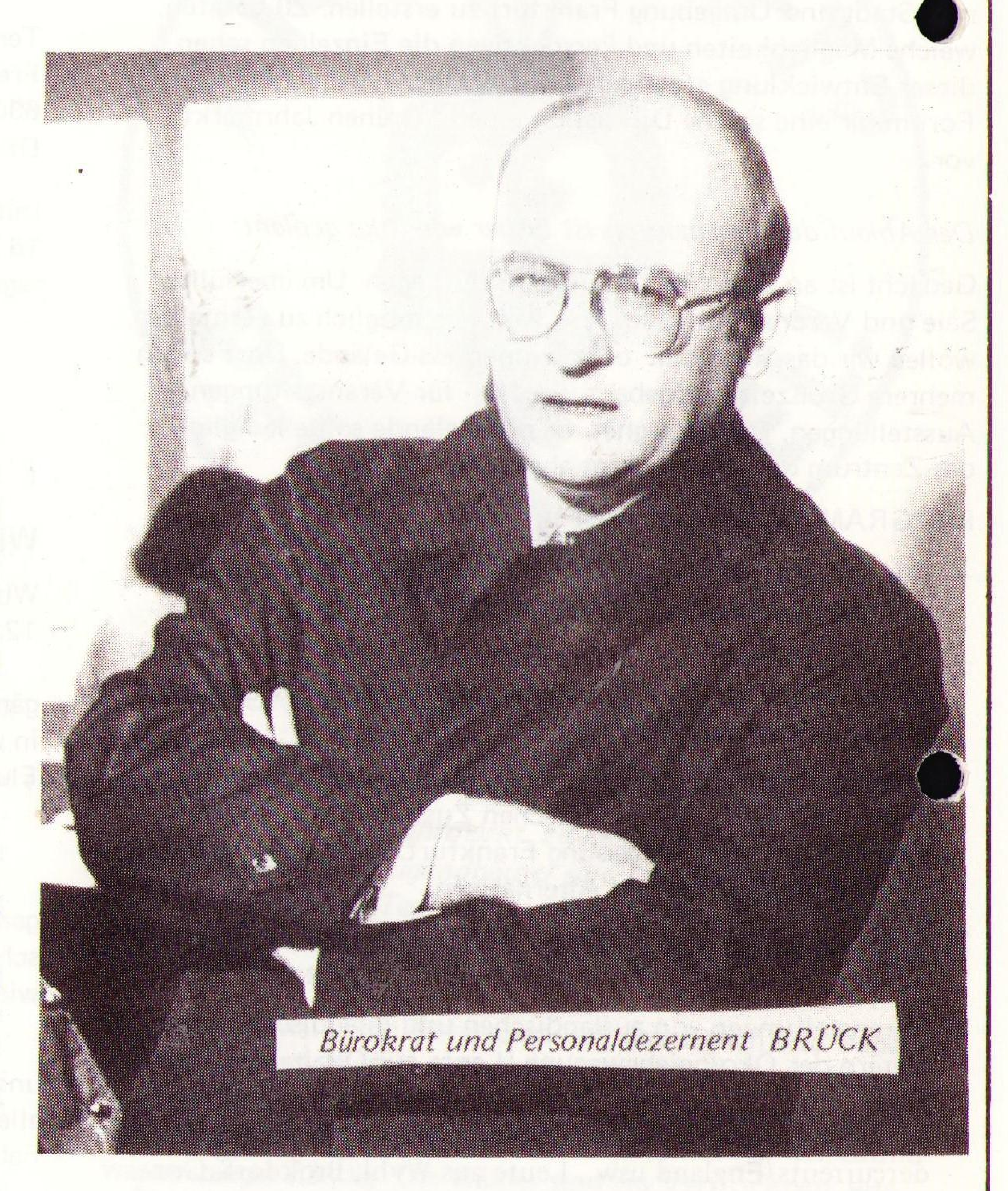
1972 Werbekampagne für die neuen "KITAS", in der angesichts des katastrophalen Personalmangels in den bestehenden KTs verbesserte Arbeitsbedingungen versprochen werden:

- vollbezahlte sechswöchige Vorbereitungslehrgänge
- Möglichkeiten der Teilzeitarbeit
- kollegiale Leitung
- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten
- überdurchschnittliche Entlohnung.

Die "kollegiale Arbeitsform" sollte der Verwirklichung der neuen Erziehungsziele der KITAs dienen: "Erziehung zu sozialem Verhalten, Selbstbestimmung und Selbststeuerung, Abbau sozial bedingter Ungleichheiten."
(Anzeige des Stadtschulamts im 'Stern' v. 16.8.72)

Die Vorbereitungslehrgänge sollen zu einem diesen Zielen entsprechenden Erzieherverhalten befähigen.
Personalauswahl, Vorbereitungslehrgänge, Zusammenstellung der KITA-Teams durch ein Team von sozialpädagogisch engagierten Wissenschaftlern und Studenten (VHS-Team).

Kinderaufnahme und Vorbereitung der Betriebsaufnahme durch die einzelnen Teams.



Bürokrat und Personaldezernent BRÜCK

Eröffnung von 19 KITAs von Mai bis Oktober 1974. (Die übrigen 9 von 28 Neubauten werden bestehenden KTs als Ersatzbauten zur Verfügung gestellt.)

In der Vorbereitungs- und Aufbauphase der KITAs konstituiert sich eine provisorische Selbstorganisation des Projekts:
Die KITA-Teams und der aus je einem von diesen delegierten Mitarbeiter bestehende KITA-Rat, der wöchentlich tagt.

Im Stadtschulamt wird eine provisorische Projektleitung installiert, die mit dem KITA-Rat kooperiert.



Die KITA-Mitarbeiter lehnen städtische Normalarbeitsverträge ab. Sie streben die Absicherung ihrer Arbeitsorganisation und der weiteren von der Stadt versprochenen verbesserten Arbeitsbedingungen in einer 'Satzung' an, über die ab Herbst 1972 mit der Stadt verhandelt wird.

1973 Seit Ende 1972 stocken die Verhandlungen über die 'Satzung'. Der Magistrat hat grundsätzliche Bedenken gegen Formen der Selbstorganisation im öffentlichen Dienst.

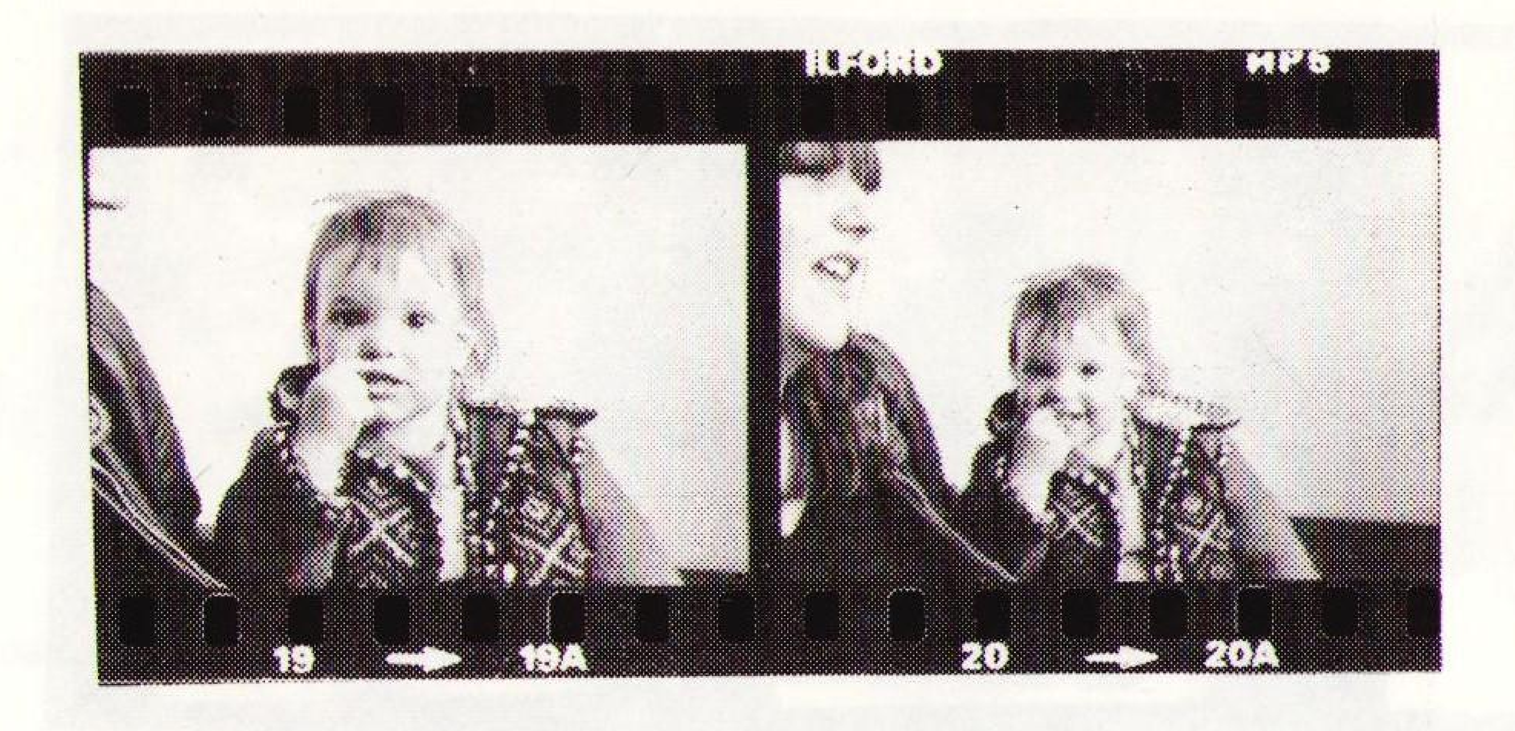


"Die Inhalte dieser Erziehung leite ich aus der Hessischen Verfassung ab. Durch Ehrfurcht, Nächstenliebe, Achtung und Duldsamkeit, Rechtlichkeit und Wahrhaftigkeit. Wenn man die Begriffe Ehrfurcht und Rechtlichkeit als Beispiele nimmt, so wird der Gegensatz, zumindest das starke Spannungsverhältnis zur Kinderladenbewegung recht deutlich."
(Stadtrat Mihm)

Die KITA-Mitarbeiter fordern im März 1973:

"Verabschiedung der Dienstvereinbarung (Satzung) bis zum 30.4.1973.
Damit:
Anerkennung der Teamarbeit,
Anerkennung des KITA-Rats als Entscheidungsorgan,
Anerkennung unserer Arbeitszeitregelung,
Erhöhung der pädagogischen Planstellen von 8 auf 12,
Gleiche Bezahlung aller Team-Mitglieder nach BAT V b,
Vorbereitungskurse für neu eingestellte Mitarbeiter,
Projektbezogene regelmäßige Fortbildung ..., die für die nicht pädagogisch Ausgebildeten zum Erzieherabschluß führen muß,
Mitbestimmung bei der Erstellung des Fortbildungsprogramms,
Sofortige Beseitigung aller baulichen Mängel und Gefahrenquellen..."
(Dokumentation über das KITA-Projekt 3000 ... verfaßt von den Mitarbeitern)

Um diese - wie sich herausstellte - weitreichenden Konsequenzen für die Arbeitnehmerbelange zu klären, erzwangen die Mitarbeiter/-innen aufgrund der Sondergeschäftsanweisung (SGA) eine Vollversammlung, auf der diese Fragen diskutiert werden sollten. Hier verbot der Schuldezernent den Supervisorinnen den Mund. Auch juristische Gutachten bestätigten, daß die Konzepte erhebliche Eingriffe in die Arbeitnehmerbelange der MItarbeiter vorsahen. Bis zur Verabschiedung einer Dienstanweisung darf keine Supervision gegen den Willen des Teams gemacht werden. Dies ist bis heute der Fall, d.h. daß nicht supervisiert wird.





1976 Aug. Der Schuldezernent fordert die Mitarbeiter auf, die KITAs auf 80 Kinder aufzufüllen. Wenn diese Forderung nicht erfüllt wird, sollen arbeitsrechtliche Konsequenzen die Folge sein.

Dieser Konflikt kristallisierte sich um die KITA 103. Die Mitarbeiter konnten aus räumlichen Gründen sowie durch die besondere Situation der KITA im Stadtteil (wenig Außenfläche und fehlende andere Spielmöglichkeiten im Nordend, was bedeutet, daß kitafremde Kinder immer wieder in die KITA gelangen möchten) weitere Aufnahmen aus pädagogischen Gründen nicht verantworten. Diese Gründe wurden von der Stadtverwaltung als nicht stichhaltig angesehen, sie drohte mit fristloser Kündigung der Mitarbeiter. Als die Mitarbeiter in dieser Situation Interessierten auf einem Informationsabend ihre Lage darstellen wollten, wurde die Veranstaltung durch die Besetzung der KITA durch Polizei verhindert. Nach der Zwangseinweisung von 4 Kindern durch das Stadtschulamt strengten die Mitarbeiterinnen eine Feststellungsklage an.

Das alles geschah nachdem die FDP bei Koalitionsverhandlungen mit der SPD die Reduzierung des Projekts gefordert hatte und besonders die KITAs mit wenigen Kindern, die aufgrund des Einzugsgebietes unterbelegt ware, um ihre Existenz bangten. Da die SPD auf diese Forderungen einzugehen schien (KITA kein Eckpfeiler der Koalitionsverhandlungen), hätte die Reduzierung der KITA-Projekts nach den Kommunalwahlen auch im Falle eines "Wahlsieges der SPD" bzw. einer SPD-FDP-Mehrheit wieder angestanden.

1977 Am 1.Mai 1977 findet eine Protestdemonstration zur Erhaltung des KITA-Projekts mit anschließendem Fest im Rothschildpark statt.

Die Bürgerinitiative 'Tatzelwurm' zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder in Frankfurt am Main wird gegründet.

12.7. Die Feststellungsklage der Erzieherinnen der KITA 103 wird abgewiesen. "Die Klage ist unzulässig." !!!

21.7 Eltern,Erzieher und Kinder demonstrieren vor dem Römer. Die Stadtverordneten beschließen die Beendigung des KITA-Projekts. Es wird eine Arbeitsgruppe vom Magistrat gebildet, die die Beendigung des KITA-Projekts vorbereiten soll.

Nach dem Beschluß der Stadtverordneten sind die Kinder der KITAs auf die umliegenden städtischen oder konfessionellen Kindertagesstätten zu verteilen.

Sind nicht genügend Plätze in den 'normalen' Kinder tagesstätten vorhanden, soll die betreffende KI-TA in eine 'normale' Kindertagesstätte umgewandelt werden.

Das fachlich nicht qualifizierte Personal soll entlassen werden.'Soweit das derzeitige Personal der KITAs fachlich qualifiziert ist, soll es im Städtischen Bereich anderweitig beschäftigt werden.'

Befristete Arbeitsverträge dürfen ab sofort nicht mehr in unbefristete umgewandelt werden, neue KITA-Mitarbeiter nur bis längstens 31.12.1977 eingestellt werden.

Sept. Die Arbeitsgruppe zur Auflösung hat sich konstituiert. Die ÖTV und der Gesamtpersonalrat erheben Einspruch gegen die Arbeitsgruppe, da die Auflösung des KITA-Projekts als Rationalisiserungsmaßnahme betrachtet werden müsse.

In den KITAs herrscht Ratlosigkeit, Verunsicherung, Resignation...

Allerdings werden auch Streik, Besetzung u.a. diskutiert.

ZAHLEN UND FAKTEN

Im Jahre 1977 wurden in den Kitas 1250 Kinder betreut. Davon waren 51 % Hortkinder im Alter von 6 bis 14 Jahren; 74 % aller Kinder in den Kitas wurden ganztägig betreut, 72 % der Kindergartenkinder sind Ganztagskinder gewesen (in den KTs werden 47 % der Kindergartenkinder ganztätgig betreut).

Seit 1974 hat die Zahl der Kitakinder um 20 % zugenommen, in den übrigen Kindertagesstätten in Ffm hat die Zahl um 4 % abgenommen.

40 % der Kitakinder haben Eltern in Arbeiterberufen, in Ffm sind 36 % der Lohnabhängigen Arbeiter. 13 % der Kitaeltern sind nicht erwerbstätig. 27 % der Kitakinder haben Eltern ausländischer Herkunft, in einigen Kitas liegt der %-Satz bei 60 - 70.

47 % der Eltern der Hortkinder und 53 % der ganztägig zu versorgenden Kindergartenkinder beziehen ein so geringes Familieneinkommen, daß sie keine Elternbeiträge nach dem gestaffelten Tarif entrichten müssen (die entsprechenden Zahlen für die KTs sind 27 % der Hort- und 29 % der Ganztagskindergartenkinder).

Unter Berücksichtigung der vergleichbaren Kosten muß die Stadt Ffm für ein Kita-Kind pro Jahr etwa 280 DM mehr ausgeben als für ein KT-Kind, dieser Unterschied ist nahezu ausschließlich auf die günstige Erzieher-Kind-Relation zurückzuführen. Ohne Abzug der Elternbeiträge, die für Kitakinder deutlich geringer sind, weil es wie erwähnt so viele einkommensschwache Eltern gibt, und einschließlich der Kosten für die relativ teuren Projekteinrichtungen der Projektleitung, der Supervision und der Kosten für die wissenschaftliche Begleitung, mußte die Stadt pro Kita-Kind 4855.- DM für ein Kita-Kind und 4329.- DM für ein KT-Kind ausgeben (1976).



	im Kita-Projekt	in hessischen Kindergärten
Sozialpädagogen/innen	5	1
Sozialarbeiter/innen	5	0,3
Erzieherinnen	36	37
Krankenschwestern	5	2
Kinderpflegerinnen	9	33
mit sonstiger beruflicher Ausbildung	39	3
ohne berufliche Ausbildung	2	24
	100%	100 %

Unter den Personen mit sonstiger beruflicher Ausbildung befinden sich in der Hauptsache Diplom-Pädagogen und Lehrer. 23 % der Kita-Mitarbeiter haben eine akademische Ausbildung.

CDU IN DEN KITAS

Nach den Kommunalwahlen vom März 1977, in der die CDU die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung erreichte, wurde die Abschaffung des Kita-Projekts als ein Punkt des Wahlprogramms unverzüglich ins Auge gefaßt. Die Meinung über das Kita-Projekt stand allerdings schon seit seinem Start im Jahre 1972 fest. "Zustände wie in der DDR" wurden schon 1972 befürchtet (FR vom 29.6.72), weil "Linke" die Kinder indoktrinieren würden. Jeder Anlaß war der CDU seit dieser Zeit recht, das Kitaprojekt zu diffamieren und seine Absetzung zu beantragen.

– CDU-Fraktionsgeschäftsführer Kreiling:
"In Kitas wird geschlagen, liegt an einigen Stellen der Schmutz zentimeterhoch, werden die Schulaufgaben nicht beaufsichtigt, sind Kinder alleine in den Taunus gefahren, ohne daß die Betreuer es überhaupt merkten"..... "Ursachen liegen im System der Teamarbeit, bei der es keine übergreifende Verantwortung eines Einzelnen gebe." (FR v. 11.5.74)

– Anfrage der CDU-Fraktion:
Ungeordnet lagerndes Material, strapaziertes Inventar - "können solche Verhältnisse nicht die Gefahr von Seuchen und Epidemien heraufbeschwören?"
(FR v. 4.3.75)

– CDU-Landtagsabgeordneter H. Frank auf einer Parteiveranstaltung Mitte April 75 in Sossenheim:
In den Kitas wird "verbrämte Indoktrination" betrieben, die auf dem Hintergrund einer "in Hessen zu beobachtenden Ideologisierung von der Gesamtschule bis hin zur Kita" zu sehen sei.
(FR v. 12.5.75)

– CDU-Stadtverordneter H. Reischmann:
"Zahlreiche DKP-Leute sind in den Kitas untergeschlüpft. Die sind als Erzieher nicht geeignet und müssen entlassen werden. Zahlen" .....konnte er nicht nennen. Dafür nannte er "falsche Zahlen" - so Prof. Rhein - über das Zahlenverhältnis zwischen Betreuern und Kindern in den Kitas und "normalen" Kindertagesstätten.
(FR v. 6.5.76)

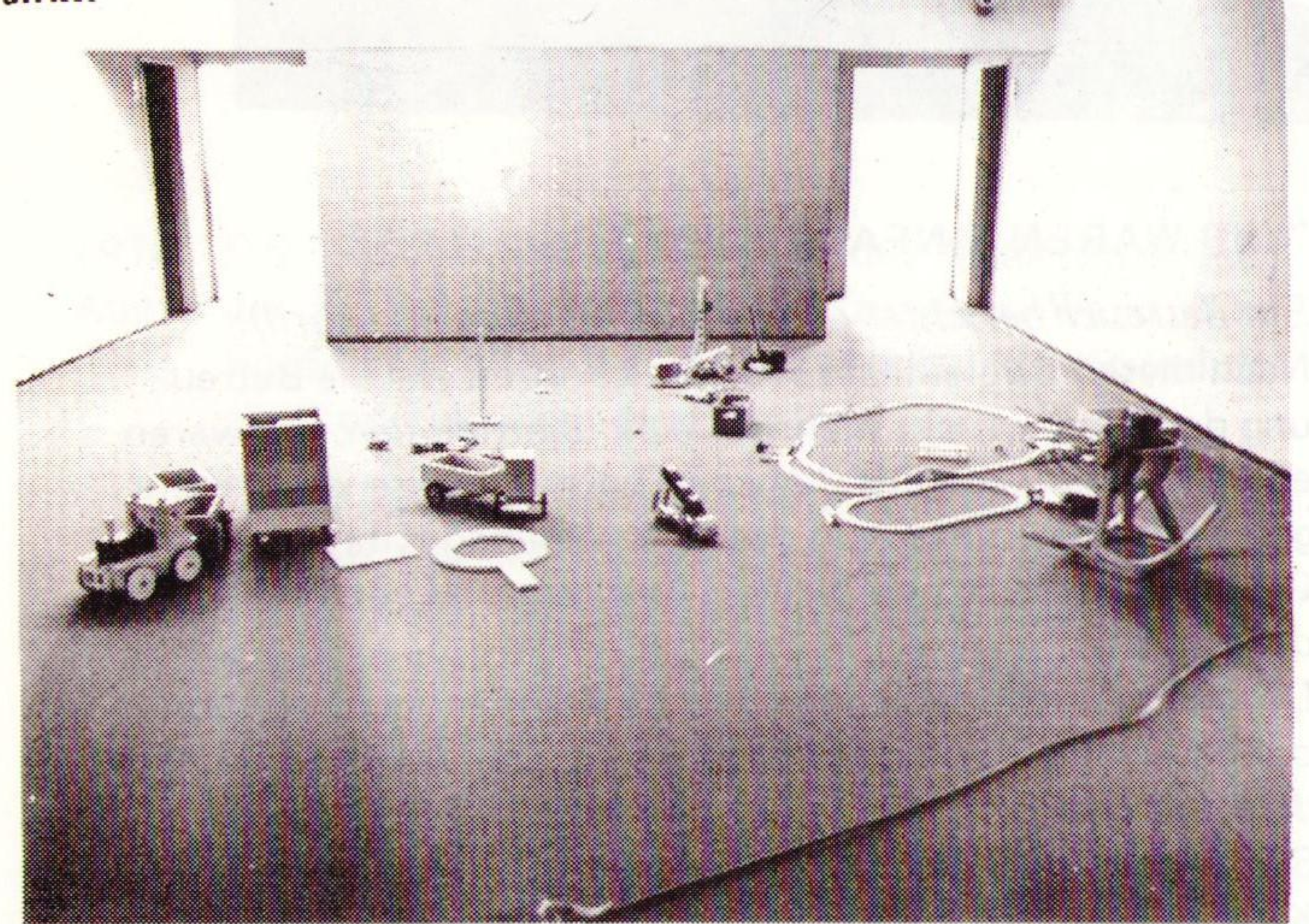
"WIR WAREN EINFACH AUCH ERSCHÖPFT"

Ein Betreuer berichtet (Stand: Donnerstag 20. April):
Nach diesen zweieinhalb Wochen konnten wir die Betreuung der Kinder nicht mehr so recht übernehmen, wir waren einfach auch erschöpft, haben es beispielsweise kaum mehr geschafft, die Kinder von der geschlossenen Kita zu einem Ort zu bringen, wo sie bleiben konnten, und von dort wieder zurück.
Dazu kam auch, daß einige Bezugspersonen nicht versetzt oder gar wieder zurückversetzt waren. Die waren in der Kita drin, wir draußen. Wir haben dann versucht über einen Streik nochmals zu mobilisieren: wir, die nicht mehr in die Kitas reindurften zusammen mit denen, die drin waren. Das haben wir zwei Tage, Montag und Dienstag, durchgehalten. Da haben 60 von 110 Betreuern, die im Moment noch beschäftigt sind, mitgemacht. Doch nach zwei Tagen haben wir den Streik nicht mehr durchgehalten, auch weil wir nicht davon ausgehen konnten, daß sowas überhaupt noch ein Druckmittel sein kann gegenüber der Stadt. Nach dem negativen Verwaltungsgerichtsurteil haben wir den Streik abgebrochen. Dem Personalrat der Stadt sind 13 fristlose Kündigungen vorgelegt worden, doch bisher wurde nur sechs Bezugspersonen gekündigt. Der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann hat angekündigt, daß mit 30 fristlosen Kündigungen zu rechnen sei. Doch schon seit Tagen hat sich da nichts getan. Wir befinden uns in einem Schwebezustand: wir betreuen teilweise noch Kinder, außerhalb der Kita, einige auch noch drin, aber wir erwarten täglich die fristlose Kündigung. Wir wissen auch genau, daß wir kein Geld bekommen (die Stadt will den Aprillohn zurückrufen), sind aber auch nicht gekündigt und können so beispielsweise auch kein Arbeitslosengeld beantragen.
Deshalb wollen jetzt einige Bezugspersonen von sich aus kündigen. Darüber wird momentan unter den Bezugspersonen gesprochen.

NEUE KITAS MIT ALTEM KONZEPT ?

Der Vater eines Kita-Kindes sagt:
Wir haben nicht das Gefühl, daß wir eine Niederlage erlebt haben, auch wenn wir kein Recht bekommen haben; das wollen wir auch dadurch dokumentieren, daß wir an dieser Erziehung festhalten. Auf einer Gesamt-Eltern-Vollversammlung wird am Donnerstag (20. April, kurz nach Redaktionsschluß) über folgenden Vorschlag diskutiert werden: es sollen neue Kitas, jedoch mit der alten Kitakonzeption, auf Privatinitiative der Eltern eröffnet werden. Diese Kitas sollen solange betrieben werden wie gesichert ist, daß sie von der Kommune, der Stadt, finanziell getragen werden. Damit soll dokumentiert werden, daß die Eltern weiterhin den Anspruch erheben, daß die Erziehung ihrer Kinder von der öffentlichen Hand getragen wird. Die Bezahlung, sozial gestaffelt, soll ebenso beibehalten werden wie die Öffnungszeiten: von morgens 7.30 Uhr bis abends 17 Uhr.
Mit ein entscheidender Grund für diese Initiative der Eltern ist, daß diese sich den Kita-Betreuern gegenüber verpflichtet fühlen, weil die Betreuer auch den Kampf gegen die Schlies-

sung der Kitas getragen haben mit der Konsequenz, daß sie jetzt arbeitslos sind und quasi mit Berufsverbot belegt, denn sie finden hier in Frankfurt im Erziehungsbereich nicht so schnell mehr eine Stelle. Die Eltern fänden es von daher unsolidarisch, irgendwo eine Privatinitiative zu suchen. Ob die Idee von den neuen Kitas zu realisieren ist, hängt entscheidend von der Anzahl der Eltern ab, die dazu bereit sind.



GERICHT WEIST DIE KITA-ELTERN AB

FRANKFURT 18. April *Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat am Dienstag (18. April) den Antrag einer Gruppe von Kita-Eltern auf eine einstweilige Anordnung gegen die Aufhebung des Kita-Vorschulversuchs abgewiesen. Das Gericht vertrat die Ansicht (Zitate aus der Frankfurter Rundschau vom 19.4.):*

– daß NICHT die Gefahr droht, daß durch die Schließung der Kitas die Rechte der Eltern auf Erziehung und Pflege ihrer Kinder ... rechtswidrig verletzt werden."
– daß aber NICHT "die herkömmlichen Kindertagesstätten für eine Erziehung der Kinder zu leiblicher, seelischer und gesellschaftlicher Tüchtigkeit ungeeignet sind und daß sie den Eltern keinen Raum für eine ihrem jeweiligen Ideal entsprechende Pflege und Erziehung ihrer Kinder lassen,"
– daß der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, das Kita-Projekt zu beenden, "bereits deshalb NICHT als rechtswidrige Beeinträchtigung von Rechten der betroffenen Eltern und Kinder gewertet werden, weil die Plätze in den Kitas die Stadt erheblich mehr Geld kosten als die Plätze in den herkömmlichen Kindertagesstätten",
– daß selbst die abrupte Beendigung des Projekts NICHT "als übermäßige Beeinträchtigung der Elternrechte und der Rechte der betroffenen Kinder ... gewertet werden" kann,
– daß bei allmählichem Umwandeln " ein ständiger Konflikt" zu befürchten gewesen sei, "in dem die Kinder zu ihrem Schaden als Mittel der Auseinandersetzung zwischen Teilen der Elternschaft und bisherigen Kita-Erziehern einerseits und der Stadt andererseits" eingesetzt zu werden drohten, und
– daß es darum "NICHT als rechtswidriges Verwaltungsermessen bewertet werden" kann, wenn die Stadt die Kitas "auf einen Schlag" umzuwandeln suche und die Erzieher "wegen eines erwarteten und in erheblichem Umfang auch tatsächlich erfolgten Widerstandes... nicht an ihren bisherigen Dienststellen beläßt."

Zu dem Urteil des Verwaltungsgerichts schreiben die Rechtsanwälte Ernst Ronte, Peter Zimmermann, Berger Str. 200, 6 Frankfurt, in einer Presseerklärung:

Die Prozeßvertreter der Eltern, die gegen den Abbruch des sogenannten Kita-Projekts 3000 mit einem Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung vor das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main gegangen sind, erklären zu der Entscheidung des Verwaltungsgerichts vom 18.4.1978 über diesen Antrag folgendes:

Zunächst ist festzustellen, daß das Verwaltungsgericht die nicht unproblematische Frage der Zuständigkeit im Sinne der Antragsteller positiv beantwortet und sich zu einer Entscheidung in der Sache für berufen erklärt hat. Zuzustimmen ist dem Gericht, wenn es die grundsätzliche Gestaltungsfreiheit des kommunalen Gesetzgebers bei der Errichtung und Schließung kommunaler Einrichtungen in den Vordergrund seiner Überlegungen stellt. Insoweit besteht auch kein Unterschied zu der von den Antragstellern vertretenen Rechtsauffassung. Kritik hat allerdings an der Stelle einzusetzen, wo das Gericht mit eindeutig fiskalischen Überlegungen operiert, die zudem auch in einem entscheidenden Punkt unrichtig sind. Es ist falsch, wenn ausgeführt wird, die Plätze in den Kitas der Stadt Frankfurt am Main kosteten erheblich mehr Geld als die Plätze in den herkömmlichen Kindertagesstätten. Richtig ist vielmehr, daß die pro Kind angesetzten Kosten in etwa mit denen in den herkömmlichen Kindertagesstätten vergleichbar sind. Die – absolut gesehen – tatsächlich vorhandenen Mehraufwendungen beruhen allein auf der erheblich günstigeren Betreuer/Kind-Relation sowie auf der Existenz einer wissenschaftlichen Begleitung des Kita-Projekts.

Des weiteren wird an der Entscheidung des Verwaltungsgerichts gerügt, daß der gerade von der SPD-Fraktion vorgebrachte Einwand, die mit der Ausarbeitung geeigneter Vorschläge zur Beendigung des Kita-Projekts beauftragte Projektgruppe sei mit ihrem Bericht gar nicht erst bis zur Stadtverordnetenversammlung durchgedrungen, unter den Tisch fällt. Unberücksichtigt bleibt auch die sich hier geradezu aufdrängende Frage einer Verletzung des Beteiligungsrechtes der betroffenen Eltern, immerhin ein Umstand, der die Eltern in besonderem Maße erbittert hat. Das Gericht konstatiert lapidar, es habe sich schließlich nur um einen Modellversuch gehandelt, der von Anfang an umstritten gewesen sei. Unterschlagen wird dabei die nicht hinwegzuleugnende Tatsache, daß die Kitas in den letzten Jahren eine feste Institution in den einzelnen Stadtteilen Frankfurts geworden sind. Abschließend meinen die Richter, der Abbruch des Kita-Projekts auf einen Schlag bedeute eine geringere Beeinträchtigung ais ein langsames Auslaufen. Dem ist entschieden entgegenzuhalten, daß nach den von den Antragstellern vorgelegten medizinischen, pädagogischen und psychologischen Gutachten gerade der plötzliche Abbruch des Kita-Projekts zu einer erhöhten Gefährdung der betroffenen Kinder sowohl in psychischer als auch in physischer Hinsicht führen kann.

Zusammengefaßt läßt sich zu der Entscheidung sagen, daß das Gericht die Beendigung des Kita-Projekts unausgesprochen mit ähnlichen Maßstäben mißt wie die Schließung eines Geschäftsbetriebs, der von einer kommunalen Behörde unterhalten wird. Daß hierbei den spezifischen Besonderheiten pädagogischer Einrichtungen im Vorschulbereich und der damit verbundenen verfassungsrechtlichen Bedeutung von Elternrechten nicht hinreichend Beachtung geschenkt wird, zeigt auch, daß das Gericht den Sprung in das juristische Neuland, den das Begehren der Antragsteller bedeutet, nicht gewagt hat. Es ist beabsichtigt, gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Rechtsmittel einzulegen.





Gespräch mit einer Kita-Mutter

EINE LEITERIN IST EINE LEITERIN UND LEITET STILL VOR SICH HIN

Samstag, 15. April 1978 vor der Kita 112, Grüneburgweg. Lastwagen vor der Tür, die von städtischen Arbeitern beladen werden. Vor der Tür: Mobiliar, Spielzeug, Papierkörbe aufgehäuft. Große Eile, Geschäftigkeit. Nach jedem Transportarbeiter wird die Eingangstür schnell wieder verschlossen. Während ich Fotos von dieser Blitzaktion mache, erscheint eine ca. 30-jährige Frau. Betroffen schaut sie auf das Spielzeug, hebt das eine oder andere Teil hoch, schüttelt den Kopf, legt es wieder zurück. Sie kommt auf mich zu – ich sehe, sie hat Tränen in den Augen –.

Können Sie sagen, wieso das alles rausgerissen wird, was die Kinder dort gemacht haben, alles? Sie sind Journalist! Also ich bin 'ne Mutter vom Kita-Kind hier, ich bin äußerst verwundert, was hier passiert, also daß die Möbel verändert werden, das hat man schon gehört, aber das alles 'rausgeräumt wird, wer hat denn das angeordnet?

Ich weiß es nicht. Ich habe probiert hier einen Verantwortlichen zu kriegen, den gibt's nicht; das ist ein Amtmann, und der Amtmann ist schon weg, und die Leute hier ...

Die sind unter Polizeischutz, ich weiß nicht seit wann die hier 'rumstehen, ich hab die gesehen; die Kinder sind irgendwo untergebracht ...

Wo ist ihr Kind?

In der Wohnung, die dürfen ja nirgendwo auftauchen, kriegen kein Essen mehr, dürfen in keine Kindertagesstätte rein und so, die sind in einer anderen Wohnung.

Haben Sie gesehn, was mit den Möbeln geschieht beim Raustransport?

Nein, habe ich nicht gesehen, ich bin eben erst gekommen. Wir wußten, daß die heute früh kommen, das sah man ja, was da auffährt, was da unter Polizeischutz auffährt, das sah man doch.

Heut morgen war ein großes Polizeiaufgebot. Ich habe hier Fotos gemacht.

Ja, etliche haben uns sogar gedroht, sie wollen Strafzettel verteilen. Daß man kaputte Stühle austauscht, das geschieht

überall. Aber drinnen in der Kita war beispielsweise ein Theater aufgebaut, in dem Gruppenraum, da haben die wochenlang dran gearbeitet, das war schön; da waren Hochbetten drin, das ist alles weg, und da kann man nicht sagen das war kaputt, das war überhaupt nicht kaputt. Ich möchte mal wissen, wem die selbstgebauten Sachen überhaupt gehört haben ...

Jetzt nach dem Rausladen sind sie bestimmt kaputt ...

Na klar, wenn Kinder spielen, dann geht halt was kaputt ...

Haben sie die neuen Möbel mal gesehen?

Nee, da kommt man ja nicht rein.

Vorhin war so ein Schläger an der Tür, der hat auf- und zugeschlossen, wenn die die Sachen rausgetragen haben. Wer ist denn hier bloß verantwortlich?

Verantwortlich, ich weiß nicht wer da verantwortlich ist, Polizei ist ja auch nicht verantwortlich. Aber was man so hört: am Montag soll ja der Betrieb hier mit vielen Kindern aufgemacht werden, mit denen von der Kita 111 sogar. Das ist ganz ausgeschlossen, die können ja nicht auf dem Boden hocken ...

Die Arbeiter haben mir erzählt, daß jetzt am Wochenende die Weißbinder kommen.

Fleißig, fleißig .....

Wie haben denn die Kinder heute morgen reagiert?

Die haben das nicht bemerkt, die haben sich dann hier um die Autos versammelt. Sie werden jeden Tag wohin gekarrt, müssen sich sehr couragiert benehmen. Eine Dreijährige , die ständig woanders untergebracht wird. Manche kommen auch nicht mehr, aber das heißt nicht, daß die Eltern das nicht unterstützen wollen. Aber wenn die Kinder nur noch weinen, kann man sie nicht zwingen.

Warum weinen die Kinder?

Die wollen nicht plötzlich in fremden Räumen mit völlig fremden Leuten sein, das ist ja völlig klar. Also wir sind erst nach Bockenheim geschickt worden, das war ein Räumchen mit 20 Quadratmetern. Da sollten offiziell, als Notdienst, die von hier und von der Kita 11 hin, das waren 50 Kinder,
die von hier und von der Kita 111 hin, das waren 50 Kinder,
nen und die Betreuer dazu. Da kann man sich vorstellen wie das ausgesehen hat.

Kein Essen von der Stadt

Dann hieß es auch, die Erwachsenen müssen fort, die Eltern müssen fort. Es wurde dort gesagt, zur Not könnten 10 Plätze freigemacht w erden, als Notdienst. Daraufhin hat die Stadt gesagt, wer diesen Notdienst nicht in Anspruch nimmt, der braucht ihn nicht, der braucht keinen Kita-Platz. Wer nicht dorthin geht, der sieht den Kindergarten als Luxus an. Daraufhin bekamen die Kinder ein paar Tage später von der Stadt das Essen gestrichen; das Stadtküchenessen, das sie geliefert bekommen. Also, meiner geht nur halbtags und ißt nicht mit, aber im Grunde essen doch alle mit und da sind wir nach Rödelheimm gegangen in eine andere Kita, die so halb umgewandelt war. Die hat 'ne Leiterin und eine neue Kraft, aber im übrigen war das noch der alte Stil, da waren sehr viel Eltern anwesend. Dort haben sich die Kinder dann von Montag bis Mittwoch aufgehalten, doch das Essen kam ab Montag oder ab Dienstag nicht mehr. Das mit dem Essen ist ein Detail. Ich bin auch gar nicht so auf dem Laufenden.... fast jeden Abend sind Elternversammlungen oder Teamversammlungen, ich kann doch nicht jeden Abend weg....

Was machen Sie beruflich?

Ich bin nur zuhause; aber die Kinder heulen und mein Mann ist oft weg, ich bin auch müd' und ich weiß auch nicht so genau wann es ist, man hat's auch nicht immer erfahren. Man hätte die Termine erfahren können, aber ich hab' mich auch nicht so darum gekümmert, weil man über Tag ja doch alle wieder sieht. Also die haben zum Teil Sitzungen bis nachts um zwei. Gestern war wieder so eine Versammlung und ich konnt' nicht weg. Dadurch hat man nicht alles so mitgekriegt... Die Eltern haben Elterndienst gemacht, damit immer zwei der Eltern anwesend sind, damit die Kinder das Gefühl haben, sie sind nicht ganz so fremd. Die Betreuer mußten ja auch oft weg, zu Dienstbesprechungen und so. Manchmal waren sie 'nen halben Tag weg oder 'nen ganzen Tag. Dann hieß es, zwei von den Betreuern hätten Hausverbot in Rödelheim. Deswegen konnten wir nicht mehr nach Rödelheim, eben weil die Betreuerinnen dort Hausverbot hatten und mit den Kindern nicht mehr mitgehen konnten. Eine hatte hier offiziell vorher die Stelle noch, nur durfte sie dort... Ich habs überhaupt nicht mehr durchschaut, es änderte sich auch von Tag zu Tag, was die Stadt geäußert hat ... und dann waren wir gestern dort und die Betreuerin ist dann trotz Verbot in das Gebäude rein und da war dort der Herr Brück und noch mehrere andere Beamte. Die haben also nur gewartet so stundenlang und haben sich dann mit denen auseinandergesetzt.

Was macht der Brück, ich kenn den Namen nicht.

Der ist Dezernent, der ist da im Personalrat, der ist im Grund' ihr Personalratsvertreter, aber ... nicht in ihrem Interesse, und noch ein paar Leut', Vorgesetzte vom Stadtschulamt, haben sich 'ne Stunde mit denen auseinander gesetzt. Dann sind wir abgezogen mit den Kindern in eine Privatwohnung, weil wir dort nicht bleiben konnten. Die Kinder mußten ja auch etwas zu essen haben, die konnten zwar dort spielen 'ne zeitlang.....

Was meinen Sie, wielange die Betreuer, die Eltern noch Luft haben?

Das kann ich nicht sagen.

Aber die kalkulieren doch damit, daß den Leuten die Luft, der Mut ausgeht...

Aber es gibt bestimmt, sagen wir mal, ein Drittel der Eltern, die noch lange Luft haben. Auch solche, die nicht hundertprozentig hinter den Betreuern stehen, aber 95prozentig un-



Ständig ist Polizei in den Kitas. Hier ein Diensthabender mit der Leiterin von 112.

terstützen würden, was diese als Minimum ansehen. Die sehen als Minimum an, daß das Team hier wieder voll rein kann, die Leiterin sitzt im Büro und leitet vor sich hin und die Gruppen bleiben zunächst in der jetzt bestehenden Größe oder kleiner— wie sie es wollen; sie werden vielleicht schleichend etwas vergrößern durch Abgänge von Kindern oder daß man ein paar mehr aufnimmt. Man weiß doch, daß mehrere immer krank sind... So 'ne schleichende Erhöhung aber nicht so 'ne plötzliche Erhöhung; oder daß irgendwelche Bezugspersonen nicht ersetzt werden, also mehr so eine gleitende oder das Ganze als so eine Übergangszeit von drei Monaten, das sehen die Betreuer wohl als Minimum an. Die Eltern würden wohl eine Versetzung noch in Kauf nehmen, wenn es nicht anders zu machen ist, ich weiß es nicht genau. Gestern sah es noch so aus, daß man was gewonnen hat durch den sogenannten Kampf hier. Der Stand war besser fand ich als am Montag vor vierzehn Tagen.

Warum sogenannter Kampf?

Ja, es ist ständig Polizei hier. Die Eltern müssen sich ständig kümmern. Es herrschte zum Teil auch ein wüst er Ton. Man fühlt sich ständig kontrolliert, es war schon eine Szene, die nicht normal ist, hätte jeder Außenstehender auch so gesehen .... Finden Sie das nicht auch, das ist doch ein völlig heiles Mobiliar, das kostet was, das alles zu ersetzen.

Warum schmeißt ihr dann den Papierkorb weg?

Der wird nicht weggeworfen.

Warum ist der dann hier draußen?

Damit wohl die Malermeister freie Fläche haben, und dann kommen sie alle und räumen das alles wieder rein, unter Polizeischutz oder wie?

Am Montag sollen die ganzen Kinder von der Kita 111 auch hier sein. Die Betreuer sind heute gar nicht da, ich weiß nicht, wohin die jetzt verpflanzt worden sind. Die sind jetzt halt auch frustriert, weil sie ja auch sehr viel versucht haben. Das hat sich wohl wieder verhärtet; gestern die Leute vom Amt, die ich miterlebt habe, die haben gleich gedroht: es kommt zum Prozeß, es ging um die Leute, die doch da sind und die nicht da sein dürfen. Rückversetzungen werden nicht gemacht.

Viele Kinder sind nicht mehr gekommen, weil die Eltern einfach keine Zeit hatten

In den ersten Tagen standen wir stundenlang draußen in der Kälte, und die Hortkinder, ich weiß gar nicht genau — wo die jetzt hin sollen, das sind Erst- und Zweitkläßler — die sollen durch durch den ganzen Stadtteil laufen. Das läuft halt so, daß die bei Freunden sind oder die Eltern müssen die Kinder von der Schule holen, in eine Vertretungsunterbringung bringen und von dort wieder abholen. Der Sinn des Horts — daß man gerade freigestellt ist — ist hin: man muß ständig nachfahren und betreuen. Und wenn — wie hier — das Ganze sich so ein bißchen verzögert— um neun, halb zehn waren die Kinder da, früher ging das viel früher los; die, die berufstätig sind — die Eltern — ich weiß gar nicht wo die bleiben. Es sind viele Kinder zum Schluß nicht mehr gekommen, weil die Eltern einfach keine Zeit hatten.

Ich kenne das, ich habe zwei Kinder, ich weiß ziemlich genau, wie wir darauf angewisen sind, daß das funktioniert. Darum frage ich auch, wie das mit dem Luft haben ...

Hier ist es doch wohl so: es sind etliche Mütter nicht berufstätig, die können sich das einteilen und viele haben einfach Urlaub genommen. Jetzt waren auch noch Schulferien, es sind etliche Lehrer, die haben in den Ferien auch noch Zeit gehabt, das ist jetzt weggefallen...

Und sie haben ein Kind hier drin?

Ein Kind, und ich habe so nen Kleineren, den hab ich angemeldet, der könnte jetzt aufgenommen werden...

Das ist ja nicht nur organisatorisch , daß die die Möbel tauschen, sondern die ändern jetzt auch das Erziehungskonzept, das ist doch ziemlich klar...



Na ja, also ich glaub' nicht, daß sich so völlig alles ändert. Das kann sich gar nicht ändern, wenn die Eltern, die Kinder, die Betreuer, bis auf ein, zwei Betreuer alles bleibt. Da kann keine Leiterin von heute auf morgen den ganzen Stil umkrempeln... das glauben auch manche Betreuer nicht, die haben auch gar keine Bange vor der, weil die ja gar keinen Einfluß hat, die hat ja auch gar keine eigenen Gruppen. Die sitzt da und bedient das Telefon, guckt sich die Akten an und sortiert. Die gibt wohl Anweisungen, aber wenn die anderen Verantwortlichen in ihrer Gruppe sind und, sagen wir, machen Ausflüge, und organisieren sich den Tag so, da kann die nicht dauernd was ändern. Insofern kann sich das nicht sofort ändern. Natürlich, nach und nach ändert sich was, wenn andere Kinder aufgenommen werden oder wenn viel mehr Kinder da sind. Dann können die Betreuer sich um die einzelnen nicht mehr so kümmern, da verwischt sich das ein bißchen und dann können sie vielleicht auch ihre Elternabende und Elternarbeit so nicht machen wie sie wollen. Die haben ja sehr viel Elternarbeit gemacht hier. Jeden Monat war ein Treffen.

Meinen Sie, daß Sie direkt Einfluß gehabt haben auf die Erziehung des Kindes? Auf den Stil, der hier in der Kita gemacht wird?

Nein, der war ja fest da, den hat man übernommen, akzeptiert, wenn man die Kinder angemeldet hat. Aber wenn mir was nicht gefallen hat, dann konnte ich das sofort sagen.

Wie oft haben denn Elternabende stattgefunden?

Jeden Monat ein Treffen, bevor hier so Dauertheater war. Das war so ne Art Frühschoppen, das war so am Samstag, wo man sich mit den Kindern bei längerem Frühstück, bei Wein oder Kuchen oder was jeder mitgebracht hat, getroffen hat und das dauerte dann so bis ein zwei Uhr. So war die Elternarbeit hier. Im übrigen konnte man jeden Tag ne halbe Stunde morgens oder nachmittags noch bleiben und was besprechen, wenn man wollte. Man konnte überhaupt stundenlang bleiben, man sagte, meiner ist so ein Angsthase, ich bleib heute noch ein bißchen dabei, ich habe es versprochen. Da hat kein Mensch

was dagegen. So habe ich das jedenfalls am Anfang gemacht. Das war nicht so: hier hast du dein Kind und jetzt gehe ich fort. Das ist richtig so bei der Elternarbeit, daß die Eltern reinkönnen.

Warum sind Sie in die Kita gegangen?

Vorher waren wir in einem kirchlichen Kindergarten, weil der noch innerhalb des Blocks war. Man brauchte gar nicht über die Straße, das Kind war jünger noch, er war noch gar nicht kindergartenreif und der hat da nur Bange gehabt und da nur geheult; war da völlig unfähig zu spielen, hat dann gestottert. Ich habe das dann abgebrochen und da wollte der auf keinen Fall wieder hin. Wir haben das nur erwogen, weil mein Mann so verkehrsängstlich ist und dachte, die allernächste ist die allerbeste, weil man überhaupt nicht über die Straße muß. Das ist ein pädagogisches Problem, wie man den Übergang schafft. Die Eltern bleiben hier ein bißchen da oder die Kinder werden auf dem Arm so lange rumgetragen, bis sie sich wohler fühlen. In anderen Kindergärten ist das ja nicht so. Vielmehr: Kind abgegeben, Tür zugeschlossen, der heult vier Wochen lang. Irgendwann hören die Kinder auf zu heulen dann haben sie die sogenannte Reife dadurch, daß sie sich fügen. Manche brechen, ich habe da schon die wüstesten Geschichten gehört. Werden einfach beschimpft, kriegen auch Schläge angedroht und dann hört ein Kind eben auf zu heulen. So sollte das nicht sein und so ist das hier nie gewesen...

Die schlafen nicht ein, selbst wenn sich die Leiterin danebensetzt

..... Die Leiterin kann doch nicht einfach z.B. Mittagsschlaf einführen. Eine Leiterin setzt nicht durch, daß 25 Kinder von heut' auf morgen wieder Mittagsschlaf halten, wenn die das nicht mehr gewöhnt sind und diesen Rhythmus nicht mehr haben. Die schlafen da nicht ein, selbst wenn sich die Leiterin danebensetzt...

Ich weiß nichts von der neuen Leiterin hier. Ich fand sie nicht so drachenartig, aber das ist meine private Meinung. Die anderen Eltern fanden, daß sie überhaupt nicht in Frage kommt, weil sie eben doch sehr hart ihre Position vertritt. Das hat sie am ersten Tag gemacht, am zweiten schon weniger hart und dann hat sie Urlaub genommen.

Urlaub genommen oder krank geworden?

Die war nicht krank, die hat Urlaub genommen, weil sie da keine Arbeitsmöglichkeiten sah. Die beiden anderen, die hier waren, die eine war ja zwangsversetzt, haben ihren Antrag zurückgenommen. Es war ja so eine junge Frau, die wirklich von der Stadt auch verschaukelt worden war. Die war sehr unglücklich hier, die war fast am Weinen.

Wollen sich die Eltern zu einer Initiative zusammenschließen und einen Kinderladen oder sowas aufmachen?

Das ist zu teuer. Deswegen ist es ja auch zynisch, was der Mihm da gesagt hat, die könnten das gerne haben, das Gebäude aber bekämen sie nicht, sie könnten ruhig Kita weiterspielen im privaten und wir unterstützten das mit gewissem Geld. Das geht nicht, weil das zu teuer ist. Nach der Bezahlungsstruktur hier — das hat eine Betreuerin gesagt — könnten die Eltern eine Kraft zahlen und sieben oder sechs haben sie. Da ist gar nicht dran zu denken, noch dazu, wenn das Gebäude weg ist. Die Miete und die Einrichtung, das ist ganz ausgeschlossen. Man will ja auch gar keinen Kinderladen aufmachen. Dann hätte man die Kinder ja nicht hierher geschickt, sondern in den Kinderladen. Man wollte an sich dieses Projekt stützen - grad das ist die richtige Mischung. Das hat so den großen Rahmen eines wirklich öffentlichen und gleichzeitig eben individuellen. Also, sie hätten mal sehen müssen, was für schöne Aktionen die hier machen: im Detail kann man sagen, ja gut, das paßt mir nicht und da liegt Gerümpel und da liegt Papier. Aber hier drin: die haben in Eigeninitiative die Zimmer renoviert, weil die Stadt sich geweigert hat, das zu tun. Das ist vielleicht nicht bekannt, aber die Stadt hat einfach verboten oder hat gesagt, es ist kein Geld da oder einfach: "Wir machen das nicht!" (....)

Sie sagen ihrem Sohn, was hier passiert ist?

Ja, das sag ich. Der hängt persönlich vielleicht nicht an den Stühlchen, aber die Betreuer hängen wirklich emotional stark auch an dem, wie das eingerichtet war. Die werden sehr unglücklich sein. Grad dieses Theaterchen da drin, das war so ein Hinterraum, ein Hochbett und da konnte man rausgucken, Blumentöppe davor und egal, ob das nun wirklich perfekt war, das war so ein kleines Knuddelhöhlchen. Grad die Anfänger, die haben gerne da drinnen gehockt und in anderen Kitas haben die was ähnliches gemacht. Das ist so eine kleine Geheimecke — ist jetzt alles weg, das wird die sehr treffen, das wird so hingestellt als wär das alles Dreck!

(.....)

Die Frau, die hier stellvertretende Leiterin werden wollte, die hat da rumgeklagt, ja ihre Kindertagesstätte, die war so eng und so voll, das sei sehr betrüblich, und wenn sie für den Spielplatz nur mal einen Ring, einen Autoreifen haben wollte, für eine Schaukel, dann kriegen sie den nicht, weil kein Geld da wäre. Da hab ich der auch gesagt: wenn hier die Leut sich eine Schaukel bauen wollen, wenn sie meinen, das fehlt oder Kinder sagen, jetzt wollen wir endlich einen Autoreifen haben, dann haben die den am nächsten Tag, und zwar nicht gestohlen. Die haben den aber, die organisieren das, kaufen das, gehen mit den Kindern wohin, wo sie das für fünfzig Pfennig geschenkt bekommen, auf dem Schrotthaufen — das haben die da, weil die sich kümmern!

KINDER BEKAMEN ESSEN

Am Dienstag, den 18. April, haben 46 Kinder aus den Kitas 111 und 112, die allein von ihren Eltern seit Montag betreut werden, in der Kita 112 (Grüneburgweg) nun doch ihr Mittagessen bekommen. Die neue Leiterin, Frau Heldmann, hat den Kindern aus den beiden Kitas zumindest für diese Woche die Essensverpflegung zugesichert.

Um 12 Uhr mittags liefen die Kinder zum Grüneburgpark, zunächst wurden die 30 Kinder aus der Kita 111 versorgt. Die 16 Kinder aus der Kita 112, die sich seit einigen Tagen in der Kirche der Christusgemeinde am Beethovenplatz aufhalten, spielten solange im Garten, teilweise hatten sie das Spielzeug, das nagelneu war, aus der Kita geholt.

In der Kita selbst waren die Leiterin und zwei andere Kindergärtnerinnen sowie "vier Herren vom Stadtschulamt, die hier mit Rat und Tat zur Verfügung stehen". Allerdings saßen sie nur die ganze Zeit im Büro rum und beobachteten genau, wer denn alles in der Kita ist. Vor dem Kita-Eingang saß einer auf einem Stuhl. In der Kita selbst waren nur zwei Kinder, die von der Leiterin und den anderen betreut wurden. Gegen 13.30 Uhr war die "Speisung" beendet und die Kinder gingen mit ihren Eltern in den sonnigen Grüneburgpark.

„JETZT IST DAS JA BALD NE SCHULE DIE KITA HIER"

Aus einem Gespräch mit einem etwa zehnjährigen jugoslawischen Jungen, der zwei Jahre in der Kita 112 war (als Hortkind nach der Schule in diese Kita ging):

„Jetzt geh' ich immer nach der Schule nach Hause. Das finde ich doof, zuhause ist es immer so langweilig. Ich hab gehört wie mein Vater gesagt hat, daß die jetzt so Schulbänke hier rein tun, daß, wenn wir aus der Schule kommen, daß wir dann gleich darumsitzen müssen und Hausaufgaben machen. Früher war das viel freier, da konnten wir auf den Berg gehen (vor der Kita ist ein Sandberg aufgeschüttet) spielen, da konnten wir Spielzeug mitbringen, hatten auch welches hier. Jetzt ist das ja bald ne Schule hier die Kita... Ach, zuhause ist alles so langweilig. Meine Platten sind das Einzigste wo ich mir die Zeit vertreiben kann."



„Die haben alles kaputt gemacht und es war eigentlich ganz schön hier in der Kita drin. Die Betreuer, ich weiß nur, daß die jetzt weg sind. Also die Mechthilde ist weg, der Wolfgang, der Georg und die Ingrid. Das neue Spielzeug ist ganz doof. Das alte war viel besser. Auch wenn da ein paar Räder fehlen, wir haben ja Ersatzteile gehabt. Die haben uns die Erwachsenen immer dran gemacht, also ganz gemacht..."

„In der Kita 111 ist ne Freundin drin und dann kenn ich noch ein paar andere Kitas. Die ist jetzt auch zugemacht. Die haben ja fünf Kitas zugemacht. Ganz doof von der CDU, richtig bescheuert. Wenn die CDU das alles besser machen will, da hat sie sich aber geirrt. Die machen das alles hier jetzt noch schlechter... Ja wegen der Leiterin, das find ich eigentlich ganz doof, die sollte eigentlich weg. Das ist mal das Erste. Dann die Schulbänke, das find ich auch doof und die CDU find ich auch beschissen. Die wollen das nämlich gut machen, dann soll sie das auch gut machen und alles so lassen. Jetzt geht das ja nicht mehr, jetzt ham sie ja schon alles futsch gemacht."

„Ich bin da eben in die Kita gegangen und hab mir alles angesehen. Da warn da in einem Raum so ganz alte Sachen mit denen ich immer gern gespielt habe. Da war son Lastwagen und da hab ich auch son Lastwagen da auf dem Berg gefunden, den ich mal da vergraben hab. Den hab ich immer gesucht, den hab ich von zu Hause mitgebracht. Da hab ich ihn da vergraben und nachher wußt ich nicht mehr wo der ist. Und jetzt hab ich ihn wiedergefunden. Die machen jetzt anscheinend auch den Berg kaputt, die Rutschbahn machen se raus und so..."

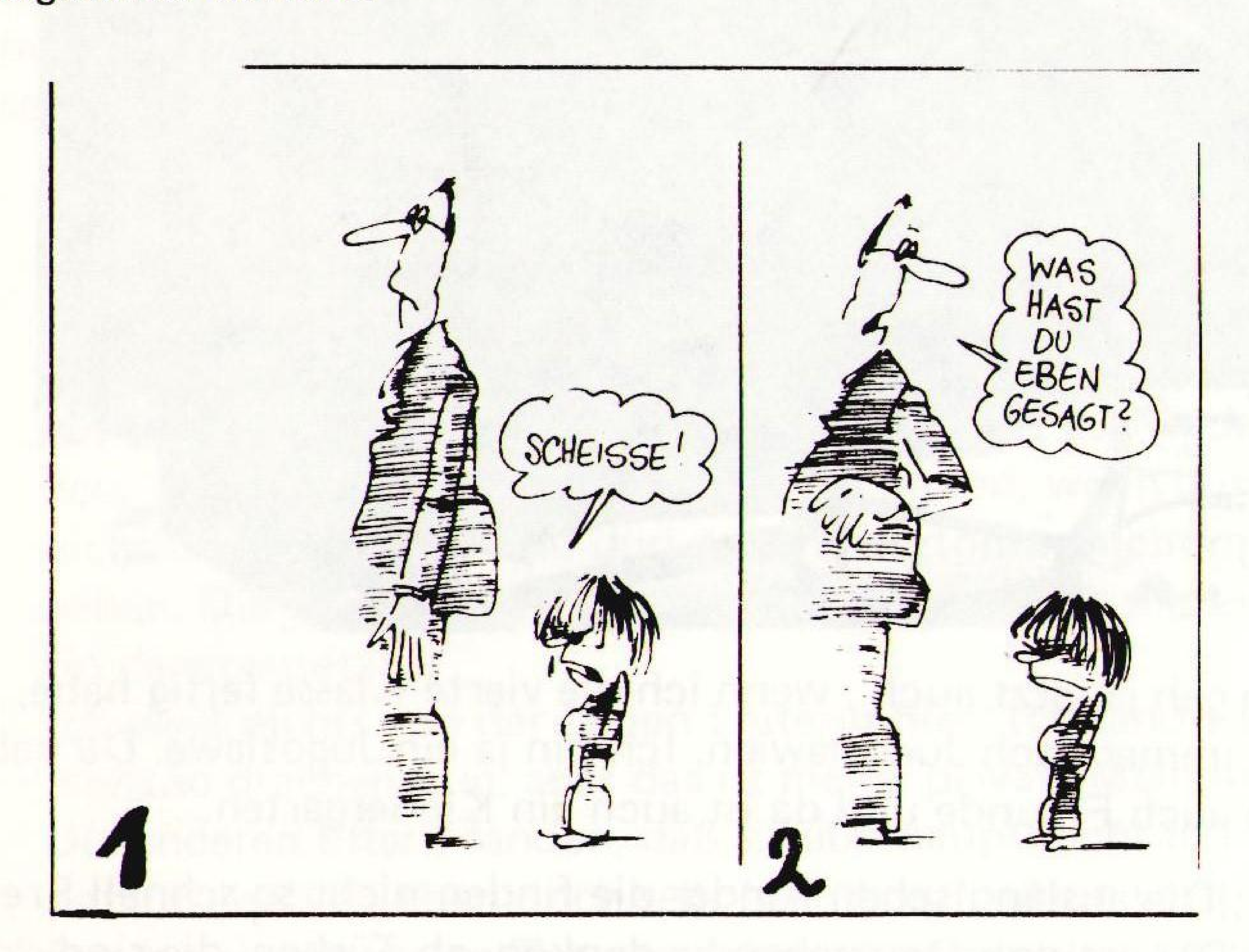
„ Es ist bestimmt auch so, wenn die Leiterin da kommt, dann darf man auch nichts mehr. Da muß man sofort die Bücher rausholen, Hausaufgaben machen, dann muß man noch lesen oder so was üben. Ich glaub da gefällt es mir nicht. Da meld ich mich lieber ab. Dann geh ich anschließend immer nach Hause. Ich geh ja jetzt auch , wenn ich die vierte Klasse fertig habe, für immer nach Jugoslawien. Ich bin ja ein Jugoslawe. Da hab ich auch Freunde und da ist auch ein Kindergarten..."

„Die ausländischen Kinder die finden nicht so schnell Freunde. Die meisten Deutschendie denken, ah Türken, die sind doch so blöd oder Italiener und so, die will ich nicht haben. Doch hier in der Kita freunden sie sich ja schnell an. Am ersten Tag wie ich hier in der Kita war, hab ich schon zwei Freunde gehabt. Bei einem fing das so an: wir haben da Essen gekriegt und ich bin rausgegangen, hab auf dem Boden gegessen. Er kam mir hinterher und war auf der anderen Seite und so kamen wir in eine Gespräch. Und er hat gesagt: wollen wir Freunde werden? und ich hab gesagt o.K. Und so waren wir auch Freunde. Mit dem Anderen fings natürlich anders an. Da habern wir erst so gedacht: ach ne, dich will ich nicht haben. Dann kam er wieder nach 10 Minuten und hat gesagt o.k. und so fing das an. Bei den ausländischen Kindern, die noch keine Sprache verstehen und so, da ist es natürlich schwerer. Ich kann ja besser deutsch reden als jugoslawisch. Ich bin ja hier geboren. Das find ich ganz schlecht, daß jetzt die Kita geändert wird..."

IN DER KITA IM GALLUSZENTRUM (128):

Die Kita im Galluszentrum ist am Montag wieder aufgemacht worden, mit Leiterin, den neuen Erzieherinnen. Auf dem Gelände waren zwei zivile Polizisten, weitere waren im Haus. Einer Erzieherin, die einem Kind sagte, die Maria würde nicht mehr kommen,sie sei versetzt worden, wurde vorgeworfen, sie würde die Kinder aufwiegeln.Ein Polizist sagte, sie, die Erzieherin, würde den ruhigen Verlauf stören, packte sie am Arm und zerrte sie nach draußen. Jetzt hat auch diese Erzieherin, die nicht versetzt war, Hausverbot, sie ist vom Dienst suspendiert.

Am Montagmittag trafen sich streikende Kita-Betreuer, darunter auch das Gallusteam, auf der Quäkerwiese, gleich neben der Gallus-Kita. Als die Kinder ihre Betreuer sahen, sind alle über den Zaun und auf die Quäkerwiese. Mittags kam dann der Mihm und hat den Betreuern vorgeworfen, sie hätten die Kinder rausgelockt – und in der Zeitung, der Frankfurter Rundschau vom Dienstag steht, daß er den Betreuern "Kindesentführung" vorwerfe. Die Leiterinnen, die ja die Aufsichtspflicht haben, haben keinerlei Anstalten gemacht, die Kinder von der Quäkerwiese in die Kita zu holen. Erzählte einer der Betreuer: "Die haben ganz komisch reagiert. Die haben den Kindern gesagt, 'ihr seid abgehauen, ihr dürft jetzt nicht mehr rein'. Die Kinder sind immer hin und her: mal in die Kita, mal nach draußen."
In der Gallus-Kita sind über 80 Prozent Ausländer. Seit der Umsetzung sind mehr als die Hälfte der Eltern bei Elternabenden, das war früher nicht so. Und das, obwohl es massive Drohungen gab. So hat die Leiterin gesagt, daß Kinder, die nicht in die Kindertagesstätte kommen (das war während der Schließung der Kita), abgemeldet würden. Trotzdem haben die Eltern ihre Kinder zwei Wochen lang beim alten Kita-Team abgeliefert. Für die Ausländer gabs bei den Elternabenden Dolmetscher, daneben wurden dreisprachige Flugblätter verteilt.



KITAELTERN FORDERN HERAUSGABE IHRES EIGENTUMS

FRANKFURT 20. April In der Kita 112 hat die Stadt Frankfurt Mobiliar und Spielzeug zerstört und fortgeschafft (siehe: Gespräch mit einer Kitamutter). Dies hat Eltern der Kita 112 veranlaßt, in einem Brief an die Stadt die Herausgabe ihres Eigentums zu fordern. Der anberaumte Termin Mittwochnachmittag kam nicht zustande, weil der Brief mit den Forderungen erst Mittwochmorgen bei der Stadt ankam. Jetzt soll ein neuer Übergabetermin vereinbart werden.

Die Kita 111 ist seit dem 3. April, dem Tag der „Umwandlung", geschlossen. Wie es dazu kam, erzählt eine Mutter: „Als wir am 3. zu der Protestveranstaltung ins TAT gingen, da haben die abgeschlossen. Da konnten wir anschließend noch nicht einmal Mittagessen. Da war aber irgendwo eine Tür offen oder ein Fenster oder irgendwas kaputt und die Kinder sind da reingekommen. Wir Eltern haben uns da nicht reingetraut. Wir haben erst die zwei Bullen da draußen zweimal gefragt, ob wir rein dürften, die Kinder seien drin, zum Essen und so. Die haben dann über Funk mit dem Stadtschulamt gesprochen und es dann genehmigt. Später wurde das als Besetzung der Kita proklamiert, das ist wirklich das Letzte. Und die Bullen waren verschwunden, so als hätten sie damit nichts zu tun gehabt. Das war schon merkwürdig." Der Brief der Eltern an die Stadt hat folgenden Wortlaut:

Sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren,

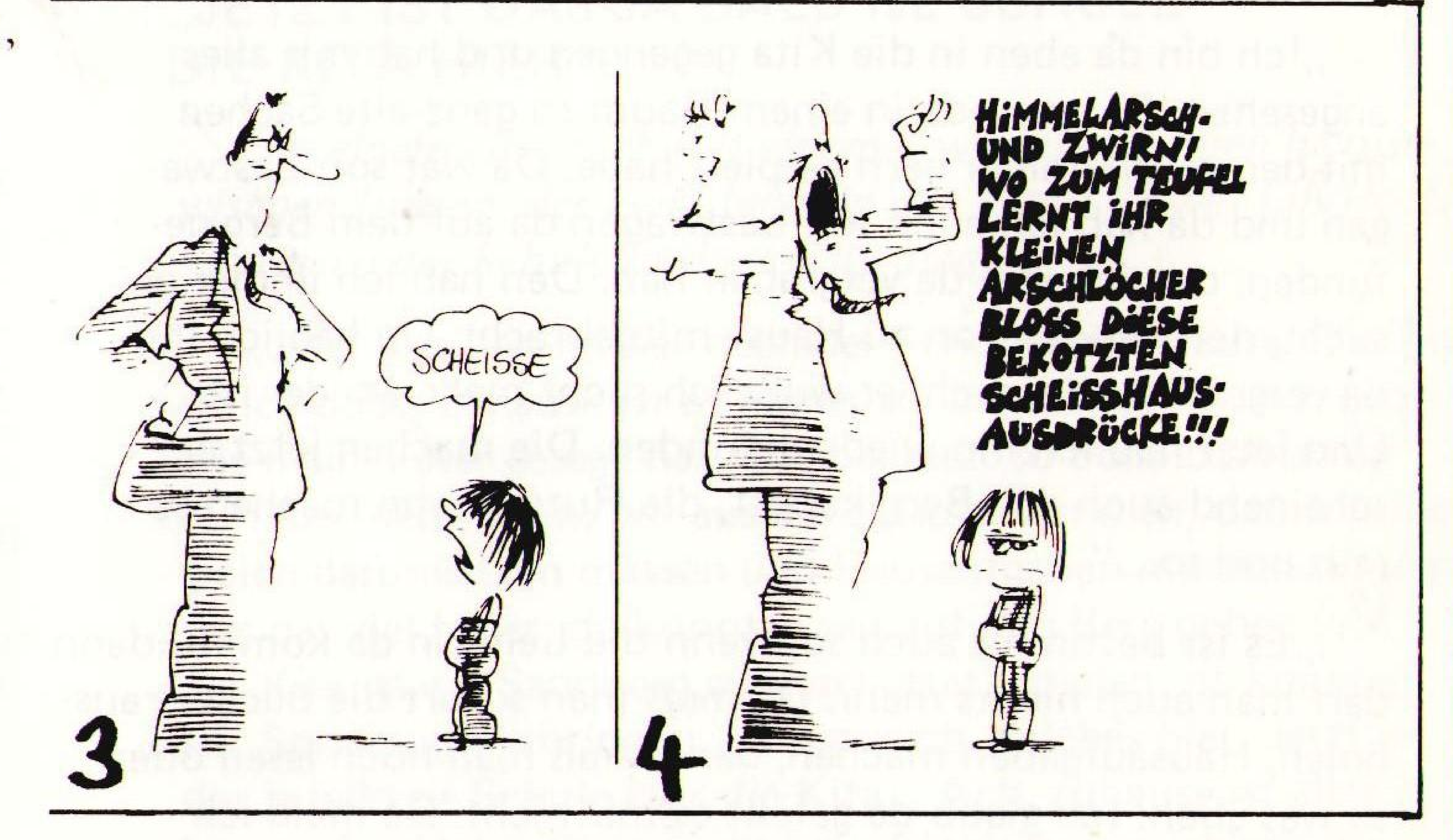
Die Versammlung von Eltern der Kinder, deren VERTRAGSGEMÄSSE Kindertagesstätte die Kita 111 in der Staufenstrasse 3, 6 Frankfurt am Main, ist, bat mich am 14. April 1978, Ihnen nachfolgend dargelegte Forderung schriftlich im Namen der Eltern vorzulegen:

Die angeblich von leitender Stelle Ihres Dezernats angeordnete vandalistische Zerstörung und Vernichtung von Eigentum derjenigen Eltern, deren Kinder bisher vertragsgemäß in der Kita 112 untergebracht waren, läßt die begründete Vermutung zu, daß Sie in Fortsetzung Ihrer kinderfeindlichen Kahlschlagpolitik, die Ihnen von einem CDU-Wahlparteitag anbefohlen wurde, vorhaben, sich in naher Zukunft ebenfalls am Eigentum der Eltern, deren Kinder vertragsgemäß der Kita 111 zugeordnet sind, zu vergreifen, um es mutwillig zu zerstören oder gar zu vernichten.

Im Gegensatz zu den unrichtigen Tatsachenbehauptungen, die Sie ständig aus Gründen der Wahlpropaganda zur Diffamierung von Verteidigern des Kita-Projekts in der Öffentlichkeit zirkulieren lassen (Zur Stützung dieser unwahren Tatsachenbehauptungen muß sich nun auch noch der Herr Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main – welch blödes Possenspiel – in einer offensichtlichen Abstell- und Rumpelkammer öffentlich fotografieren lassen), wurden in der Kita 111 von Eltern, Kindern und Betreuern KEINE städtischen Einrichtungen zerstört oder mutwillig beschädigt, sondern es wurden von den Eltern und den Kita-Bezugspersonen e r h e b l i c h e Geldmittel, Sach- und Arbeitsleistungen erbracht, um die dürftige Ausstattung und den kärglichen Zustand des schnell und lieblos hinbetonierten Gebäudes zu verschönern, zu verbessern und kindergerecht zu ergänzen. (Die Eltern der Kindergruppe, der mein Sohn Kai angehört, haben unter begeisterter Mithilfe der Kinder und der Betreuer vor einiger Zeit auf eigene Initiative und Kosten selbst renoviert, weil das umständliche und verzögerliche Verhalten der Bürokratie dies notwendig machte.

Da Sie es vorzogen – anstelle eines rechtlich geregelten Verwaltungsablaufs – überfallartig (nach Meinung des ehemaligen Oberbürgermeisters Rudi Arndt) absolut rechtswidrig am 3.4. 1978 die Kita 111 zu schließen und damit die Kinder auszusperren, war es den Eltern nicht möglich, diejenigen Gegenstände, die ihnen gehören und deren Eigentümer sie sind, auszusondern und mitzunehmen. Es handelt sich hierbei – die Aufzählung ist mehr beispielhaft und muß nicht vollständig sein – um folgende Sachen:

Kleintiere (Fische, Aquarium, Schildkröten,) Bücher, Großer Kaufladen, Spiele – auch Puzzlespiele, Sportgeräte, Matratzen, Kleidung, Schaukel, Teeservice (Teekanne).



Ich bin beauftragt, Sie aufzufordern, diese sich im Eigentum der Eltern befindlichen Gegenstände an die Eltern herauszugeben. Bevor die Eltern gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen, um Ihrem rechtswidrigem Treiben ein Ende zu machen, schlagen sie zur vereinfachenden und gütlichen Regelung dieser Angelegenheit folgendes Verfahren vor:

Am Mittwoch, dem 19. April 1978 um 15.30 Uhr werden Eltern des Vertrauens zum Eingang der Kita 111 kommen, in der Erwartung, dort Befugte der Stadt Frankfurt am Main anzutreffen, die im Einvernehmen mit den Eltern die Aussonderung des Elterneigentums vornehmen: wie das geht, kennen Sie ja aus dem würdelosen Fall des abgewählten SPD-Stadtrates Prof. Peter Rhein. Die Eltern schlagen vor, daß Sie sinnvollerweise einige Bezugspersonen der Kita 111 hinzuziehen, da diese wohl mehr Sachkenntnis über die Eigentumsverhältnisse besitzen, als irgendein Verwaltungsbeamter, der die realen Verhältnisse nicht kennt.

Die Eltern werden die Herausgabe quittieren, über Streitpunkte sollte ein Protokoll angelegt werden, von dem jede Partei eine Ausfertigung erhält.

Für den Fall, daß dieses Herausgabeverfahren daran scheitert, daß niemand von der Stadt anwesend ist und daß die Kita geschlossen bleibt, gehen wir davon aus, daß Sie – was bei ihrer ständigen Mißachtung des Elternrechts nicht verwunderlich ist – die Herausgabe des Eigentums ablehnen. Die Eltern werden sodann die Stadt Frankfurt am Main mit etwa 20 verschiedenen Herausgabeprozessen überziehen. Beweisnot haben die Eltern nicht, da ja die Bezugspersonen, die Sie um ihren Beruf gebracht haben, als Zeugen benannt werden können.

Weiter bitten wir darum, nunmehr den Eltern mitzuteilen, wo sich derzeit die den Eltern und Kindern gehörenden Kleintiere befinden. Bitte teilen Sie mir schnellstens mit, wer durch Sie beauftragt ist, für diese Tiere zu sorgen.

Für den Fall, daß Sie versäumten, während der Schließung der Kita 111 für das Wohl dieser Kleintiere zu sorgen und wenn diese aufgrund dieser Unterlassung krank oder verstorben sind, steht Ihnen neben einem Schadensersatzanspruch auch noch eine Strafanzeigen ins Haus. Die Eltern nehmen an, daß dies eine rein theoretischen Alternative ist, da wir bislang den Eindruck gewannen, daß Ihnen am Schicksal von Kleintieren aus wahltaktischen Gründen mehr gelegen ist, als an Kita-Kindern, die Sie zu analen Zerstörungswüstlingen heruntersterilisieren, um eine wehrlose Minderheit herzustellen, die man je nach wahlstrategischem Belieben diffamieren kann. Im Gegensatz zu diesem Verhalten, das das vertraglich bestimmte Recht auf Fürsorge der Kinder und der Betreuer mit Füßen tritt, haben Sie sich zu Kleintieren immer tierlieb gezeigt. Das bringt auch Wählerstimmen.....

Der Tod von Kita-Kleintieren (.... wir glauben nicht daran, aber möglich könnte es ja sein.....) wäre eine solch neue Erfahrung, daß wir dies sofort den Institutionen des Tierschutzes mitteilen müßten. Sollten die Tiere in der Kita 111 – wie die Eltern hoffen: quicklebendig – sein, so wird um Aushändigung gegen Quittung gebeten.

Die Eltern der Kinder der Kita 111 verlangen die Herausgabe ihres Eigentums rein vorsorglich, weil sie befürchten, daß auch mit ihrem Eigentum so verfahren wird, wie es die Eltern der Kita 112 erfahren mußten, wenn Sie alsbald mit der Durchführung dessen beginnen, was Sie "Renovierung" nennen.

Ich bin beauftragt, Ihnen ausdrücklich mitzuteilen, daß mit der Forderung auf Herausgabe des Elterneigentums KEINESFALLS auf das aus den einzelnen Verträgen sich ergebende Recht auf Öffnung der Kita 111 verzichtet wird. Ganz im Gegenteil: wenn für diese Kinder die Kita 111 eröffnet wird, sollen auch diese Gegenstände dort bleiben, damit die Kinder damit spielen können.

Der Herausgabeanspruch wird vorsorglich aus Furcht vor Zerstörung und Nichtbeachtung der Eigentumsrechte gestellt: diese Furcht ist aus den leidvollen Erfahrungen der jüngsten Zeit mit Ihnen begründet: Rechte der Eltern bestreiten Sie sogar öffentlich.

Das Verwaltungsgericht Frankfurt hat am Dienstag (18.4.) den Antrag einer Gruppe von Kita-Eltern auf eine einstweilige Anordnung gegen die Aufhebung des Kita-Vorschulversuchs abgewiesen. Nach Ansicht des Gerichts droht "nicht die Gefahr, daß durch die Schließung der Kitas die Rechte der Eltern auf Erziehung und Pflege ihrer Kinder ... rechtswidrig verletzt werden."

Die Elterninitiative Kita hat gegen diesen Beschluß Beschwerde vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel angekündigt.

SOLIDARITÄT MIT DEN KITAS

In Hamburg war am 5. April eine Veranstaltung von Kinder- und Jugendinitiativen. Die 400 Besucher haben zum Frankfurter Kitakonflikt einstimmig folgende Resolution verabschiedet:

Mit Empörung haben wir von den Vorfällen in den Frankfurter Kitas gehört. Am 3.4.78 war der Tag, an dem die CDU in Frankfurt dem Modellversuch der Kitas endgültig ein Ende bereiten wollte. Sie hatte geplant, die Kitas in ‚normale' Kindertagesstätten umzuwandeln, das heißt, die Kita-Erzieher sollten versetzt werden.

Damit bekamen laut diesem Plan 2.500 Kinder neue Bezugspersonen vor die Nase gesetzt. Am Montag waren die Kitaerzieher trotz Kündigung an ihren Arbeitsplätzen erschienen, es gelang in einzelnen Kitas gemeinsam mit Kindern, Eltern alten und neuen Erziehern Protesterklärungen zu verabschieden. In einigen Kitas standen die Erzieher vor der Tür, in anderen Kitas wurden die Kita-Erzieher von der Polizei herausgeholt. Die Kinder ließen allerdings ihre Erzieher über den Balkon wieder rein.

Wir protestieren aufs Schärfste gegen diese Maßnahmen - sie machen die Ziele, die die CDU-Regierung in Frankfurt verfolgt, deutlich. Was der CDU-Schuldezernent Mihm fein umschrieb: „Weil es keine Verpflichtung gibt, ein Kind in einen Kindergarten zu tun, gibt es auch keine Verpflichtung, dem pädagogischen Konzept der Eltern zu entsprechen". (FR 25.3.) Wir wünschen Euch für die geplante Demo am Sonnabend Erfolg. In diesem Sinn erklären wir uns solidarisch mit Euch

Herzliche Grüße

die 400 Besucher der Veranstaltung „Was machen wir anders?"

SPENDENKONTO DER ELTERN-INITIATIVE

Die Kita-Elterninitiative hat ein Spendenkonto eingerichtet. Geld ist dringend notwendig (für Flugblätter, Kosten der geführten Prozesse, Telefonkosten, usw.)

Deutsche Bank
Sonderkonto KITA
Nr. 249–8723–02

Kontaktadresse: Ulrike Helmert-Zechendorf
6 Frankfurt 90, Falkstr. 103
Tel. 0611/ 77 41 75

VERFASSUNGSSCHUTZ BESCHNÜFFELT KINDERHAUS

HAMBURG 17. APRIL *Aus der Vereinszeitung des Kinderhaus, Heinrichstraße 14 a, 2 Hamburg 50:*

„Das Landesamt hat mir auf diese Anfrage hin eine Positivbestätigung gegeben und mitgeteilt – was auch belegbar ist, ohne Quellen zu offenbaren – daß dieses Projekt eine im wesentlichen vom KB getragene Einrichtung sei."

Das „Landesamt" ist das Landesamt für Verfassungsschutz, das „Projekt" ist unser Kinderhaus und die Erklärung stammt vom 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Hans Ulrich Klose, abgegeben vor dem Untersuchungsausschuß, der die Einwirkungsmöglichkeiten des Senats auf die Presseorgane klären soll, am 26. 1. 1978.

Es ist soweit: nach Bewerbern für den öffentlichen Dienst, Atomwissenschaftlern werden jetzt in diesem Land schon Kinderhäuser bespitzelt – 1984 in Sicht! Doch nicht nur das kam jetzt heraus, sondern auch einiges verwunderlich-beunruhigend stutzigmachendes über den Umgang des Hamburger Senats mit den ‚Erkenntnissen' des Verfassungsschutzes: „ . . . ich habe außerdem Herrn Vogel . . . ermächtigt, auf Fragen von Journalisten oder in Hintergrundgesprächen, die zu führen seine Aufgabe ist, darauf hinzuweisen, daß diese Geschichte auch einen politischen Hintergrund hat." (Aussage Hans Ulrich Klose). Im Klartext: Der 1. Bürgermeister beauftragt seinen Pressesprecher, ‚Erkenntnisse' (welche?!) des Verfassungsschutzes an die Presse weiterzugeben.

Und während die Presse mit ‚Erkenntnissen' gegen das ‚rote Kinderhaus' ausgerüstet wird, verschweigt der gleiche Bürgermeister vor der Bürgerschaft diese „politischen Hintergründe", obwohl z. B. der FDP-Abgeordnete und Kinderhausfreund Gerhard Weber sehr deutlich danach fragt: „Gibt es außer Bedarfsgründen noch weitere Gründe, warum dem Kinderhaus Heinrichstraßekeine Finanzhilfen gewährt werden sollen? " (Anfrage Gerhard Weber vom 6. 7. 1977). Antwort des Senats: „Nein". Nennt man das nur Verschweigen oder ist das schon Belügen des Parlaments?

Ans Licht gebracht alles durch den Skandal um ein kleines Blättchen: „Hallo Hamburg", der SPD im allgemeinen freundlich gesonnen. Und weil dem so war, versuchte auch Senatssprecher Paul Vogel dem notleidenden Blättchen einige Anzeigenaufträge zu vermitteln – und das Blatt noch SPD-freundlicher zu machen. Und dazu gehörte natürlich der Versuch, den Herausgeber von „Hallo Hamburg" davon abzubringen, einen positiven Artikel über das Kinderhaus zu veröffentlichen, was mißglückte. Als dieser Vogel dann auch noch seinen Bürgermeister mit falschen Informationen über seine Bemühungen für „Hallo Hamburg" in die Bürgerschaft schickte und Akten vernichtete, flog der Skandal auf – und brachte einiges ans Licht.

Für das Tätigwerden des Verfassungsschutzes gibt es bestimmte gesetzliche Vorschriften. Hinterherschnüffeln „darf" er hinter „Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben", hinter „sicherheitsgefährdende(n) oder geheimdienstliche(n) Tätigkeiten im Geltungsbereich" des einschlägigen Gesetzes oder hinter „Bestrebungen . . . , die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden." (Bundesgesetz). Der Herr Bürgermeister und sein Verfassungsschutz wollen sicherlich nicht im Ernst behaupten, daß die Tätigkeit des Kinderhauses eine solche Bestrebung oder Tätigkeit darstellt. Also hat der Verfassungsschutz gegen einschlägiges Gesetz verstoßen. Erhebt sich die Frage: Wer schützt den Bürger vor diesem Verfassungsschutz?

Alle Kinderhausfreunde wissen, daß wir im Kinderhaus keinen Radikalenerlaß haben, daß bei uns jeder arbeiten darf, sein Kind unterbringen darf, Fördermitglied werden darf, der unsere pädagogische Arbeit unterstützt. Wir befürchten, daß der Verfassungsschutz einzelne Kinderhausleute herausgegriffen hat, vielleicht gerade solche, die außerhalb des Kinderhauses unter Radikalenerlaß fallen würden, vielleicht aber nur den einen oder anderen, dessen Großmutter „nur" zusammen mit der Großmutter von Rudi Dutschke im gleichen Altersheim lebt (was allemal ein Grund für den Verfassungsschutz wäre, Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung zu vermuten). Wir werden uns, das ist sicher, von keinem einzigen Erzieher, Elternteil, Freund im Kinderhaus distanzieren, weil der Verfassungsschutz aus seinem Parteibuch oder anderem uns zum Parteiladen erklären will. Im Gegenteil: Jeder der in diesem Kinderhaus von diesem Verfassungsschutz bespitzelt wird, kann der Solidarität aller Kinderhäusler sicher sein! Wir wissen, wer in diesem Land mit Radikalenerlassen angefangen hat. Wenn Bürgermeister Klose stolz auf diese Tradition ist, soll er's sein. Wir stehen in einer anderen, besseren und demokratischen Tradition.

Wo geschnüffelt wird, wird auch denunziert. Und wo ein Landesamt für Verfassungsschutz so ermittelt wie in Hamburg, da weiß es natürlich übermorgen das Pressehaus Springer. Und all dem gibt der Bürgermeister seine „Ermächtigung" (es ist doch bezeichnend, wer welche Worte wählt). Der so denunzierte hat keine Möglichkeit, sich zu wehren. Aus diesem Vorhaben sprichts doch, was viele mit Zähneknirschen, Wut und Ohnmacht in den letzten Jahren hier in Hamburg miterlebt haben: die unglaubliche Arroganz der Macht, die gerade dieser SPD-Bürgermeister und sein Schulsenator an den Tag legen. Man fühlt sich erinnert ans 18. Jahrhundert. Kurfürst Hans-Ulrich I. schaltet und waltet: „Diese Untertanen weden mir lästig. Man lasse die Inquisition kommen, die wird schon was finden. Und mein Herold soll's verkünden."

Schicken wir den Kurfürsten in Pension!



KINDER- UND JUGENDINITIATIVEN IN HAMBURG

HAMBURG 17. APRIL Am 5. April gab es in Hamburg eine Informationsveranstaltung (Was machen wir anders?) von Kinder- Jugend- und Stadtteilinitiativen, die in Kurzreferaten zu ihrer aktuellen Situation was sagten. Dabei waren:

Babyinitiative Koppel, Hamburg, Tel. 280 38 23:

Wir sind vier ledige Mütter und ein Elternpaar, die eine Alternative zu der bestehenden Arbeit in den Krippen gesucht und ein Initiative nach dem Tagesmuttermodell gegründet haben. Wir wollen versuchen, eine kollektive Erziehung zu prak-

tizieren mit dem Ziel, aus unseren Babys selbstbewußte und selbständige Kinder und Erwachsene zu machen. Staatliche Unterstützung haben wir beantragt.

Kleinkindergarten Finkenau e. V., 2 Hamburg 76, Finkenau 1, Tel. 273371:

Wir haben einen Kindergarten für Säuglinge und Kleinkinder von 0 - 3 Jahren, gedacht als Alternative zu den staatlichen Krippen. Die Kinder werden in 2 Gruppen von 2 festangestellten Erziehern (die von Praktikanten und Eltern unterstützt werden) betreut. Wir haben eine 4 1/2 Zimmer-Ladenwohnung mit kleinem Garten in der Finkenau. Staatliche Unterstützung wird beantragt.

Kinderhaus e. V. in der Chocoladenfabrik, 2 Hamburg 50, Winterstraße 9 - 11, Tel. 39 68 88:

Wir betreiben ein von Eltern und Erziehern selbst verwaltetes Kinderhaus in Ottensen. Dort betreuen wir Kinder im Alter von 3 - 12 Jahren in 4 Gruppen. Wir finanzieren uns durch Elternbeitrag und Pflegesatz. Eine unserer vorrangigen Forderungen ist die finanzielle Unterstützung von Jugendzentrumsinitiativen wie Motte und AfA, damit die Kinder, die wir nicht me[illegible] betreuen können, nicht auf der Straße liegen.

Kinderhaus e. V. in der Heinrichstraße, 2 Hamburg 50, Heinrichstr. 14 a, Tel. 43 39 49:

Das Kinderhaus ist eine Elterninitiative, die von rund 100 Eltern getragen wird. Im August '76 wurde das Kinderhaus für 60 Kinder, die in 4 Gruppen von 8 Erziehern betreut werden, eröffnet. Verhandlungen mit der Behörde um Anerkennung des Pflegesatzes und Investitionskostenzuschuß wurden – nach anfänglich positiver Reaktion – mitte September '76 abschlägig beschieden. Nach Meinung der Behörde gibt es für eine solche Einrichtung keinen Bedarf. Über unsere Erfahrungen mit den Behörden und die breite Solidarität, die wir in der Öffentlichkeit erfahren haben sowie über unser pädagogisches Konzept haben wir Broschüren erstellt.

Kleinkindergarten e. V. in der Rombergstraße, 2 Hamburg 19, Rombergstr. 7, Tel. 49 41 81:

Wir sind 12 Kinder von 2 Monaten bis 3 Jahren und deren Eltern, die gemeinsam vor 1 1/2 Jahren einen Kindergarten auf[illegible]baut haben. Wir meinen, daß ein solcher Kindergarten im [illegible]nteresse der Mütter ist; sie können weiter berufstätig bleiben und ihre wirtschaftliche und soziale Unabhängigkeit erhalten und im Interesse der Kinder ist, denn sie wachsen nicht isoliert unter Erwachsenen, sondern in einer Gemeinschaft von Kindern auf. Seit Dezember '76 werden wir vom Jugendamt finanziell unterstützt. Allerdings ist diese Unterstützung bis zum Sommer '78 begrenzt. Über unsere Erfahrungen haben wir eine Broschüre herausgegeben.

AfA – Aktive Freizeiteinrichtung Altona, 2 Hamburg 50, Max-Brauer-Allee 134, Tel. 388998:

Die AfA ist eine Freizeitstätte für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Sie ist hervorgegangen aus einer Bürgerinitiative Altonaer Eltern, Studenten und Jugendlichen im Sommer '73. Die Beteiligten der Initiative haben lange Zeit um Räume gekämpft, die sie selbst renoviert haben und leisten seit Oktober '75 praktische Kinder- und Jugendarbeit. Die Kinder aus dem Altonaer Kerngebiet kommen nach der Schule in die AfA und nehmen Offene und Gruppenangebote wahr. Ebenso die Jugendlichen, die abends dorthin kommen. Das größte Problem ist, daß trotz vieler Eigenleistungen die staatlichen Zuschüsse aus dem Landesjugendplan nicht ausreichen.

Jugendgemeinschaft Hamm-Süd e.V., 2 Hamburg 26, Ausschläger Weg 88, Tel. 25 34 30:

Die Jugendgemeinschaft Hamm-Süd wurde 1975 von Schulabgängern, Lehrlingen und Lehrern gegründet, da in diesem Stadtteil keine Möglichkeiten bestanden und bestehen, Freizeit sinnvoll zu gestalten. In Eigeninitiative wurden Räume im Stadtteil angemietet und ausgebaut. Zu uns kommen zwischen 150 und 200 Jugendliche aus dem Stadtteil. Wir haben einen hauptamtlichen und 8 freiwillige Betreuer.



FEST – 5 JAHRE SELBSTVERWALTETES JUGENDZENTRUM

BIELEFELD
17. April 78

Aus diesem Anlaß hat das Arbeiterjugendzentrum folgendes Flugblatt gemacht:

Ostern 1973: 250 Jugendliche besetzen das Haus der offenen Tür (HoT) in Brackwede – viele werden sich daran noch erinnern können. Wie kam es dazu, was war der Hintergrund? Wie in vielen anderen Städten der BRD setzten sich damals Jugendliche in Brackwede für einen Treffpunkt ein, in dem sie selbst den Tagesablauf bestimmen und organisieren können, eigene Vorstellungen, Wünsche, Interessen, Ideen und Bedürfnisse in die Tat umsetzen können – ohne Kontrolle durch angestellte Sozialarbeiter oder andere Aufpasser. Sie nannten dies dies: SELBSTVERWALTUNG; das einzige beschlußfassende Organ dazu ist die Hausversammlung, an der alle Besucher des Hauses teilnehmen können und wo alle Probleme angesprochen diskutiert und beraten werden und die anfallenden Arbeiten verteilt werden.

Diese Vorstellungen stießen – wie überall sonst auch – bei den zuständigen Behördenvertretern und Ratsmitgliedern auf Ablehnung oder taube Ohren. So etwas traute man den Jugendlichen nicht zu – sie sollten wie bisher auch weiterhin beaufsichtigt und kontrolliert werden. In dieser Situation – wo auf dem Verhandlungsweg nichts zu erreichen war – griffen die Jugendlichen zur Selbsthilfe: Sie besetzten das Haus der offenen Tür (das mal wieder, wie schon so oft vorher, geschlossen war) und setzten ihre Vorstellungen in praktisches Handeln um. 5 Tage lang wurde das Haus in Selbstverwaltung betrieben; dann räumte ein massives Polizeiaufgebot die Besetzer aus ihrem Haus. 150 Jugendliche wurden festgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und später wegen Hausfriedensbruch angeklagt und verurteilt.

Aber die im Haus begonnene Arbeit wurde auch noch nach der Räumung fortgesetzt. Nach einem Jahr wurde ein geeignetes Haus gefunden und trotz fehlenden Eigenmitteln (die notwendigen Gelder wurden durch verschiedene Aktionen beschafft) angemietet. Die alte Fahrradfabrik Dargel in der Heeper-Straße wurde das neue Arbeiterjugendzentrum.

Es gab in der Folgezeit viele Schwierigkeiten und Probleme zu lösen, z.B. die Prozesse führen, das Haus umbauen, renovieren und einrichten; langwierige Auseinandersetzungen mit den Behörden und dem Rat der Staat Bielefeld wegen der finanziellen Unterstützung der Arbeit, Öffentlichkeitsarbeit gegen gezielte Hetzkampagnen z.B. durch die CDU und die örtliche Presse, die organisatorische und inhaltliche Arbeit im Haus regeln und aufbauen.

All diese Schwierigkeiten wurden gemeinsam angegangen und gelöst — zuweilen gut, manchmal auch weniger zufriedenstellend; insgesamt aber erfolgreich. Dabei wurde viel gelernt und es entstanden immer neue Ideen und Pläne, die umgesetzt wurden. Waren es anfänglich überwiegend Aktivitäten im Freizeitbereich, so wurde die Arbeit später auch auf andere Bereiche des täglichen Lebens ausgedehnt. Es wurden z.B. Wohngemeinschaften gegründet und Kollektive aufgebaut und demnächst Metallwerkstatt. Die Arbeit soll in Zukunft noch weiter ausgebaut werden, deshalb hat der Arbeiterjugendzentrum-Verein die Fabrik im März dieses Jahres angekauft. Jetzt gilt es, mit neuem Schwung viele Dinge gemeinsam anzupacken und und fortzuentwickeln.

5 Jahre Selbstverwaltung im AJZ: — ein Grund zum Feiern — kritisch zurückzublicken und Bilanz zu ziehen, — sowie optimistisch in die Zukunft zu blicken. In der Aktionswoche (siehe Programm intern) wollen wir diese drei Punkte miteinander verdinden.

Programm der Fest-Woche vom 21.4. bis 29.4.78

Freitag, 21.4.78 — 5 Jahre Arbeiterjugendzentrum — ein Rückblick, Klaus der Geiger ist eingeladen.
Samstag, 22.4.78 — Informationen über die Erfahrungen mit der Selbstverwaltung, Fete
Sonntag, 23.4.78 — Tag der offenen Tür — Arbeiterjugendzentrums-Gruppen und Bielefelder Selbsthilfegruppen stellen sich vor, Bielefelder Rentnerband
Montag, 24.4.78 — Teeny-Disco und vieles mehr
Dienstag, 25.4.78 — Hausversammlung 20.00 Uhr
Mittwoch, 26.4.78 Russell-Tribunal — Auswertung
Donnerstag, 27.4.78 — Veranstaltung der Arbeiterjugend zentrum-Songgruppe und der Grohnde-Gruppe, Filme und Lieder zum AKW-Widerstand
Donnerstag, 28.4.78 — Teeny-Disco, Fete
Samstag, 29.4.78 — Kindernachmittag mit Film, Abschlußfete

Außerdem: 3. Arbeiterjugendzentrums-Dokumentation erschienen (mit 60 Seiten Text und 90 Seiten Fotos), Titel: 5 Jahre Selbstverwaltung, Pris: ca. DM 6,80

Arbeiterjugendzentrum, Heeper Str. 132, 4800 Bielefeld

VERANSTALTUNG DES AKTIONSKOMITEES 3. MAI BIETIGHEIM

Bietigheim
17.4.78

Aus Bietigheim erhielten wir folgende Ankündigung:

Das Aktionskomitee 3.Mai Bietigheim hat sich 1977 gegründet, nachdem auf einer Polizeiwache 30 Jugendliche zusammengeschlagen worden waren. Seitdem haben wir gearbeitet gegen den wachsenden Polizeiterror, und um die Prozesse gegen die Jugendlichen, die angezeigt wurden wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Hausfriedensbruch, vorzubereiten.

Wir haben vor, am Samstag, den 6.Mai, an dem sich der Überfall nahezu genau jährt, eine große Veranstaltung durchzuführen, wo wir über den Fall und unseren Kampf berichten wollen und auch ein Fest machen wollen. An dieser Stelle bitten wir alle, die Bands kennen, die dort zur Solidarität spielen können, oder die selbst Theater spielen oder singen, uns dies mitzuteilen oder die Anschrift zu geben. Wir treffen uns immer dienstags, 19.00 in Bietigheim im Jugendhaus Talstraße. Dokumentation: 2,- DM

**Kontakt: Aktionskomitee 3. Mai Bietigheim
c/o U. Burkhardt, Riedstr. 1, 7122 Besigheim**

ES TUT SICH MAL WIEDER WAS IN DER PROVINZ

KREFELD
9. April

Von einem Jugendlichen aus Krefeld erreichte uns dieser Bericht:

Seit einigen Monaten sind hier in Krefeld wieder einige Jugendliche damit beschäftigt, den vor 1 1/2 Jahren eingeschlafenen „Verein Aktion Jugendzentrum in Selbstverwaltung" (AJS) wieder auf die Beine zu stellen. Nur, darin sind sich alle Mitarbeiter einig, will man nicht die gleichen Fehler machen, die damals (75/76) zum 'knock-out' der Gruppe führten. Wir versuchen aus den Fehlern zu lernen. Konkret: Wir wollen nicht wieder mit -zig Leuten über irgendwelchen organisatorischen Kram labern, sondern verschiedene Interessengruppen innerhalb der Jugendzentrumsinitiative aufbauen (z.B. Theater,Medien - Film, Funk, Foto - Stadtzeitung, Musikgruppen, Drukkerei oder sowas). Eine Gruppe von diesen wäre dann diejenige, die sich um den Organisationskram kümmert, so daß endlose Diskussionen vermieden werden und die Praxis nicht zu kurz kommt.

Unser erster Schritt war eine große Fete am 8.4.78 im Haus Blumenthal mit Film, Dias, Musikgruppen, Berichten aus anderen Jugendzentren. Die Fete ging von 15 Uhr bis 1 Uhr, und es waren immerhin fast 1.000 Leutchen da. Dieses Haus Blumenthal gehört z.Zt. noch einem Sportverein (ist von einem Ehepaar als Kneipe gepachtet), wird aber bald von der Stadt für 1 Million DM gekauft. In diesem Preis sind bereits 150.000,-- DM Abrißkosten drin. Man kann dem Haus allerdings schon von außen ansehen, daß auch die vielen kleinen Räume und großen Säle innen absolut in Ordnung sind. Deshalb werden wir wahrscheinlich von der Bevölkerung Unterstützung bekommen. Wir wollen nämlich dieses Haus als selbstverwaltetes Jugendzentrum nutzen, weil es hier in Krefeld für Jugendliche, Kinder und Randgruppen praktisch keine Möglichkeiten gibt, ihre Lebenssituation und Freizeit selbst zu gestalten. Es gibt noch nicht mal 'ne vernünftige Kneipe.
Wie's weitergeht wird sich in den nächsten Tagen klären!

Kontakt: Dieter Gerhardt, Luisenstr. 19, 415 Krefeld 1, Tel. 02151 / 36 947.



„SCHÖN WÄR'S" ODER: WO IST DAS „EXPRESS"-GELD?

OFFENBACH 18. APRIL *Die Redaktion des "express"-Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit hat sich über den Artikel eines Mitglieds des Sozialistischen Büros im ID 225 geärgert:*

Dem ID zufolge sollen „der express-Redaktion und nur ihr 800.000 Mark vermacht" worden sein. Vielleicht hat der ID die Freundlichkeit, uns mitzuteilen, wo wir dieses Geld abholen können. Damit's also klar ist: Dem express ist eine solche Summe nicht vermacht worden. Auch die ID-Angaben zur Auflagenhöhe des express sind falsch.

Dem ID ist sehr zu raten, sich seine Bezeichnung als „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" wieder in Erinnerung zu rufen, denn ansonsten könnte sich eine Umbenennung in „ID zur Verbreitung gezinkter Nachrichten" empfehlen.

Adresse: „express", c/o Sozialistisches Büro, Postfach 591 6050 Offenbach 4.

PS.: ID:

Vielleicht können die Sozialistischen Büroler das unter sich ausmachen und uns zumindest solange rauslassen, bis sie das Geld gefunden haben. Dann können wir mit weiterer Phantasie behilflich sein. Ein Beispiel:

Konto der „Freunde der alternativen Tageszeitung e. V.", Berliner Bank, Nr. 02903 7330.

UNTERDRÜCKTE DEUTSCHE NATION!?

FRANKFURT 13. April Vom Komitee gegen die politische Unterdrükkung in beiden Teilen Deutschlands kommt eine "Gegendarstellung"; wir veröffentlichen sie wie immer als Diskussionsbeitrag. Die Wahrheit haben weder Darsteller noch Gegendarsteller gepachtet.

Im ID vom 2. April habt ihr über unsere Veranstaltung "Solisarität mit der Opposition in der DDR" berichtet. Leider informiert dieser Bericht weniger über den wirklichen Zweck und Inhalt dieser Veranstaltung, als über eure Verärgerung darüber, daß seit Jahren zum ersten Mal in Frankfurt Demokraten, Sozialisten und Kommunisten gemeinsam zur politischen Unterdrückung in der DDR Stellung bezogen haben. Wir werten dies zunächst einmal positiv für die demokratische Bewegung in der BRD. Deswegen sehen wir uns veranlaßt, eine Reihe unwahrer Behauptungen euererseits zurückzuweisen:

Es ist nicht zutreffend, daß – wie ihr schreibt – "hurrapatriotisches Geschrei" angestimmt bzw. "üble patriotische Phrasen" gedroschen worden seien. Das würde unser Komitee auch niemals gutheißen. Richtig ist vielmehr, daß gerade in Abgrenzung zu Hurrapatriotismus und Deutschtümelei auf die fortschrittliche Tradition derjenigen deutschen Demokraten hingewiesen wurde, die Einheit UND Freiheit auf ihre Fahnen schrieben. Das Selbstbestimmungsrecht wurde – vor allem im Beitrag Alexander von Platos – als demokratisches Recht verteidigt gegenüber dem demagogischen Mißbrauch, den die deutsche Reaktion von Bismarck bis Adenauer damit trieb.

Deshalb verwahren wir uns auch gegen eure Berichterstattung in dem Punkt, wo ihr von der Gleichsetzung des Eintretens für das demokratische Selbstbestimmungsrecht mit dem volksverhetzenden Nationalismus eines Kaiser Wilhelm schreibt. Auch dies ist auf unserer Veranstaltung nachprüfbar nicht geschehen. Es wäre doch auch platter Unsinn! Denn bekanntlich hat die Geschichte mehrmals Zeugnis darüber abgelegt, daß der Nationalismus unterdrückter Nationen eine andere, fortschrittliche Qualität hat gegenüber dem Nationalismus von Unterdrückernationen (erinnert sei nur an den Nationalismus in den von Hitler überrannten europäischen Nationen gegenüber der Welteroberungspolitik des 3. Reiches, erinnert sei an den Kampf des vietnamesischen Volkes für nationale Unabhängigkeit, Wiedervereinigung und Demokratie gegen den Neokolonialismus der USA).

Die deutsche Nation wurde gegen den erklärten Willen des deutschen Volkes geteilt, mit dem Ergebnis, daß beide Teile Deutschlands unter der Fuchtel der jeweiligen Großmacht Front gegeneinander machen. Es ist doch nicht das Neuaufwerfen der nationalen Frage, was – wie ihr schreibt – dazu führt, "die Arbeiterklasse wieder im Krieg zu verheizen". Sondern es ist vielmehr die gefährliche Gleichgültigkeit eines Teils der Linken gegenüber der Realität der ungelösten deutschen Frage, was dazu führen kann, daß nicht nur die Arbeiterklasse , sondern auch die gesamte linke Bewegung mitverheizt wird, sollte es so bleiben, wie es ist.

Das Komitee gegen die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands ist zu erreichen: c/o Ulrike Hill, Schwanthaler Str. 52, 6 Frankfurt 70, T.: 0611/ 61 52 86.

FACHHOCHSCHULE FREIBURG: GÜNTER RAUSCH DARF WEITERSTUDIEREN

FREIBURG 12. April *Der Student Günter Rausch durfte auf Anordnung der katholischen Fachhochschule nicht mehr weiterstudieren, weil er die „Roten Blätter" in den Räumen der Fachhochschule verkauft hatte. Vom Oberlandesgericht Karlsruhe wurde nun am 7. April entschieden, daß Günter Rausch weiterstudieren darf und daß ihm das Betreten der Fachhochschule gestattet werden muß. Nach Bekanntwerden des Exmatrikulationsbeschlusses forderten über 500 Personen in einer öffentlichen Erklärung die Aufhebung dieser Maßnahme. Aus dem Bundesgebiet gingen dem Freiburger AStA mehr als 100 Solidaritätsadressen und über dreitausend Unterschriften zu. In einer Pressemitteilung geht der AStA der Fachhochschule auf die Urteilsbegründung ein:*

„Der Fachhochschule wird vor allem vorgeworfen, dem Studenten zuvor nicht ausdrücklich darauf hingewiesen zu haben, daß sie beabsichtige, den Ausbildungsvertrag aufzulösen. Dem Studenten Günter Rausch wird zugute gehalten, daß er nicht mit der Kündigung des Ausbildungsvertrages rechnen konnte, da auch beim früheren Verkauf der ‚Roten Blätter von der Verhängung einer Ordnungsmaßnahme abgesehen worden war.

Als weiteren schwerwiegenden Grund führte das Oberlandesgericht aus, daß der Student sich im Endstadium seiner Ausbildung an der Fachhochschule befindet. ‚Der Nichtabschluß seines Studiums würde ihm außerordentlich schwere Nachteile bringen.'

Inwieweit das Ordnungsrecht der katholischen Fachhochschule überhaupt für den betreffenden Studenten Anwendung finden konnte, ließ das Gericht dahingestellt."

Kontakt: AStA der katholischen Fachhochschule Freiburg, Wölflinstr. 4, 78 Freiburg, Tel.: 0761 / 200 438



WIEDEREINFÜHRUNG DER GEWISSENSPRÜFUNG – REAKTIONEN

FRANKFURT 17. APRIL *Nachdem die Gewissensprüfung für Kriegsdienstgegner wiedereingeführt worden ist, kam es zu zahlreichen Verbrennungen von Wehrpässen und anderen Aktionen. Einer der seinen Wehrpass zerschnitten und an das Bundesverfassungsgericht geschickt hat, schreibt in einer persönlichen Erklärung:*

Ich verstehe dies als meinen Widerstand gegen die staatliche Militärpolitik, ich will mich nicht (durch Paß, Nummer, Wehr- und Zivildienstüberwachung) in das System von Armeen, Panzern und Bomben, in das System von Abschreckung, Krieg und Vernichtung einreihen lassen.

Dieser Protest steht nicht alleine. Zivildienstleistende und Antimilitaristen haben sich mit Resolutionen, Demonstrationen und Streiks gegen diese Entwicklung gewehrt. Der Staat hat bisher darauf mit Disziplinarverfahren darauf reagiert. Zahlreiche Kriegsdienstgegner haben heute aus gleichem Grund ihren Wehrpaß verbrannt. Sie müssen genauso wie ich mit strafrechtlicher Verfolgung rechnen. Ich werde euch darüber informieren und bitte euch jetzt schon um eure Unterstützung.

Ich freue mich über jeden, der sich mit mir über diese Erklärung auseinandersetzen möchte. Kriegsdienstverweigerung ist ein Schritt gegen die militärische Gewalt, er genügt aber nicht. Ich suche Kontakt zu Leuten, die hier bei uns (Pinneberg und Umgebung) gemeinsam mit mir die Auseinandersetzung mit dem Militarismus beginnen wollen.

Jan Stehn, Siebentunnelweg 22, 2083 Halstenbek.

Ein anderer schickt dem Bundesverfassungsgericht sein Grundgesetz zurück. In seinem Brief schreibt er:

„. . . Nun brauche ich mein Grundgesetz nicht mehr. Meine Zuversicht für meinen weiteren Lebensweg schöpfe ich von nun an aus anderen Quellen. Nehmen sie das Büchlein zu den Akten, oder führen sie es bitte auf dem Wege des Recyling einer neuen, nützlichen Verwendung zu. Mit freundlichem Gruß."

Lörracher Wehrpflichtige machten dazu folgende Aktion:

"Mit beiligender Erklärung (Flugblatt) verbrannten 13 Leute ihren Wehrpaß. Zuvor ging ein Zug von circa 30 Leuten durch die Innenstadt, mit Sandwich, Flugblättern und Sprechchören. In den Diskussionen mit der Bevölkerung fanden wir heftige Abwehr und begeisterte Zustimmung!

Mit diesem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht mal wieder einen Grundgesetz-Paragraphen eingemottet. Für bessere Zeiten? ... Ach so, die Polizei hat verpennt und nur von einem von uns die Personalien erwischt!"

Kontakt: Martin Hoffmann, 7846 Schliengen, Bellingerstr. 14

Offener Brief Stuttgart, 17. 4. 1978

An den Bundesminister der „Verteidigung" Hans Apel, Bundeshaus, 5300 Bonn

Anbei übersenden wir ihnen die Asche unserer Wehrpässe, die wir am Freitag, 14. 4. 1978 in Stuttgart öffentlich verbrannt haben. Anlaß für diese Verbrennung war das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 4. 1978 zur Wehrpflichtnovelle. Durch dieses Urteil sehen wir den Art. 4, Abs. 3 des Grundgesetzes aufgehoben. Das BVG schätzt offenbar die Bedarfsplanung der Bundeswehr höher ein als die in der Verfassung ursprünglich garantierte Gewissensfreiheit. Anstatt das Bestreben von Menschen zu unterstützen, die sich gegen Rüstungsexpansion wenden, wird dem Interesse des Militärs Vorrang gegeben. Das steht im Gegensatz zum weltweiten Bemühen um Abrüstung und Frieden.

WIR SIND KRIEGSDIENSTVERWEIGERER UND HALTEN DEN KRIEG UND SEINE VORBEREITUNG FÜR EIN VERBRECHEN! WIR VERWEIGERN UNSERE BETEILIGUNG DARAN.

Der Militärpaß, den sogar wir als KDV (Kriegsdienstverweigerer) aufbewahren sollten, ist Ausdruck für die Eingliederung der KDV in die militärische Strategie.

Die Verbrennung sehen wir als symbolische Handlung dafür, daß wir uns nicht länger der militärischen Strategie unterordnen.

40 Wehrpaß-Verbrenner aus Stuttgart und Umgebung

GÜNTER SONNENBERG "VERHANDLUNGSFÄHIG" –TROTZ KOPFVERLETZUNG

STUTTGART 19. April Im Sonnenberg-Prozeß wurden Siegfried Haag und Roland Mayer auf Antrag der Verteidigung am 17.4. gehört (unter Ausschluß der Öffentlichkeit), um festzustellen, daß Günter Sonnenberg, der noch drei Kugelfragmente im Kopf hat, die auch zum Teil lebensgefährlich 'gewandert' sind, keinesfalls in der Lage ist, dem Prozeß zu folgen. Günter Sonnenberg erinnert sich nicht an die Gespräche, die er mit seinem Verteidiger gehabt hat, (so Haag), und muß, wenn man ihm etwas drei-viermal gesagt hat, sich dies sofort aufschreiben.

Er ist der einzige der politischen Angeklagten in Stammheim, dem erlaubt ist fernzusehen (einmal in der Woche). Davon macht er jedoch keinen Gebrauch mit der Begründung, daß es den anderen nicht erlaubt ist und er sich nicht von den anderen distanzieren will. Es gibt keinen gemeinsamen Umschluß. Haag und Mayer können Sonnenberg nur während des Hofgangs sehen (einmal kurz am Tag). Günter Sonnenberg wurde am Mittwoch zwangsvorgeführt, hat aber dann gesagt "ich bin nicht fähig zu verstehen, was hier läuft" und bat, in seine Zelle geführt zu werden, was ihm verweigert wurde. Daraufhin hat er den Präsidenten Fischer "Freisler" genannt (das war der Präsident des Nazi-Volksgerichtshof) und wurde wegen Beleidigung des Gerichts bis zur Urteilsverkündung ausgeschlossen.

Oberstaatsanwalt Lampe hat die Aussage von Haag benutzt, um auf die Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten zu verweisen. Haag hätte gesagt, daß sich Sonnenberg an nichts erinnern kann, was ihn nicht äußerst persönlich tangiert. Das bedeutet aber, so Lampe, daß er sich an das, was ihn persönlich angeht – wie der Prozeß – doch erinnern könnte, drum sei er verhandlungsfähig. Natürlich wurde diesem Antrag stattgegeben. Der Verteidiger beantragte übrigens eine Vertagung des Prozesses, um bei seiner Frau zu sein, die vor einer schwierigen Geburt stand – auch das lehnte das Gericht ab.

Urteilsverkündung ist voraussichtlich am 26. April, 9.30 Uhr im Kleinen Saal des Stammheimer Knasts.

Max Watts/ID

Verteidiger von Günter Sonnenberg: Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30.

CROISSANT-PROZESS

STUTTGART 19. April

Der Prozeß wird am Montag/Dienstag, 24./25. April, jeweils um 9 Uhr im Großen Saal des Stammheimer Knasts fortgesetzt. Am Montag wird Professor Leaute, ein französischer Rechtsexperte, wieder gehört.

Croissant wird von den Anwält(inn)en Baier, Kempf, Hausser und Tilgner verteidigt. Anwaltsbüro Tilgner: Alexanderstr. 104, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/ 23 47 95.

„KRONZEUGEN"-AUFTRITT IM DORFF-TAURAS-PROZESS

FRANKFURT
20. April

Mitteilung der Verteidiger von Klaus Dorff und Jürgen Tauras, K.-H. Weidenhammer/Ernst Ronte/ H.-J. Weider — (0611 / 597 14 16):

Am kommenden Mittwoch, den 26.4.78 ab 9.15 Uhr im Raum 146, Gerichtsgebäude A in Frankfurt, steht im Strafverfahren gegen Klaus Dorff und Jürgen Tauras ein bedeutsamer Verhandlungstag bevor insoweit, als erstmals der von der Staatsanwaltschaft zum Beweis der Tatsache, daß Klaus Dorff und Jürgen Tauras Mitglieder und Unterstützer einer sogenannten internationalen Terrorgruppe sind, benannte Zeuge zur Vernehmung geladen ist. Es handelt sich hierbei um ein weiteres Kapitel der in Verfahren gegen politisch motivierte Täter eingesetzten „Kronzeugen". Auf seine polizeiliche Vernehmung hin wurde nicht nur der Anklagevorwurf gegen Klaus Dorff und Jürgen Tauras gestützt, sondern auch das besonders allgemein bekannte Haftstatut der beiden. Darüberhinaus sind auf der Grundlage der polizeilichen Aussage des Zeugen eine ganze Reihe von polizeilichen Ermittlungen (Personen- und Hausdurchsuchungen) durchgeführt worden. Es ist wichtig, daß die Aussage solcher Zeugen unter den kritischen Augen einer wachsamen Öffentlichkeit stattfindet und nicht im Geheimen.



EBERHARD DREHER IST ZU VIER JAHREN GEFÄNGNIS VERURTEILT WORDEN

WESTBERLIN,
17. April

Nach fünfzig Verhandlungstagen ist am 23. März der 31-jährige Eberhard Dreher wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht folgte voll und ganz dem Antrag des Staatsanwalts. In einer Erklärung dazu heißt es:

"Die zweite Strafkammer des Landgerichts Berlin unter dem Vorsitz des Richters Frietjof Kubsch sah es als erwiesen an, daß Eberhard Dreher die Bewegung 2. Juni unterstützt hat:

a) indem er ihr ein Auto verschaffte (einen klapprigen Fiat)
b) indem er bei der Verladung von Gegenständen in einen Keller in Berlin Schöneberg half.
c) indem er am Tage der Verhaftung am 26.3.76 sich mit Andreas Vogel vor dem Keller einfand.

Der Beweis, daß Eberhard Dreher diese drei Punkte erfüllt haben soll, wird auf makabre Weise erbracht.
Die Beweisführung der Staatsanwaltschaft wird im folgenden kurz zusammengefaßt, nicht, um zu bejammern, daß deutsche Gerichte Prozesse führen, die den rechtsstaatlichen Boden verlassen, sondern um zu zeigen, w i e ein Urteil konstruiert wird, wenn von vornherein klar ist, daß jemand verurteilt werden soll.

In der Anklage heißt es, daß Eberhard Dreher Mitglieder (Plural) der Bewegung 2. Juni unterstützt habe, indem er sie, u.a. den Andreas Vogel durch Berlin gefahren habe. Außer Vogel saßen zum Zeitpunkt der Verhaftung von Eberhard Dreher alle "Mitglieder" des 2.6. aber im Knast. Die Staatsanwaltschaft selbst hatte in einer Stellungnahme zu einem der Haftentlassungsanträge gesagt, daß es sich bei Vogel um das letzte gesuchte Mitglied vom 2. Juni gehandelt habe. Also hat Eberhard Dreher eine Ein-Mann-Bewegung unterstützt. Von einer Vereinigung wird aber nur dann gesprochen, wenn diese mindestens drei Mitglieder hat. Doch die 2. Strafkammer findet einen Ausweg: "Als der Angeklagte begann, die Bewegung 2. Juni zu unterstützen, waren zwar alle außer Vogel verhaftet. Aber die Bewegung 2. Juni bestand dennoch fort, weil Vogel den Willen zur Fortführung hatte. Von der Existenz der Bewegung 2. Juni muß solange gesprochen werden, als auch nur einer ihrer Mitglieder in der Lage ist, die Bewegung fortzusetzen...
Wesentlich ist die Willensübereinstimmung als einheitlicher Verband. Diese wird nicht durch die Verhaftung unterbrochen. Die Bestrebungen dieser Vereinigung bleiben trotz der Haft der Mitglieder bestehen."

Die 2. Strafkammer konstruiert demnach einen ideellen Fortbestand der Bewegung. Dieser ideelle Fortbestand müßte aber mindestens durch Fakten belegt werden. In der Hauptverhandlung ist aber diese Konstruktion weder thematisiert noch unter Beweis gestellt worden.
Zur Beweisführung der Unterstützungshandlungen wird folgendes ausgeführt:

Ergebnis der Beweisaufnahme war, daß Eberhard Dreher A. Vogel n i c h t gefahren hat. Obwohl niemand A. Vogel in dem klapprigen Fiat gesehen hat noch Fingerspuren gefunden wurden und die anderen Mitglieder inhaftiert waren, sah das Gericht es dennoch als erwiesen an, daß Eberhard Dreher das neue Auto gekauft hat und für den 2.6. bereit gehalten hat.
Ein Zeuge will Eberhard Dreher zumindest zweimal beobachtet haben, wie dieser nachts Gegenstände aus PKWs auslud und in das Haus trug, in dem sich der Keller befand. Dem Zeugen war aufgefallen, daß beide male auch ein orangefarbener Hubwagen dabei war. Ergebnis der Beweisaufnahme ist, daß dieser Hubwager zu einer im Hinterhof des Hauses damals befindlichen Hubwagenwerkstatt gehört, die auch noch spät abends arbeitete. Der Inhaber der Werkstatt bekundete in der Hauptverhandlung, daß er Eberhard Dreher noch nie vorher gesehen habe.

Als sich im Laufe der Verhandlungen auch noch herausstellte, daß bei der Zeugenaussage die beiden Türen des Gebäudes (nämlich die Tür zum Keller und die Toreinfahrt) verwechselt wurden, meinte der Vorsitzende: "Wer noch Zweifel an der Richtigkeit der Beobachtungen des Zeugen haben sollte, dessen Zweifel müssen durch die Verhaftung des E. Dreher vor dem Keller zusammen mit A. Vogel zerstreut werden."

Daß Eberhard Dreher mit Andreas Vogel zusammen angetroffen und verhaftet wurde ist auch der Schlüssel der Beweisführung. "Die Begleitung des A. Vogel muß gedeutet werden als das Anbieten von weiterer Hilfe. Die Helfershelfer und Sympathisanten, die dann aktiv werden, schaffen die notwendige Voraussetzung dafür, daß Gewalt angewendet werden kann." (aus der mündlichen Urteilsbegründung des Vorsitzenden).
Daraus wird auch flugs die Höhe des Strafmaßes abgeleitet: "Die Höhe der Strafe erklärt sich aus der erforderlichen Abschreckung und daraus, daß die Gesellschaft von solch einem gefährlichen Täter wie Eberhard Dreher gesichert werden muß." Und: "Es stellt einen kaum zu überbietenden Zynismus dar, daß Leute wie der Angeklagte die Einhaltung der Menschenrechte fordern!" (Kubsch spielte auf E. Drehers Forderung nach ärztlicher Versorgung bei seinen Darmblutungen an.) (...)! "

ROOS-SCHULZ-PROZESS: NEUE TERMINE

FRANKFURT 20. April — Im Prozeß gegen Detlef Schulz und Johannes Roos, gegen die in Frankfurt wegen Polizistenmordes verhandelt wird, hat sich während der letzten drei Verhandlungstage kaum etwas neues ergeben. Es sagten Arbeitskollegen und Bekannte von Johannes Roos aus. Sie alle erklärten, daß Johannes zur Tatzeit (im Mai 1976) langhaarig und bärtig gewesen sei. An viel mehr konnten sie sich nicht erinnern. Der Täterbeschreibung der Tatzeugen sieht das nicht ähnlich, denn sie beobachteten einen kurzhaarigen Mann ohne Vollbart. Trotzdem hob das Gericht den Haftbefehl gegen Johannes nicht auf.

Die letzten Verhandlungstage hatten einen Schwund an Öffentlichkeit zu verzeichnen, der deprimierend ist. Neue Verhandlungstermine sind Montag, 24. April, vormittags, Freitag, 28. April und Freitag, der 5. Mai (jeweils ab 9 Uhr in der Frankfurt-Preungesheimer Vollzugsanstalt, Gefängniskapelle).

ROLF LÖCHEL VERHAFTET

Von der Schwarzen Hilfe Marburg:

MARBURG, 19.April — Am Mittwoch, dem 12.4.78, gegen 14 Uhr wurde Rolf Löchel an der Marburger Hauptpost von 2 Zivilbullen ohne weitere Begründung verhaftet. Trotz mehrmaligem Nachfragen wurde ihm weder der Haftbefehl vorgelegt noch der Grund genannt. Die beiden Bullen erwarteten ihn bereits vor der Post, wo Rolf regelmäßig sein Postfach leert, folgten ihm dann hinein und gingen gezielt auf ihn zu. Rolf konnte von der Marburger Kripo - Wache aus seinen Kasseler Anwalt verständigen und ihm sagen, daß ein Haftbefehl vorliege. Einer Marburger Anwältin wurde verweigert, ihn zu sehen. Der Haftbefehl, der vom Fuldaer Amtsgericht auf den 1.2.78 ausgestellt worden war, hatte folgenden Inhalt:

"Der Beschuldigte ist dringend verdächtig, in der Zeit zwischen dem 24.11. und 15.12.1976 in Fulda eine Schrift" (gemeint ist die Dokumentation 'Der Tod Ulrike Meinhofs', Schwarze Hilfe Fulda), "die rechtswidrige Taten enthält..." vorrätig gehalten zu haben, um sie zu verbreiten.

Die Druckschrift enthält insbesondere auf Seite 9 und 10 sowie auf auf der Rückseite der vorderen Umschlagseite Textstellen, denen entnommen werden kann, daß die Schrift letztlich nicht als Dokumentation zu werten ist, sie vielmehr nach dem Willen der Verfasser und ihrem Inhalt dazu bestimmt und geeignet ist, die die Bereitschaft anderer zu fördern, sich durch Mord und Sprengstoffverbrechen für Bestrebungen gegen den Bestand und die Sicherheit der Bundesrepublik einzusetzen - Hinweise Seite 10 auf "Heidelberg, Frankfurt/Main, München" (Sprengstoffanschläge) und Bundesrichter "Buddenberg" (Mordanschlag). Diese Handlungen sind mit Strafe bedroht nach §§ 88a, 126 Abs. 1 Nr. 2 und 6, 311, 52 STGB.
Der dringende Tatverdacht ergibt sich aus folgenden Tatsachen: Die Annahme eines dringenden Tatverdachts beruht auf der sichergestellten Druckschrift und dem Ergebnis der polizeilichen Ermittlungen.
Es besteht gegen ihn der Haftgrund des § 112 Abs. 2 Nr. 1 und 2 STPO. Der Beschuldigte ist unbekannten Aufenthalts, hält sich verborgen und es besteht die Gefahr, daß er sich dem Strafverfahren durch Flucht entziehen werde."

Tatsache ist, daß Rolf keineswegs unbekannten Aufenthalts ist, was auch die Bullen bei ihrem intensiven Interesse an Rolf und seinen Briefen wissen mußten.

Am Tage seiner Festnahme wurde bei Rolf noch eine gewaltsame Erkennungsdienstliche-Behandlung durchgeführt, die dritte ED-Behandlung Rolfs überhaupt. Außer den üblichen Fingerabdrücken und Fotos wurden ihm noch Haar- und Speichelproben abgenommen. Da Rolf sich nicht freiwillig dieser Prozedur unterzog, wurden ihm Knebelketten angelegt, deren Spuren noch am nächsten Tag deutlich sichtbar waren. Da die Fotos wohl trotz der Knebelketten nicht so recht gelangen, wurde schließlich das Bild aus seinem Führerschein abfotografiert. Weiter wurden noch sämtliche Schlüssel, die er bei sich hatte, sowie Ausweis und Führerschein fotografiert.

Am Morgen nach der Festnahme wurde von einem Marburger Richter der Haftbefehl vorläufig bestätigt. Da das Verfahren gegen Rolf von der Fuldaer Justiz eingeleitet worden war, kann der eigentliche Haftprüfungstermin nur vor dem zuständigen Fuldaer Haftrichter durchgeführt werden. Rolf mußte also mindestens bis zu diesem Termin im Knast bleiben. Zunächst wurde er nach Giessen in den U-Knast gebracht, wo er bis zum nächsten Mittag (Freitag) blieb, um dann nach Fulda verschubt zu werden, wo noch am Freitagmittag der eigentliche Haftprüfungstermin stattfinden sollte. Darüber wollte Rolf seinen Rechtsanwalt informieren aber er durfte nicht telefonieren, mit der Begründung, er habe kein Geld. Da zu dem neuen Termin weder die Akten vorlagen noch die Staatsanwaltschaft vertreten war, konnte der Haftrichter nur die Verteidigung anhören. Obwohl die Gründe, die angeblich für eine Fluchtgefahr sprechen sollen, klar widerlegt werden konnte, will der Haftrichter noch eine Stellungnahme der Staatsanwaltschaft abwarten. Das heißt, Rolf bleibt solange im Fuldaer Knast, bis diese Stellungnahme der Staatsanwaltschaft erfolgt ist, dann erst fällt der Richter seine Entscheidung.

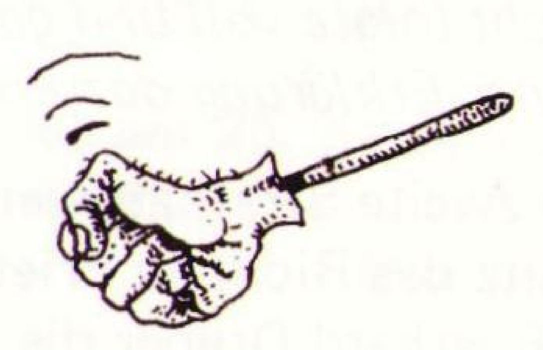
Wer spenden möchte kann dies tun, und zwar auf das Konto: Theo Bruns, Postscheckamt Frankfurt/Main, Kto.Nr. 47545-604 Weiterhin Kontaktadresse: Schwarze Hilfe, c/o Rolf Löchel, Postfach 1668, 3550 Marburg/Lahn.

PROZESS GEGEN FLUGBLATTVERTEILER

ARNSBERG 17. April — Per Telefon erhielten wir die Nachricht, daß am 28. April, 9 Uhr, im Amtsgericht (Zimmer 14) in Arnsberg/Sauerland der Prozeß gegen vier Flugblattverteiler beginnt. In dem Flugblatt waren die Zustände in der Haftanstalt Werl angeprangert worden. Die vier – Dirk Schulte, Helmuth Bolle und Wilhelm Bolle als Verteiler sowie Kai Ehlers als presserechtlich Verantwortlicher – bitten um Unterstützung. Kontakt kann über **Hansi Kaiser, Stühlhausweg 11, 5768 Sundern/Hagen** aufgenommen werden.

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90
Tel. 0611/ 70 43 52
Verantwortliche Redakteurin:
Jutta Fries



ANTIFASCHISTENPROZESS

Hamburg 17. April — Am 8.Mai beginnt vor der 14. Großen Strafkammer der Landgerichts Hamburg unter dem Vorsitz des Richters H. Schmidt der Prozeß gegen 9 Antifaschisten wegen (z.T. schweren) Landfriedensbruchs, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung u.a. Der Prozeß wird in dem stark gesicherten "Staatsschutzsaal" (Saal 237) stattfinden und voraussichtlich rund 2 Monate dauern.

Die angeklagten Antifaschisten wurden am 7. August 1976 in der Hamburger Innenstadt während eines Polizeieinsatzes festgenommen, der dem Schutz einer neonazistischen Propagandaaktion diente. Auf Einladung der NPD fand damals im Kongreßzentrum unter dem Motto "Gegen den Kommunismus - gegen die farbigen Völker" ein "Kongreß der nationalen Kräfte Europas" statt.

Prozeßtermine: Strafjustizgebäude, Seiteneingang (Saal 237), jeweils um 9 Uhr am 8., 9., 10., 23., 25., 29. Mai, 5., 7., 9., 13., 15., 19., 21., 23., 27., 29. Juni 1978.

Kontaktadresse: Michael Böttcher, Dieter Magsam, Michael Spielhoff (Rechtsanwälte), Ottenser Str. 41 am Bahnhof Altona, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/3900103



BRETAGNE: NACH FÜNF WOCHEN KAMPF GEGEN DIE ÖLPEST

PARIS April 1978 — *Während die bürgerliche Presse nun anscheinend den Reiz am Katastrophalen dieser Ölpest genug ausgeschlachtet hat and zur Tagesordnung übergeht, ist für die betroffenen Fischer und Austernzüchter etc. noch absolut nichts geklärt. Zwar verbreiten die Oberhäuptlinge des „Plan Polmar" optimistische Stellungnahmen über die bevorstehende ‚Rettung' der Touristensaison, in Wirklichkeit aber vergrößert sich das ökologische Desaster immer noch. Aber es ist nicht mehr so deutlich zu sehen. Das Öl breitet sich in verdünnter Form immer noch weiter aus und verseucht neue Strände und Fischereigebiete. So paradox es klingt, selbst die Rettungsarbeiten vergrößern noch die ökologischen Schäden.*

Kein Mensch weiß, wohin mit den riesigen Mengen von Öl-Algen-Schlamm. Findige Technokraten haben daher hinter den Dünen von Bulldozern riesige Gräben ausheben lassen, zur „provisorischen" Lagerung. Wie es aber bereits vorgekommen ist, daß an einigen Stellen über den verseuchten Strand einfach eine Schicht frischer Sand gekippt wurde, so ist zu befürchten, daß mit den „vorläufigen" Lagerstätten ähnliches geschehen wird. Unmittelbarer Effekt dieser Maßnahme ist die zusätzliche Verseuchung des Dünenkordons mit seinem spezifischen, anfälligen Ökosystem, da nicht einmal Plastikplanen oder andere Unterlagen zwischen Erdreich und Ölschlamm gelegt werden. Neben dieser systematischen Vertuschungsstrategie der Aufräumarbeiten, mit dem einzigen Ziel, für die Touristensaison eine saubere Oberfläche zu schaffen, demonstrieren zwei weitere Ereignisse die totale Hilfslosigkeit aller Maßnahmen: Auf dem Weg nach Brest sinkt ein kleineres dänisches Schiff mit seiner Ladung Ölschlamm und erzeugt eine neue Öllache. Und in La Rochelle liegt die „Le Trieux" mit etwa 900 t Öl-Algen-Sandschlamm, der inzwischen die Festigkeit von weichem Karamel angenommen hat. Mensch weiß nicht, wie mensch ihn aus dem Schiff entladen soll.

Grotesker Höhepunkt: Die Mannschaft muß das Schiff verlassen wegen des Übelkeit erregenden Geruchs, es wird wohl endgültig ein Opfer seiner Ladung werden!

Vor diesem generellen Debakel aller Hilfsmaßnahmen und angesichts des Zynismus mit dem die Offiziellen die Erfolge des ‚Plan Polmar' verkünden, stellen immer mehr Gruppen der bretonischen, französischen und ausländischen Freiwilligen in öffentlichen Stellungnahmen ihr Engagement in Frage und die Arbeit ein. Sie glauben, daß ihre Arbeit das wirkliche Debakel und die absolute Hilflosigkeit verschleiert, und so einer offiziellen Propaganda erlaubt, Aktivität vorzutäuschen und Optimismus zu verbreiten. Dazu kommen noch die ständigen Probleme mit dem oft schlecht koordinierten Einsatz des technischen Geräts und die Arroganz mit der die Militärs und zivilen Einsatzleiter die Arbeit kommandieren wollen.

Ein anderes Exempel der staatlichen Vertuschungspolitik sind die Erklärungen des Gesundheitsministeriums:„Bis jetzt mußte noch niemand in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Es ist nur zu Fällen von vorübergehender Übelkeit gekommen." Die betroffenen Anwohner und die Freiwilligen sehen das anders. Über den verseuchten Küsten und noch kilometerweit ins Land hinein zu riechen, liegt permanent der intensive Öldunst. Bereits nach einigen Stunden fangen heftige Kopfschmerzen an, die erst in frischer Luft wieder langsam vergehen. Youenn Gourves, der Arzt des Weilers Laneda, einige Kilometer von Portsall entfernt, ist der Überzeugung, daß der Öldunst richtiggehende Vergiftungssymptome hervorgerufen hat. „Seit dem Kentern der ‚Amoco-Cadiz' haben mich viele Leute mit starken Schwindel- und Ekelgefühlen aufgesucht. Besonders bei Kindern kam es zu Magen- und Darmentzündungen mit fortgesetztem Brechreiz und Durchfall. Sehr problematisch ist es auch für Leute mit chronischer Bronchitis, Asthma und schwachem Herzen. Das Hauptproblem besteht aber darin, daß die Ärzte, die hier arbeiten, gar keine Erfahrungen und Kenntnisse über solche Vergiftungen haben, die durch Öl erzeugt werden."

Am Institut für Pharmacologie und Anesthesiologie in Brest ist inzwischen von einer Medizinergruppe die chemische Zusammensetzung des Öls analysiert worden. Bezeichnenderweise wollte die Shell dazu keine Angaben machen! Die Ergebnisse der Analyse sind beunruhigend. 30 - 40 % des Öls sind Bestandteile, die sich leicht verflüchtigen und somit eingeatmet werden. Besonders gefährlich aber sind die 3 % Benzen, das Leber und Nierenschäden und Leukämie hervorrufen kann. Ebenso gibt es noch Phenole, Cresole und Vanilinverbindungen, die alle als Krebserzeuger bekannt sind. Das wirkliche Ausmaß der Gesundheitsschäden wird sich so erst viel später zeigen.

Ironie unserer Gesellschaft, der erste Empfänger von Schadensersatz ist... die Shell! Ein Pariser Gericht verurteilte den Verbraucherverband UFC, der in seiner Zeitung "Que choisir" der Boykottaufruf für Shellprodukte verbreitet hatte, zu 10 000 Francs Schadensersatz. Erfreulich aber ist immerhin der Effekt des Boykottaufrufs. An der größten Pariser Shellstation am Boulevard Peripherique ist der Umsatz um 30% gesunken. Inzwischen wird der Aufruf von anderen Ökologiegruppen weiterverbreitet.

Gemessen am Ausmaß der Katastrophe ist der politische Protest eigentlich relativ schwach und wird auch überwiegend von Jugendlichen getragen. Am 7. April gab es noch einmal in Paris eine Demonstration mit 10 000 Teilnehmern. Sie endete in militanten Straßenkämpfen, die durch die ständigen Polizei-

provokationen ausgelöst wurden. Wie schon bei der Demonstration für Heide, war auch hier offensichtlich, daß die Bullen nach dem Wahlausgang wieder viel ungenierter ihr repressives Handwerk erledigen. Nach der Demonstration gab es 21 Festnahmen, die an Schnellgerichten abgeurteilt wurden.

Für den 22. April war eine große nationale Demonstration in Paris geplant. Sie soll jetzt aber am selben Tag in Brest stattfinden, denn die Anti-Ölpest-Komitees und Ökologiegruppen wollen unbedingt verhindern, daß die Protestbewegung über die Köpfe der Küstenbevölkerung hinweggeht. Deren Mehrheit verharrt eher in passiver Niedergeschlagenheit und sieht in der Ölpest so etwas wie ein unvermeidliches 'natürliches Ereignis'! Auch die beruhigenden offiziellen Meldungen in den Massenmedien wirken sich aus. Der große Zorn der Küste ist noch ausgeblieben!

FREIWILLIGE ARBEIT: DIE MANIPULATION

PARIS 5.April "Ölpest in der Bretagne: Das Ministerium für Jugend und Sport ‚mobilisiert'. Das muß ernst genommen werden. Es handelt sich darum, die Jugendlichen für etwas einzuspannen, wogegen sie eigentlich sind.

DER BERICHT ‚DIJOUD'

§ 1: Die Jugendlichen wünschen eine eigene Mobilisierung für konkrete Aktionen in Bezug auf ihre Umwelt. Sie fürchten sich vor den Folgen der Umweltverschmutzung (64% sehen darin Risiken für die Gesundheit beziehungsweise das Überleben der Menschen). Sie sind bereit, zu intervenieren und Zeit für diese Art von Arbeit aufzubringen: mehr als 75% der befragten Jugendlichen erklären sich für die Verschönerung ihrer Gemeinde, für eine Sauberkeitskampagne, für die Verbesserung von Grünanlagen und für Tierschutz (...)

§ 35: Die spontane Hilfsbereitschaft der Jugendlichen drückt sich in einem starken Interesse an 3.Welt-Ländern aus. 48% der Jugendlichen zwischen 14 und 24 betrachten Frankreichs Hilfe an Ländern der 3.Welt als ungenügend. Die Unterstützung anderer Völker ist vielleicht das neue Ideal, das der Jugend vorgeschlagen werden soll, das sie anscheinend braucht.

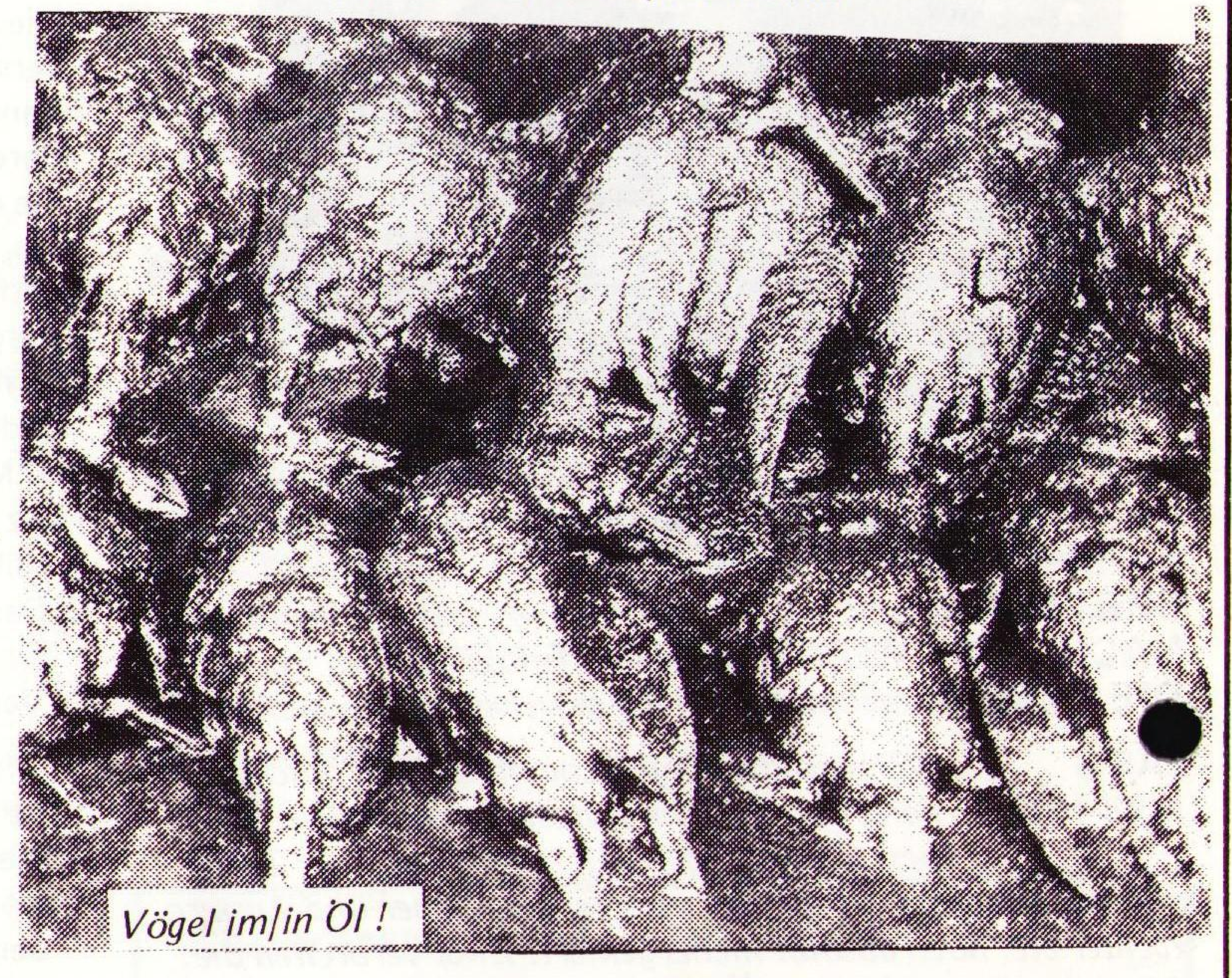
‚Il' (Das) ist ein Verein für die freiwillige Sozialarbeit der Jugendlichen, der aus Jugendvereinen besteht. ‚Er' könnte Blitzoperationen organisieren, um unmittelbaren, kollektiven Interessen entgegenzukommen, auf die die Aktion der Jugendlichen reagieren könnte, wie natürliche Katastrophen (Überschwemmungen usw.)." Dies ist ein Zitat aus dem ‚Dijoud'-Bericht, der 58 Leitlinien für eine Jugendpolitik ausgearbeitet hat und damit auch die Sportpolitik wieder beleben will. Dijoud war der ehemalige Staatssekretär für Jugend- und Sport in der letzten Regierung. Dieser Bericht ist am 20.9.77 aufgrund einer Meinungsumfrage über die „Bedürfnisse und Ansprüche der heutigen Jugendlichen" veröffentlicht worden und ist daraufhin von Oktober 77 bis Februar 78 bei der Regierung angeblich diskutiert worden.

Sind wir nicht jetzt, bei der Ölpest Zuschauer des ersten Einsatzversuchs dieses Vereins? Durch seine Institutionen und Medien hat der Staat systematisch an die ‚Freiwilligkeit' der Jugend appelliert, um die Strände sauberzumachen. Aber dabei können nur dijenigen als ‚Freiwillige' betrachtet werden, die über das Staatssekretariat arbeiten und den jeweiligen offiziellen Stellen für Jugend und Sport in den Departements unterstehen. Handelt es sich nicht bei dieser improvisierten Aktion um die Verwirklichung einer politischen Intention, die sehr raffiniert ist?

Das Giscard-Regime (= französische Terminologie) hat seit seinem Anfang zwei Gesichter. Auf der einen Seite die lächelnde, liberale Seite von Giscard selbst und seiner Politik der ‚Reformen': Volljährigkeit mit 18 Jahren, Abtreibung usw. Die andere Seite: zynisch und repressiv: die Ordnung a la Poniatowski (ehemaliger Innenminister), heute abgelöst vom Tandem Peyrefitte-Bonnet. 1978 wie 1975 bleibt das Grundproblem das Gleiche: die französische Wirtschaft zu restrukturieren, indem die Hauptindustriezweige verändert werden, das bedeutet eine scharfe Kontrolle der Bevölkerung und ihrer Reaktionen. Aber damit die notwendige ‚nationale Sicherheit' nicht allzu unerträglich wird, muß sie mit den Mitteln der Überzeugung und der Bewußtseinsbildung arbeiten. Deswegen wird auf softe Techniken der Manipulation zurückgegriffen. Dazu zählt auch die ‚freiwillige' Arbeit, deren Theoretiker Rene Lenoir ab 75 in d ie Regierung kam, wo er im Sozialwesen tätig war. Seine Theorie wird immer mehr in der Jugendpolitik angewandt.

DER STAAT SORGT

Kein Wunder. Eine Gesellschaft muß sich auf ihre Jugendlichen ‚verlassen können'. Aber diese neigt heutzutage mehr zu Protest. Umsomehr, als die erziehenden Jugendvereine (Pfadfinder, Katholische Aktion) absterben. Der Staat muß also diese Funktion übernehmen. Dabei muß er sich aber geschickt eine Maske aufsetzen (sonst würde man von Militarisierung sprechen), also an die Gefühle appellieren. Unter diesem Gesichtspunkt ist es wichtig, zu sehen, daß in diesen 58 Leitlinien immer wieder Ausdrücke auftauchen, wie ‚persönliches Engagement', ‚im Dienst der Anderen', ‚Bedürfnis nach Wohltat', natürliche Freizügigkeit', ‚Ideal'. Nur ein Echo auf z.B. ‚unser Bestes', ‚immer bereit', ‚dienen', die Pfadfindersprüche sind.



Vögel im/in Öl !

Zurück zur Betragne. Die Jugendlichen können nur für eine freiwillige Arbeit mobilisiert werden, wenn es sich um „große, kollektive, nationale Aufgaben" handelt. Die freiwillige Arbeit setzt eine einheitliche Zustimmung zu den Zielen voraus. Deshalb ist ihr privilegiertes Anwendungsfeld immer die Hilfe für Kranke, Behinderte, Alte gewesen, d.h. bei Gebrechen, wo man denken kann, daß niemand dafür Verantwortlich ist und die uns unerklärlich scheinen. Wenn die freiwillige Arbeit in den Sozialberufen — bei Krankenschwestern zum Beispiel — seit einiger Zeit weniger gut läuft, dann eben weil sie die soziopolitischen Gründe besser sehen, als das, was sie „pflegen".

Die Leistung der Aktion in der Bretagne ist, daß sie die Ölpest als natürliche Katastrophe, als Schicksal erfolgreich gelten ließ.

Wo liegt die Verantwortung bei der Geschichte von diesem Schiff mit Liberia-Flagge, das auf einer spanischen Werft gebaut, von einem italienischen Offizier geführt, von einer multinationalen Gesellschaft (Shell) gemietet, von britischen

Gesellschaften versichert wurde, das ein deutscher Schlepper vergebens versucht hat, abzuschleppen und das auf die französische Küste gestrandet ist? Nirgends.
Aber genausogut bei jedem von uns. Also halten wir zusammen mit unserem Plastikeimer in der Hand...

Er besagt viel, dieser Bericht, den J.L. Soulie vor zwei Wochen bekommen hat: „Die Leute aus der Gegend sind geschockt vor dem Versuch von Leuten, die die Ölpest politisch ausnützen wollen. Die Toten werden hier nicht mit der Internationale begraben." Sind die Menschen nicht alle gleich vor dem Tod? Christliche Bretagne. Es gibt ein Einverständnis zwischen dem Christentum, den 'höheren Gefühlen' (wie Unentgeldlichkeit) und ihrer Manipulation durch die etablierten Machtorgane. Es ist kein Zufall, wenn die katholischen Jugendbewegungen, die früher in Frankreich so wichtig waren, an Bedeutung verlieren, als sie vor lauter „Engagement in der Gemeinde" auf den Klassenkampf gestoßen sind. Vor drei Jahren, genau als Giscard Präsident wurde, hatte die Bewegung der „marxistischen Christen" eine Kampagne Organisiert mit dem Thema „Freiwillige Arbeit".

DAS MANIPULIERTE LEBEN

Gewöhnlich gab es bei jeder Katastrophe, die das Reich oder die Nation bedroht hat eine Aufteilung der Aufgaben zwischen dem Militär und der Kirche: der Kirche stand die ‚zivile' Gesellschaft zu, d.h. die Bestimmung der Symbole und Werte, die die interne Kommunikation und den Zusammenhang im Sozialleben sichern. Aber da die Kirche als Institution mit verschiedenen ‚Werten' ihre Bedeutung verloren hat, mußten allmählich andere Organe geschaffen werden, die dieselbe Funktion haben: menschliche Organisationen wie Rotes Kreuz oder Hilfe für die 3.Welt, Kampagnen gegen Krebs, für die Blinden oder Lungenkranke und ähnliche Gebrechen.
Aber es ist immer dieselbe Dualität der ‚Dienste' (zivil und militärisch), die heute in der Bretagne herrscht:
Freiwillige an der Küste, CRS-Sperren, die das Hinterland beobachten, damit „keine Neugierigen stören". Die zwei Seiten des Giscard-Regime.

Manipulation: Dijoud unterstreicht in seinem Bericht richtigerweise zwei wichtige Punkte bei den Jugendlichen. Sensibilität für die Umwelt, dann für die 3.Welt. (siehe auch oben § 1 und § 35). Das heißt für die zwei großen Massaker gegenüber Natur und Menschen, die durch unsere Entwicklungspolitik verursacht werden. Das, was sich bei der freiwilligen Arbeit abspielt ist die Integration in diese Logik des Todes der Gefühle und Wünsche von denen, die sich am stärksten gegen diese Abtötung sträuben. Die Gymnasiasten, die am 29. März 78 in Saint-Brieuc die Stelle des Departements für Jugend und Sport besetzt haben, haben es verstanden. Wie kann man gegen so eine raffinierte Manipulation des Lebens Widerstand leisten?

P.S. Der Staatssekretär für Jugend und Sport ist gerade in den Rang eines Ministers befördert worden. Er ist einer der ‚Hauptlieutnants' Giscards – dies ist die Anerkennung für besondere Verdienste.

WER HAT HEIDE GEFOLTERT?

Paris
April 78

Am 7. April demonstrierten 3000 Frauen und Männer für die Aufklärung der brutalen Folterungen, die einer bewußtlosen jungen Deutschen zugefügt wurde.

Nachdem gerade erst ein Polizist gestanden hat, am 27. September letzten Jahres eine deutsche Touristin nach einer Ausweiskontrolle im Polizeiwagen verschleppt und vergewaltigt zu haben, so scheinen auch in diesem Fall Polizisten verantwortlich zu sein.

Erschreckend ist nicht nur das Ausmaß sadistischer Brutalität, das an Chile oder den Iran erinnert, sondern auch die Motive:"Hat man Heide für ihre politischen Überzeugungen und besonders ihr Engagement in der Frauenbewegung bestrafen wollen? Ist sie Opfer der sexistisch-rassistischen Xenophobie geworden, die eine reaktionäre Presse während der Schleyerentführung über die RAF-Frauen im besonderen, und radikale Feministinnen im allgemeinen gezüchtet hat?"

Bisher ist folgender Ablauf des Geschehens rekonstruiert worden: Am 21. März 78 erwacht Heide Kemper-Böttcher, eine junge Deutsche, die erst seit 3 Monaten in Frankreich lebt, mit starken Depressionen. Sie beschließt, nicht zur Arbeit zu gehen, sondern Briefe zu schreiben. Dabei beginnt sie zu trinken. Später, als ihre Depression immer stärker wird, ruft sie Jacques Soncin, einen Freund, an und bittet ihn zu kommen. Als dieser dort ankommt, kann sie ihm nicht mehr die Tür öffnen, er steigt durch ein Fenster ein und bemerkt, daß sie zusammengebrochen ist. Kurze Zeit später erscheint die Besatzung eines Polizeikrankenwagens, die von dem Hausmeister gerufen worden war. Obwohl sich Jacques Soncin weigert, erzwingen die Polizisten, Heide in ein Krankenhaus zu transportieren. Erst nach heftigem Insistieren wollen sie Jacques mitfahren lassen. Es ist 17 h 25, als er Heide zum Polizeiwagen trägt.

Entgegen ihrem normalen Auftrag, direkt in ein Krankenhaus zu fahren, halten gegen 17.30 Uhr die Polizisten vor dem Kommissariat in der Rue de Nantes. Dort zwingen sie den heftig protestierenden Jacques mit Gewalt, auszusteigen, um eine Art Protokoll aufzunehmen, und halten ihn dort bis 19 Uhr fest. Zu dieser Zeit ist Heide alleine mit den vier Polizisten und ihrem Brigadier in dem Polizeiwagen. Wie mit absoluter Sicherheit feststeht, ist Heide im Hospital Claude-Bernard aufgenommen worden. Heide, die einen stark traumatisierten und verstörten Eindruck macht, hat bei ihrer Einlieferung, wie der Aufnahmearzt bestätigt, schwere Brandwunden an der Innenseite der Oberschenkel, am Bauch und im Genitalbereich, ohne daß sie selber etwas zu deren Herkunft sagen kann.

Nach kurzer Behandlung wird Heide trotz ihrer schweren Verletzungen, mit einem zivilen Krankenwagen in die Psychiatrie des Hospitals St. Anne überführt, um ihren Schock zu "behandeln". Dort wird sie gegen 21.30 h von ihren Freunden wiedergefunden.

Bis jetzt steht eindeutig fest: Als Heide in ihrer Wohnung vom Polizeikrankenwagen abgeholt wird, hat sie noch keine Verletzungen. Dies wird übereinstimmend von ihrem Freund, dem Hausmeister und den Polizisten bezeugt, die Heide dort kaum bekleidet liegen sahen und sogar beim Anziehen geholfen hatten, sodaß ihnen Wunden hätten auffallen müssen.

Andererseits hatte sie die Verletzungen bei ihrer Einlieferung ins Hospital Claude-Bernard. Selbst die Polizisten, nachdem sie zuerst ausgesagt hatten, von Verletzungen nichts bemerkt und erst am nächsten Tag durch einen Telephonanruf im Krankenhaus davon erfahren zu haben, gaben schließlich zu, kurz nach der Notaufnahme, während sie noch auf das Diagnoseergebnis warteten, durch einen Türspalt im Behandlungszimmer die Verletzungen auf Heides Körper gesehen zu haben.

Ein Dermatologe hat inzwischen festgestellt, daß die Brandwunden durch einen glühenden, runden Metallgegenstand oder auch durch brennende Zigarren, die in die Haut gedrückt wurden, hervorgerufen wurden.

Irgendwo lügt jemand. Die Polizisten, die alles bestreiten und behaupten, Heide direkt ins Krankenhaus gefahren zu haben, sind nach der gesicherten Rekonstruktion des Ab-

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID–Nummer | Exemplare

3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Posteinlieferung des letzten ID: *Freitag* Nr. 226

laufs, aber auch durch ihre eigenen widersprüchlichen Aussagen am stärksten verdächtig. Auch das Festhalten von Jacques Socin, wegen Verdachts auf Drogen, wie es hieß, weist auf die Polizeiinterpretation von Heides Zustand hin und nährt so bestimmte Vermutungen.

Suspekt ist in gewisser Weise aber auch das Personal im "Hospital Claude-Bernard", und es fragt sich, was dort vorgefallen ist. Warum wurde Heide trotz ihrer schweren Brandwunden nur notdürftig versorgt und dann ins psychiatrische Krankenhaus "Saint-Anne" transportiert? Dazu sagt auch die offizielle Stellungnahme des Krnakenhauses nichts, sie stellt aber fest, daß Heide bei ihrer Einlieferung bereits die Verletzungen aufwies.

Aber alles deutet auf Vertuschen des Skandals hin. Auf einer Pressekonferenz, die von einem Frauensolidaritätskomitee mit Heide organisiert wurde, sind auch zwei Vertreter der Polizeigewerkschaft anwesend, und erklären, trotz der Ungereimtheiten in den Aussagen der Polizisten, daß ihre Kollegen nichts damit zu tun haben. Ohne ein Wort über Heides Zustand zu verlieren, beschäftigt sich ein Kommunique der Polizeipräfektur hauptsächlich mit der Androhung von Strafanzeigen gegen Zeitungen.

Obwohl die Demonstration am 7. April genehmigt war, wird der Versammlungsort von einem Riesenaufgebot an Polizei umlagert, die anfangs alle Männer (über 100) festnehmen, die an der Demonstration teilnehmen wollen. Auch später kommt es permanent zu weiteren Polizeiprovokationen und Festnahmen aus der Demonstration heraus. Obwohl die genauen Umstände immer noch ungeklärt sind, hat die Solidaritätsbewegung das Vertuschen der Geschichte unmöglich gemacht und zur Einsetzung eines Untersuchungsrichters für ein offizielles Ermittlungsverfahren geführt.

Die Erklärung von Heide auf der Pressekonferenz am 5.April:

"Wenn ich heute, zwei Wochen nachdem ich gefoltert wurde, an dieser Pressekonferenz teilnehmen kann, so ist das sicher kein Zeichen für die 'Unbedeutsamkeit' der Verletzungen, die mir zugefügt wurden, sondern dafür, daß ich von Anfang an, als ich mir über die Bedeutung meiner Verletzungen bewußt wurde, beschlossen habe, gegen diesen Versuch, mich zu zerstören Widerstand zu leisten, mich nicht niederschlagen zu lassen, gegen die Schmerzen anzukämpfen und mich so schnell und so gut wie möglich wieder aufzurichten. Die Hilfe und die Solidarität, die ich von Anfang an von vielen, auch solchen, die ich überhaupt nicht kannte, und den Frauengruppen erhalten habe, hat mich sehr in meiner Überzeugung und meinen Kräften gestärkt.

Ich habe Anzeige gegen Unbekannt erstattet.
Ich habe diese Anzeige besonders als Frau gestellt, denn für diese Art von Folter hat mein Geschlecht sicher die ausschlaggebende **Bedeutung gehabt. Ich sehe mich als eine Frau unter vielen Frauen in dem Sinn, daß die Ungleichheit und Unterdrückung der Frau in dieser Gesellschaft sich Tag für Tag auch in einer brutalen Gewalt gegen Frauen, Vergewaltigungen etc. ausdrückt. Und ich hoffe, daß meine Entscheidung auch juristische Schritte zu unternehmen, dazu beitragen wird, andere Frauen zu ermutigen, nicht länger zu schweigen.**

Ich habe diese Anzeige auch erstattet als Ausländerin, denn ich glaube, daß auch dieser Punkt und insbesondere, daß ich Westdeutsche bin, eine Rolle gespielt hat. Meine Verbrennungen zwischen den Beinen, am Po und um die Vagina herum, kann ich mir im Moment nichts anders erklären als dadurch, daß meine Folterer durch die Kampagne der rechten sexistischen Presse "inspiriert" wurden, die diese im letzten Herbst nach der Schleyerentführung gegen militante Feministinnen, die wirklich und auch willkürlich der RAF zugerechnet wurden, unternommen hat.

Folter auf dem »Sägebock«, Uruguay.

Aber ich habe auch deshalb Anzeige erstattet, weil meine Folter eine bisher unbekannte Ausdehnung der Gewalttätigkeit ausdrückt, weil sie einen neuen Grad von Repression markiert und weil ich der Meinung bin, daß man sich mit aller Kraft gegen diesen unglaublichen Angriff wehren muß, der mich zwar konkret getroffen hat, aber auf alle gezielt hat."

aus Liberation/Rouge